

**Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile**

**2/83**

|                                                                                          | Seite                        |
|------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------|
| Curt Gasteyer:                                                                           |                              |
| Die Schweiz im internationalen Spannungs- und Bedrohungsfeld                             | 2- 5                         |
| La Suisse face aux tensions et menaces internationales                                   | 6- 9                         |
| La Svizzera di fronte alle tensioni e alle minacce internazionali                        | 10-13                        |
| Isabell Mahrer:                                                                          |                              |
| Die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung                                        | 14-16                        |
| La participation de la femme dans la défense générale                                    | 17-19                        |
| La collaborazione della donna alla difesa globale                                        | 20-22                        |
| Christine Bendel:                                                                        |                              |
| Stellungnahme einer Radikalfeministin zum Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung  | 23-25                        |
| L'avis d'une ultraféministe sur l'intégration des femmes dans la défense générale        | 26-27                        |
| L'opinione di una femminista radicale sull'integrazione delle donne nella difesa globale | 28-30                        |
| Monika Stocker-Meier:                                                                    |                              |
| Ein Nein, das uns verpflichtet. Gedanken - Ueberlegungen - Argumente                     | 31-33                        |
| Un non qui nous engage. Réflexions et arguments                                          | 34-36                        |
| Un no impegnativo. Pensieri - riflessioni - argomenti                                    | 37-40                        |
| Ursa Krattiger:                                                                          |                              |
| Frauen und Männer in den Medien                                                          | 41-60                        |
| Femmes et hommes dans les médias                                                         |                              |
| Donne e uomini nei mass-media                                                            |                              |
| Luzia Pinschewer-Häfliger:                                                               |                              |
| Die Ueberbewertung der Frau - ein Grund für ihre Entwertung                              | 61-66                        |
| Elisabeth Kästli:                                                                        |                              |
| Chronik der laufenden Ereignisse, Februar bis August 1983                                | 67-72                        |
| Martine Chaponnière:                                                                     |                              |
| L'actualité au féminin, février - août 1983                                              | 73-75                        |
| Uebersicht über frauenrelevante Vorstösse in den kantonalen Parlamenten                  | 76-77                        |
| Liste d'interventions parlementaires cantonales sur les questions féminines              |                              |
| Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung                                  | 78-86                        |
| Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale                                         |                              |
| Passagen:                                                                                |                              |
| Christa Wolf, "Kassandra"                                                                | 5, 9, 16, 19, 22, 25, 36, 40 |
| Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied, 1983                                              |                              |

Frauenfragen  
 Questions au féminin  
 Problemi al femminile



6. Jahrgang, Nr. 2  
 November 1983

herausgegeben von der Eidgenössischen  
 Kommission für Frauenfragen. Bundesamt  
 für Kulturpflege, Thunstrasse 20,  
 3006 Bern, Tel. 031/61.92.75

Redaktion: Käthi Belser, Verena  
 Laedrach-Feller, Elisabeth Veya

Abdruck der Beiträge unter Quellenangabe  
 erwünscht

Das Thema, mit dem sich landauf landab momentan viele Frauengruppen befassen, liegt auf der Hand: Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung. Auch die Eidg. Kommission für Frauenfragen macht sich dazu ihre Gedanken - auch sie braucht jedoch Zeit, um diese Gedanken zu formulieren. Ihre Stellungnahme zu dieser wichtigen Frage wird deshalb erst im Dezember vorliegen. Trotzdem möchten wir noch vor Ende der Vernehmlassungsfrist in "F-Frauenfragen" zur Diskussion beitragen.

Die Beiträge, die wir diesmal zu diesem Thema publizieren, sind kritisch - sie setzen sich nicht nur mit der Möglichkeit des Einbezuges in etwas Vorgegebenes auseinander, sondern fragen tiefer, beschäftigen sich grundsätzlich mit dem Sinn der Sicherheitspolitik, mit Inhalt und Organisation der Gesamtverteidigung. Unseres Erachtens ist dazu der Zeitpunkt jetzt günstig - wir Frauen müssen es tun, weil wir gefragt sind, wie und wobei wir uns beteiligen wollen. Die Frage nach dem Wozu dürfen wir uns nicht nehmen lassen. Aber auch den Männern muss einleuchten, dass das Grundsätzliche diskutiert werden muss, bevor Bisheriges - allenfalls Unbefriedigendes - durch weitere Sachzwänge zementiert wird.

Bei all diesen Texten - selbst bei den Ausführungen von Prof. Gasteyger zur Bedrohungssituation - schwingt mehr oder minder spürbar die Ueberzeugung mit, dass heute mit 'Sieg' und 'Niederlage' - politisch und militärisch - nicht mehr gerechnet werden kann. Mehr denn je sitzt die Schweiz im selben Boot wie alle übrigen Länder. Unser Strategie kann deshalb allein zum Ziel haben, gemeinsam auf diesem Planeten zu überleben, ihn lebenswert zu erhalten oder allenfalls wieder so zu machen.

"Kassandra", der wir unsere Passagen-Texte entnommen haben, ist deshalb keineswegs bloss ein Bericht aus Troja, sondern feinnervige Beobachtungen der Gegenwart. Angst und Ohnmacht vor und gegenüber selbst geschaffenen Situationen, Art und Weise, wie die "Macht-Habenden" versuchen, Kritiker/innen zum Schweigen zu bringen: sie sind höchst aktuell - hier und dort. Christa Wolf hat sie mit seltener Klarheit, in aussergewöhnlich eindrücklicher Sprache und Form umgesetzt.

Elisabeth Veya

Die Schweiz im internationalen Spannungsfeld und Bedrohungsfeld

Referat von Prof. Curt Gasteyer, Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales, Genève, gehalten anlässlich der Plenarsitzung der Eidg. Kommission für Frauenfragen vom 22./23. September 1982

\*

In der Formulierung des Titels liegen bereits zwei Annahmen: Erstens die Annahme, dass die internationale Umwelt Spannungen und Bedrohungen enthält und zweitens, dass unser Land hievon direkt oder indirekt betroffen ist. Daraus entstehen zwei Fragen:

1. Welches sind diese Spannungen und Bedrohungen der internationalen Politik und
2. Wie betreffen sie unser Land?

Dementsprechend werde ich meine Ausführungen in zwei Teile gliedern: Zuerst werde ich das weitere, globale Umfeld behandeln (selbstverständlich nur sehr skizzenhaft) und dann die uns direkter betreffende Umwelt, vor allem natürlich Europa.

Lassen Sie mich mit der weiteren Umwelt beginnen. Wenn wir versuchen, die Entwicklungen der letzten Jahre vereinfachend darzustellen und auch schon ihre Fortsetzung in die Zukunft hinein abzuschätzen, dann lassen sich zwei widersprüchliche Tendenzen feststellen. Die eine würde ich mit dem viel zitierten Wort Interdependenz oder gegenseitige Abhängigkeit der Länder voneinander und untereinander umschreiben; er ist eine Verflechtung, die sicher Vorteile, aber - und das interessiert uns in erster Linie - auch eine erhöhte Verletzlichkeit mit sich bringt.

Die zweite Tendenz läuft der ersten diametral entgegen. Ich möchte sie mit dem

Ausdruck Re-Nationalisierung der internationalen Politik bezeichnen. Hier lassen sich eine Reihe von wichtigen Entwicklungen feststellen. Dazu gehört einmal der Verlust der Ordnungsfunktion, die die Weltmacht Vereinigte Staaten in den ersten Nachkriegsjahrzehnten so fast unwidersprochen erfüllte und nun seit einiger Zeit zu verlieren im Begriffe ist. Dem steht eine Wiederbetonung rein nationaler Interessen gegenüber, von praktisch allen Ländern, die sich nicht berechnen, über ihre eigenen nationalen Interessen hinausgehende Verantwortung für die globale oder internationale Sicherheit zu übernehmen. Zweitens stellen wir eine übermässige Aufblähung internationaler Organisationen fest, ohne dass dies mit einer entsprechenden Erhöhung ihrer Wirksamkeit einherginge. So können wir bei der NATO und der Europäischen Gemeinschaft einerseits, den Wahrschaupakt-Länder und dem Comecon andererseits in zwar verschiedener Weise innere Spannungen, im Falle der EG eine Stagnation der Einigungsbemühungen feststellen. Diese Schwächung internationaler Organisationen findet ausgerechnet in einer Zeit statt, in der viele - manche würden sogar sagen die meisten - Probleme internationaler Natur einer verstärkten Zusammenarbeit bedürfen

Eine wesentliche Ursache hievon ist das Fehlen gemeinsamer Ordnungsvorstellungen. Die daraus folgende Fragmentation internationaler Ordnung zeigt deutliche Anzeichen einer anarchischen Entwicklung, die ihrerseits zu einer wachsenden Unsicherheit vieler Länder führt. Sicherheit wird denn weniger in internationaler Zusammenarbeit, sondern mehr in nationaler Rüstung gesucht. Der Drang zur Rüstung, zur Aufrüstung, wird dadurch stärker anstatt schwächer.

All das sind Entwicklungen, die aufmerksam zu verfolgen sind, weil sie auf mehr und nicht weniger Unsicherheit, auf mehr und nicht weniger Konflikte, auf mehr und nicht weniger Rüstung hinweisen.

Ich komme zur engeren Umwelt. Vor zehn oder fünfzehn Jahren haben wir drei Annahmen hinsichtlich der künftigen Entwicklung unserer Umwelt gemacht:

1. dass die Entspannung zwischen Ost und West ein wesentliches Element westlicher Politik, aber auch östlicher Politik sein müsse und positive Resultate im Sinne grösserer Sicherheit und vermehrter wirtschaftlicher Zusammenarbeit ergeben werde;
2. dass die wirtschaftliche Rezession früher oder später überwunden werde und wieder steigende Wachstumsraten erreicht werden könnten;
3. dass die verschiedenen Bemühungen um und für Rüstungskontrolle, eine Reduktion, bzw. eine Verlangsamung des Rüstungswettlaufes, zu Resultaten führen würden.

Lassen Sie mich ganz kurz diese drei Annahmen im Rückblick analysieren. Sie sind wichtig für die Beurteilung künftiger Entwicklungen.

Zur 1. Annahme:

Wir stellen in Europa eine spürbare Ernüchterung über die Möglichkeiten der Entspannung fest, sowohl hinsichtlich grösserer politischer Stabilität wie wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Wir haben auch die sehr engen Grenzen einer Humanisierung oder 'Liberalisierung' Osteuropas erkannt. Bei der jetzigen Administration in den Vereinigten Staaten stellen wir eine deutliche Absage an die Entspannung fest. Der Kern der europäisch-amerikanischen Spannungen liesse sich vielleicht auf einen, sicher vereinfachten Nenner bringen. Die Westeuropäer halten die Atombombe für gefährlicher als die Sowjetunion. Viele glauben deshalb - im Unterschied zu Präsident Reagan -, dass die eigentliche Gefahr für unsere Sicherheit eher von der nuklearen Rüstung als von der Sowjetunion herrührt. Die Europäer ziehen daraus einmal die Forderung nach einer Intensivierung der Rüstungskontrolle oder, wenn möglich, der Abrüstung und andererseits nach einer Fortsetzung der Entspannung. Die Vereinigten Staaten (unter der jetzigen Administration) halten umgekehrt die Sowjetunion für gefährlicher als die

nukleare Bombe. Mit andern Worten, sie kommen zum Schluss, dass sie zunächst militärisch stärker werden, wenn möglich sogar wieder eine strategische Ueberlegenheit erringen müssen, bevor sie zu weiterreichender Rüstungskontrolle Hand bieten können. Diese Haltung hat sich aber nuanciert, denn seit Herbst 1981 laufen zwei ernsthafte Verhandlungen über nukleare Waffensysteme der beiden Weltmächte in Genf. Trotzdem bleibt eine - nicht berechnete - Skepsis gegenüber Abrüstung. Diese wird bestenfalls als ein langfristiges Ziel gesehen. Entspannung unter den jetzigen Umständen und mit Blick auf die sowjetische Politik scheint den Vereinigten Staaten nur sehr begrenzt möglich und wünschbar.

Die Sowjetunion ihrerseits möchte eigentlich alle drei Ziele zugleich erreichen, soweit sie für sie wichtig und günstig d.h. eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen, eine Fortsetzung der sowjetischen Rüstung zwecks Erreichung einer womöglich noch besseren Sicherheit und zusätzlicher aussenpolitischer Möglichkeiten und schliesslich eine Begrenzung der Rüstung, wenn damit ein tatsächlicher oder vermuteter amerikanischer Vorsprung neutralisiert oder verhindert werden kann.

Zur 2. Annahme:

Wir alle wissen, dass die Hoffnung auf eine baldige wirtschaftliche Erholung sich vorläufig nicht erfüllt hat. Wahrscheinlich wird dies auch in absehbarer Zeit nicht geschehen: zunehmende Wachstumsraten und abnehmende Arbeitslosigkeit sind heute keine realistischen Annahmen. Bedeutsam im Vergleich zu Rezessionen und Krisen der Vergangenheit ist, dass das Fettpolster von Reserven dünner wird, und damit die strukturellen und institutionellen Schwächen westlicher Wirtschaft (einschliesslich unserer) stärker zum Vorschein kommen. Noch viel schärfer ist dies der Fall in den kommunistischen Ländern, deren Unfähigkeit für grundlegende Reformen und Innovationen offen an den Tag tritt. Wir müssen deswegen mit zunehmenden internen Spannungen in Osteuropa rechnen.

In westlichen Ländern kündigt sich ein Konflikt über die Verteilung der Staatsaus-

gaben, über Sinn und Grenzen eines vielfach überbordenden Sozial- und Wohlfahrdenkens an. Er wird auch zu einem wachsenden Widerstand gegen Rüstungsausgaben führen, die ja oft in Konkurrenz zu anderen Aufwendungen treten. Trotzdem verdient festgehalten zu werden, dass die gerade im nordwestlichen Europa aktive Friedensbewegung nicht grundsätzlich die Notwendigkeit der Verteidigung verneint. Ihre Hauptkritik richtet sich vielmehr gegen eine weitere nukleare Rüstung.

Gerade diese wachsende Skepsis gegenüber Nuklearwaffen hat zu einer Neubewertung oder Aufwertung der 'konventionellen' Rüstung in Europa geführt. Sie soll entweder die nukleare Schwelle (also den Uebergang zum nuklearen Krieg) erhöhen oder den Rückgriff auf Nuklearwaffen überhaupt unnötig machen. So begrüssenswert gerade für uns Schweizer eine solche 'Wiederentdeckung' konventioneller Rüstung ist, so sind zumindest zwei Tatsachen im Auge zu behalten: einmal sind die finanziellen Lasten dieser Art von Rüstung sehr hoch. Ob sie deshalb wirtschafts- und innenpolitisch durchführ- und machbar ist, bleibt fraglich. Zum anderen darf sie nicht zur Annahme verleiten, Nuklearwaffen würden überflüssig und könnten deshalb, gleichsam mit einem Zauberstab aus der Welt geschafft werden. Ob wir es wollen oder nicht: Nuklearwaffen sind eine Tatsache, mit der wir - leider - leben müssen. Zugleich aber bleiben sie auf lange Zeit hinaus unentbehrlich für die strategische Abschreckung. Anzustreben ist deshalb ein besseres Gleichgewicht zwischen nuklearen und konventioneller Rüstung, mit dem Ziel, die Verteidigung glaubwürdig, wirtschaftlich tragbarer und den Krieg so unwahrscheinlich wie möglich zu machen.

Zur 3. Annahme:

Wir alle sind zu der - enttäuschenden - Erkenntnis gekommen, dass das Bemühen um eine Kontrolle des Rüstungswettlaufes leider eine weitere Rüstung nicht ausschliesst, manchmal sogar nach sich zieht. Dass also, wer abrüsten will, zunächst einmal dazu neigt, weiter aufzurüsten, um dann, wie er behauptet, besser abrüsten zu können. Diese Haltung hat nicht nur einen wirksamen Abbau der Rüstung erschwert oder gar verhindert; sie hat die Idee der Rüstungskontrolle leider vielfach diskreditiert. Wir sind wei-

ter zur Erkenntnis gekommen, dass die bis heute praktizierte Art von Rüstungsbegrenzung oder Rüstungskontrolle (der amerikanische Ausdruck 'arms control' lässt sich nur annähernd ins Deutsche übersetzen), zunehmend schwieriger wird. Umgekehrt - und das mag insgesamt erfreulich sein -, scheint in gewissen Kreisen die Bereitschaft zu substantiellem Abbau der Rüstung vor allem bei den beiden Weltmächten zu steigen. Das Problem dabei ist weniger, dass man drastische Kürzungen des gegenwärtigen Rüstungspotentials für schwierig, aber nicht unmöglich hält. Das Problem liegt vielmehr beim Fehlen einer überzeugenden politischen Führung, die den Mut zum Risiko vor das - leider immer noch berechtigte - Misstrauen stellt.

Damit komme ich zu den Schlussfolgerungen

Erstens:

Wir stellen einen Verschleiss und eine Aufsplitterung ordnungspolitischer Steuerungsmechanismen (auf internationale Ebene) fest. Dazu gehören beispielsweise die Missachtung vieler Spielregeln und Normen des Völkerrechts (ich erinnere an die Geiselnahme in Iran) durch viele Staaten; und die Lähmung internationaler Organisationen.

Zweitens:

Aus dieser Entwicklung folgt eine erhöhte Unsicherheit weltweit, der Drang zur Rüstung, die Versuchung, Konflikte mit Waffengewalt auszutragen und damit die Verstärkung jenes Trends, den man grob gesprochen als 'Militarisierung der Welt' bezeichnet.

Drittens:

Wir stellen eine zunehmende sozialpolitische Instabilität in vielen westlichen Ländern und eine erhöhte Krisenanfälligkeit in Osteuropa fest.

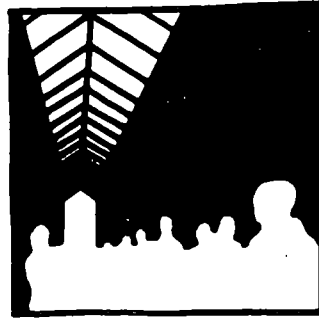
In Europa verfolgen wir eine lebhaftere Auseinandersetzung über Rüstung und Rüstungskontrolle, über das Verhältnis zu den beiden Weltmächten und über die Sicherheit oder Sicherung Europas, bei gleichzeitiger Stagnation der europäischen Einigung und Fehlen politischer Institutionen, die diesem Europa zu grösserer Selbständigkeit, erhöhtem Selbstvertrauen verhelfen könnten.

Viertens:

Wir stellen eine Neubesinnung über den Wert konventioneller Rüstung fest, wobei allerdings die kriegsverhütende Funktion nuklearer Waffen gelegentlich übersehen wird. Anzustreben ist ein Ueberdenken der gegenwärtigen Strategie und Rüstungspolitik mit dem Ziel, glaubhafte Verteidigung mit weniger Waffen, vor allem weniger nuklearen Waffen, zu erreichen und damit die Voraussetzungen für ein Gleichgewicht auf niedrigerer Stufe zu schaffen.

Letztlich bleibt die entscheidende Frage, ob wir einen Krieg vermeiden können. Meine Antwort darauf wäre, dass ich nicht an einen grossen, d.h. nuklearen Krieg glaube. Die Abschreckung funktioniert noch, und sei es nur aufgrund des gegenseitigen Selbsterhaltungstriebes. Aber die von mir geschilderten Entwicklungen eines zunehmenden Zerfalls der internationalen Ordnung mit ihren vielfältigen Auswirkungen - sind Warnzeichen. Wir dürfen die Möglichkeit von Krisen, Konflikten und selbst Kriegen auch für Europa nicht ausschliessen. Wer Ihre Frage nach neuen Wegen der schweizerischen Politik zu beantworten sucht, muss davon ausgehen, dass die Möglichkeiten unseres Landes ausserordentlich begrenzt sind. Sicher geht es darum, unser aussenpolitisches Instrumentarium in verschiedene Richtungen auszubauen, sei es in unserem Verhältnis zur Dritten Welt, sei es in unserem möglichen - und meines Erachtens nach wie vor unzureichenden - Beitrag zu Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung, sei es in Fragen der unmittelbaren Umwelt Europas, wo wir zu deren Stabilität und Sicherheit beitragen können. In diesem Sinne ist unsere Sicherheits- und Friedenspolitik im Grunde genommen deckungsgleich: was wir für die Stabilität im Innern tun können, wird letztlich auch für Europa ein Gewinn sein; wo wir in dem nur möglichen Mass nach aussen hin konstruktiv wirken können, wird dies umgekehrt auch für unsere eigene Sicherheit nützlich sein. All das verlangt Engagement, ein aktives Interesse an aussenpolitischen Entwicklungen, nicht nur dort, wo sie uns und unsere - meist wirtschaftlichen - Interessen berühren, sondern auch dort, wo es um grundsätzliche Fragen der internationalen Ordnung, der Zukunft unserer Staatengemeinschaft und

damit letztlich unser Bestehen als Bürger und Mitmenschen in dieser Welt geht. Ich kann mir kaum einen Bereich vorstellen, in dem der staatspolitische ebenso wie der persönlich-geistige Beitrag der Frauen wichtiger wäre als dieser.



Da warf er mich hinaus, zum zweitenmal. Das fing sich an zu häufen, war ich denn taub? Ich glaube, ja. Ich glaube, in gewissem Sinne ja. Ich hab es durchgemacht, doch es mir selber zu erklären, ist noch immer schwer. Mit einem bisschen Wahrheitswillen, mit einem bisschen Mut sei doch das ganze Missverständnis aus der Welt zu schaffen, glaubt ich immer noch. Was war ist, wahr zu nennen, und was unwahr falsch: das mindeste, so dachte ich, und hätte unsern Kampf weit besser unterstützt als jede Lüge oder Halbwahrheit. Denn es ging doch nicht an, so dachte ich, den ganzen Krieg und unser ganzes Leben - denn war der Krieg nicht unser Leben! - auf den Zufall einer Lüge aufzubauen. Es war doch ausgeschlossen, so dachte ich - kaum kann ich mich erinnern -, dass die reiche Fülle unseres Daseins auf eine störrische Behauptung gemindert werden sollte. Wir mussten uns doch bloss auf unsere troische Tradition besinnen. Wie war die aber? Worin bestand die doch? Bis ich begriff: In Helena, die wir erfanden, verteidigten wir alles, war wir nicht mehr hatten. Was wir aber, je mehr es schwand, für um so wirklicher erklären mussten. So dass aus Worten, Gesten, Zeremonien und Schweigen ein andres Troia, eine Geisterstadt entstand, in der wir häuslich leben und uns wohlfühlen sollten. War ich es denn alleine, die dies sah.

## La Suisse face aux tensions et menaces internationales

Exposé de M. Curt Gasteyger, professeur à l'Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales de Genève, lors de la séance plénière de la Commission fédérale pour les questions féminines, les 22 et 23 septembre 1982

\*

Le titre de mon exposé montre que j'admets deux choses: l'existence de tensions et de menaces sur le plan international et des incidences directes ou indirectes sur notre pays. Il en résulte deux questions:

1. Quelles sont ces tensions et menaces?
2. En quoi concernent-elles notre pays?

Dès lors, mon exposé se divisera en deux parties. La première traitera de l'environnement global (très sommairement esquissé) et la seconde de l'environnement qui nous concerne plus directement, c'est-à-dire avant tout l'Europe.

Commençons par la situation générale, mondiale. En tentant de donner une vue simplifiée de l'évolution des dernières années et d'évaluer ses prolongements futurs, on constate deux tendances contradictoires. L'une est ce qu'on appelle couramment l'interdépendance ou la dépendance réciproque des pays; il s'agit d'un enchevêtrement qui présente des avantages, certes, mais aussi un risque accru de vulnérabilité, qui nous intéresse au premier chef.

L'autre tendance va dans un sens diamétralement opposé. Je l'appellerai la re-nationalisation de la politique internationale, qui se manifeste par une série de développements importants, parmi lesquels figure le fait que les Etats-Unis jouent de moins en moins le rôle de gendarme dévolu à une puissance mon-

diale, alors qu'attentifs avant tout à leurs intérêts nationaux, tous les pays, ou presque tous, refusent d'assumer des responsabilités dans la sauvegarde de la sécurité globale ou internationale. A cela s'ajoute le gonflement démesuré d'organisations internationales qui ne sont pas plus efficaces pour autant. L'OTAN et la Communauté économique européenne, d'une part, les pays du Pacte de Varsovie et le Comecon, d'autre part, connaissent des tensions internes. Dans le cas de la CEE, ces tensions font stagner les efforts d'unification. Cet affaiblissement de certaines organisations internationales survient précisément à un moment où beaucoup de problèmes de nature internationale (la plupart selon certains avis) exigent une coopération accrue.

L'une des causes principales de l'affaiblissement réside dans l'absence de conceptions communes sur l'aménagement d'un ordre international, d'où un développement anarchique qui plonge de nombreux pays dans une insécurité croissante. Aussi cherche-t-on la sécurité davantage dans la défense nationale que dans la coopération internationale. Dès lors, les armements augmentent, au lieu de diminuer.

Ce sont là des développements qu'il nous faut suivre avec la plus grande attention. Plus d'insécurité, plus de conflits, plus d'armements, voilà les tendances.

J'en viens maintenant à l'environnement plus ou moins immédiat. Il y a dix ou quinze ans, on pensait pouvoir prédire l'évolution suivante:

1. La détente entre l'Est et l'Ouest, qui doit être condérée de part et d'autre comme un facteur politique d'importance majeure, conduira à une plus grande sécurité et à une coopération économique accrue.

2. La récession économique sera maîtrisée tôt ou tard; la croissance reprendra.
3. Les efforts entrepris en faveur d'un contrôle des armements et d'un ralentissement de la course aux armements ne demeureront pas sans résultats.

Permettez-moi d'analyser brièvement le sort de ces trois pronostics, qui ont leur importance pour quiconque veut scruter l'avenir.

Ad 1):

On assiste en Europe à un net désenchantement quant aux possibilités de détente, aussi bien en ce qui concerne une plus grande stabilité politique qu'une meilleure collaboration économique entre l'Est et l'Ouest. Nous connaissons aussi les limites étroites d'une humanisation ou "libéralisation" de l'Europe orientale. Du côté de l'administration américaine, on constate un refus net de la détente. Il est peut-être possible en simplifiant, de ramener l'essentiel des tensions euro-américaines à une cause: L'Europe occidentale considère la bombe atomique comme plus dangereuse que l'Union soviétique. C'est pourquoi beaucoup d'Européens croient, à l'inverse du président Reagan, que le véritable danger pour notre sécurité vient davantage de l'armement nucléaire que de l'URSS. Ils demandent dès lors une intensification du contrôle des armements ou, si possible, du désarmement, ainsi que la poursuite de la détente. Les Etats-Unis d'Amérique de Reagan, eux, pensent au contraire que l'URSS est plus dangereuse que la bombe atomique. En d'autres termes, ils estiment qu'ils doivent d'abord renforcer leur potentiel militaire et s'assurer si possible la suprématie stratégique, avant de pouvoir se prêter à un contrôle plus poussé des armements. Ils ont cependant nuancé leur attitude: depuis 1981, des négociations sérieuses ont lieu à Genève concernant des systèmes d'armes nucléaires des deux puissances mondiales. Il n'en demeure pas moins que le désarmement continue à être l'objet d'un scepticisme injustifié. Le désarmement est considéré dans le meilleur des cas comme un objectif à long terme. Dans les circonstances présentes et compte ten-

nu de la politique soviétique, les Etats-Unis estiment que la détente n'est possible et souhaitable que dans des limites très étroites.

L'Union soviétique, elle, aimerait en somme atteindre les trois objectifs à la fois dans la mesure où elle les considère comme importants et bénéfiques pour elle, c'est-à-dire la poursuite de la coopération économique avec l'Occident, le renforcement de son armement afin d'améliorer sa sécurité et ses moyens en politique extérieure et, enfin, une limitation de l'armement si elle permet de neutraliser ou d'empêcher une suprématie américaine, réelle ou supposée.

Ad 2):

Nous tous savons qu'une reprise économique n'est probablement pas pour demain. Dans l'immédiat, on ne saurait espérer une diminution du chômage. La comparaison avec des récessions et des crises économiques antérieures fait apparaître une différence importante: les réserves vont en s'amenuisant, phénomène qui donne un relief particulier aux faiblesses structurelles et institutionnelles de l'économie occidentale (y compris la nôtre). Ce phénomène est cependant encore plus marqué dans les pays communistes, visiblement incapables d'entreprendre des réformes et des innovations majeures. Nous devons donc nous attendre à des tensions croissantes en Europe orientale.

Dans les pays occidentaux, on va au-devant de conflits au sujet de la répartition des dépenses de l'Etat. Ces conflits déboucheront sur une opposition croissante aux dépenses militaires, qui se trouvent souvent en concurrence avec les dépenses dans d'autres secteurs, notamment celui de la politique de prévoyance sociale, souvent excessive. Il faut cependant relever que le mouvement pour la paix particulièrement actif dans le nord-ouest de l'Europe, ne nie pas en principe la nécessité de la défense militaire. Il s'en prend principalement au renforcement des armes nucléaires.

Ce scepticism grandissant à l'égard des armes atomiques a conduit à une revalorisation des armes 'conventionnelles' en Europe. Des armes conventionnelles plus puissantes devraient permettre de surseoir ou de renoncer complètement à l'utilisation de moyens nucléaires. Nous Suisses avons tout lieu de nous féliciter de cette 'redécouverte' des armes conventionnelles, mais il y a au moins deux aspects qu'il ne faut pas oublier: D'une part, les armes conventionnelles sont très coûteuses et peuvent dès lors faire problème sur le plan économique et intérieur et, d'autre part, il n'est pas pensable que les armes nucléaires deviennent superflues et disparaissent comme par enchantement. Elles sont hélas une réalité avec laquelle nous devons vivre. De plus, elles resteront longtemps indispensable comme moyen de dissuasion stratégique. Il faut dès lors tendre à un meilleur équilibre entre armes nucléaires et armes conventionnelles, afin de rendre la défense crédible et économique supportable et la guerre aussi improbable que possible.

Ad 3):

Nous tous avons dû faire l'amère constatation que les efforts pour un contrôle de la course aux armements non seulement n'exclut pas, mais entraîne même parfois une augmentation des armements. On constate que celui qui veut désarmer incline d'abord à renforcer sa puissance militaire, afin de pouvoir ensuite mieux désarmer, dit-il. Une telle attitude a non seulement rendu difficile, voire empêché une réduction réelle de l'armement, mais souvent discrédité l'idée même de la limitation des armements. Nous avons aussi dû constater que la méthode actuelle de limitation ou de contrôle des armements rencontre des difficultés grandissantes. Inversement, certains milieux, notamment, chez les deux super-grands, sont bien disposés à l'égard d'une réduction substantielle des armements. Entreprise difficile, certes, mais pas impossible. L'obstacle principal réside dans le manque de courage des dirigeants politiques, qui se laissent guider avant tout par la méfiance, hélas justifiée.

J'en viens ainsi aux conclusions:

1. Nous constatons une usure des mécanismes destinées à assurer l'ordre international. Dans ce contexte, on peut mentionner la violation de nombreuses règles du jeu et normes du droit des gens par de nombreux Etats (la prise d'otages en Iran, par exemple) et la paralysie d'organisations internationales.
2. De là, une plus grande insécurité dans le monde entier, la course aux armements, la tentation de régler les conflits par les armes et la tendance à la 'militarisation du Monde'.
3. Nous constatons une instabilité sociopolitique croissante dans de nombreux Etats occidentaux et des tensions accrues en Europe orientale.

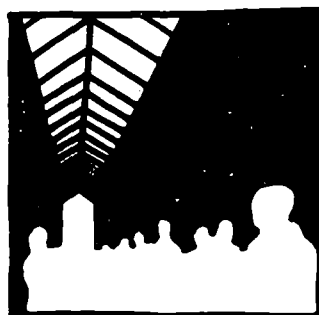
En Europe, nous assistons à un débat très vif sur les armements et leur limitation, sur nos rapports avec les deux superpuissances, sur la sécurité de notre continent; nous constatons aussi que l'unification européenne stagne et que font défaut les institutions politiques qui pourraient renforcer l'autonomie et la confiance en soi de notre continent.

4. Nous constatons une nouvelle prise de conscience de la valeur des armes conventionnelles, mais aussi une certaine ignorance de la fonction préventive de l'armement nucléaire. Il faut s'efforcer de reconsidérer la stratégie qui a cours et la politique de l'armement dans le but d'assurer une défense crédible avec moins d'armes, notamment nucléaires et de créer ainsi les conditions d'un équilibre à un niveau inférieur.

La question essentielle est de savoir si nous pouvons éviter une guerre. Pour ma part, je ne crois pas à un conflit nucléaire. La dissuasion fonctionne encore, ne serait-ce que par instinct de conservation. La dégradation de l'ordre international constitue cependant un avertissement. Des crises, des conflits et même

des guerres demeurent possibles, en Europe également. Quiconque tente de répondre à votre question concernant de nouvelles voies pour la politique suisse, doit partir du fait que les possibilités offertes à notre pays sont très limitées. Il faut en tout cas développer notre appareil de politique étrangère sur divers plans, qu'il s'agisse de nos rapports avec le tiers monde, du contrôle et de la réduction des armements (domaine dans lequel notre contribution demeure insuffisante) ou de l'environnement européen, où nous pouvons agir en faveur de la stabilité et de la sécurité. Dans cette optique, notre politique de sécurité coïncide avec notre politique en faveur de la paix: Ce que nous pouvons faire pour la stabilité intérieure, profitera en définitive également à l'Europe, et nos apports en politique extérieure consolideront notre propre sécurité. Tout cela exige un véritable engagement, un intérêt actif pour l'évolution du monde, non seulement quand nos intérêts, en général économiques, sont en jeu, mais chaque fois que se posent des questions fondamentales concernant l'ordre international, l'avenir de la communauté internationale et en définitive notre propre existence en tant que citoyen de ce pays et habitant de ce monde. Je ne vois guère de domaine politique dans lequel la femme pourrait apporter une contribution plus importante.

(Traduction: Marius Rémy)



Warum? AllenErnstes fragte der König mich: Warum. Man muss nur trachten, sagte er, dass dem Heer der Glaube an das Phantom erhalten bleibt. Wieso überhaupt Krieg. Gleich immer diese grossen Worte. Wir, denk ich, werden angegriffen werden, und wir, denk ich, setzen uns zur Wehr. Die Griechen rennen sich den Schädel ein und ziehen sich alsbald zurück. Sie werden sich doch nicht um eine Frau, und sei sie noch so schön, was ich nicht glaub, verbluten. Und warum denn nicht! Das rief nun ich. Gesetzt, sie glaubten, Helena sei bei uns: Wenn sie so geartet wären, dass sie die Kränkung eines königlichen Mannes durch eine Frau, schön oder hässlich, nie verwinden könnten. Dabei dacht ich an Phantoos, der, seit ich ihn zurückgewiesen hatten, mich zu hassen schien. Gesetzt sie waren alle so?

Red keinen Unsinn, sagte Priamos. Die wollen unser Gold. Und freien Zugang zu den Dardanellen. - So verhandle drum! schlug ich ihm vor. - Das hätte noch gefehlt. Verhandeln um unser unveräusserliches Eigentum und Recht! - Ich fing an zu spüren, dass der König gegen alle Gründe, die dem Krieg entgegenstanden, schon erblindet war, und was ihn blind und taub gemacht, das war der Satz der Truppenführer: Wir gewinnen. Vater, bat ich ihn, nimm ihnen wenigstens den Vorwand, Helena. Sie ist, hier oder in Aegypten, nicht einen einzigen erschlagenen Troianer wert. Dies sage den Gesandten dieses Menelaos, gib ihnen Gastgeschenke und lass sie in Frieden ziehen. - Du musst nicht bei Verstand sein, Kind, sagte ehrlich empört, der König. Verstehst du gar nichts mehr? Es geht doch um die Ehre unseres Hauses.

La Svizzera di fronte alle tensioni e  
alle minacce internazionali

Relazione tenuta dal prof. Curt Gasteyger, dell'Istituto universitario di alti studi internazionali di Ginevra, in occasione della seduta plenaria della Commissione federale per i problemi della donna, il 22/23 settembre 1982

\*

Il titolo, così formulato, contiene di per sé due ipotesi: la prima è che la situazione internazionale presenta tensioni e minacce, la seconda è che esse si ripercuotono direttamente o indirettamente sul nostro paese. Quindi dobbiamo porci due domande:

1. Quali sono queste tensioni e minacce della politica internazionale?
2. In che misura esse interessano il nostro paese?

Suddividerò pertanto il mio esposto in due parti: inizierò trattando la problematica nella sua dimensione più vasta e globale (solo per sommi capi ovviamente), per poi passare al contesto che ci tange in modo più immediato, cioè in particolare all'Europa.

Permettetemi di iniziare dal contesto mondiale. Quando tentiamo di schizzare gli sviluppi degli ultimi anni e di valutarne gli effetti futuri, possiamo constatare due tendenze opposte. Una la definirei con il termine in voga di interdipendenza o reciproca dipendenza dei paesi l'uno dall'altro e tra di loro; si tratta di un intrico con i suoi sicuri vantaggi ma - e questo è per noi l'aspetto centrale - anche di precario equilibrio.

La seconda tendenza si oppone diametralmente alla prima: la definirei come rinazionalizzazione della politica internazionale. In questo campo si è avuta tutta una

serie di importanti sviluppi. In primo luogo notiamo la progressiva perdita, da parte degli Stati Uniti, di quella funzione di custode dell'ordine alla quale la superpotenza ha adempito quasi senza opposizione durante i primi decenni del dopoguerra. Tale fenomeno è accompagnato da un rilancio di interessi meramente nazionali in quasi tutti i paesi; di conseguenza, essi non si assumono più alcuna responsabilità per la sicurezza globale e internazionale oltre il ristretto limite dei propri interessi nazionali. In secondo luogo possiamo constatare un'espansione smisurata degli organismi internazionali, senza che essa sia accompagnata da un aumento della loro efficacia. Così notiamo tensioni interne, anche se diverso genere, sia in seno alla NATO e alle Comunità Europee, sia in seno ai paesi del Patto di Varsavia e del Comecon; nel caso delle CE gli sforzi integrativi stagnano. Tale indebolimento degli organismi internazionali avviene, per di più, in un momento dove tanti - ma forse dovremmo dire la maggior parte - dei problemi internazionali richiedono una più stretta collaborazione.

Fra le cause va annoverata la mancanza di una concezione comune dell'ordine. La conseguente frammentazione dell'ordine internazionale denota palesemente elementi di uno sviluppo anarchico che, a sua volta, fomenta la crescente insicurezza in molti paesi. La sicurezza, allora, non è cercata tanto nella collaborazione internazionale quanto nel riarmo nazionale. Invece di indebolirsi, la spinta all'armamento e al riarmo non fa che crescere.

Questi sviluppi vanno seguiti con molta attenzione perché sono indicatori di più, e non di meno, insicurezza, di più, e non di meno, conflitti, di più, e non di meno, armamenti.

Passiamo ora al contesto europeo. Dieci o quindici anni fa avevamo formulato tre ipotesi sull'evoluzione nell'area europea:

1. che la distensione tra est e ovest sarebbe stata un elemento cardinale sia della politica occidentale sia sia della politica orientale, e che, dalla distensione, sarebbero derivati risultati positivi come una maggior sicurezza e un'accresciuta collaborazione economica;
2. che la recessione economica sarebbe stata, prima o poi, superata e che di nuovo si sarebbero avuti maggiori tassi di crescita;
3. che tutti gli sforzi volti al controllo degli armamenti e a favore dello stesso - riduzione risp. rallentamento della corsa agli armamenti - avrebbero dato dei risultati.

Consentitemi di analizzare succintamente in retrospettiva queste tre ipotesi. Sono importanti per valutare gli sviluppi futuri.

Riguardo alla 1<sup>a</sup> ipotesi, in Europa, constatiamo un sensibile disillusione quanto alle possibilità offerte dalla distensione sia per una maggior stabilità politica sia per la collaborazione economica tra est e ovest. Nel frattempo, abbiamo anche riconosciuto i limiti oltremodo ristretti posti all'umanizzazione o liberalizzazione nell'Europa orientale. L'attuale amministrazione statunitense dimostra di essere nettamente avversa alla distensione. Il nocciolo delle tensioni tra l'Europa e l'America potrebbe magari essere ricondotto a un denominatore molto semplice: gli europei occidentali ritengono la bomba atomica più pericolosa dell'Unione Sovietica. Sono perciò in molti a credere - contrariamente al presidente Reagan - che il vero pericolo per la nostra sicurezza è dato più dagli armamenti nucleari che non dall'Unione Sovietica. Da ciò deriva la richiesta europea di intensificare il controllo degli armamenti e, se possibile, il disarmo e, dall'altro canto, di continuare la poli-

tica della distensione. Gli Stati Uniti (sotto l'attuale amministrazione) ritengono invece l'Unione Sovietica più pericolosa della bomba atomica. In altri termini, la loro conclusione è che devono tornare a essere militarmente forti, se possibile raggiungere addirittura la superiorità strategica persa, prima di poter collaborare a qualsiasi ulteriore controllo degli armamenti. Questa posizione è andata sfumandosi poiché, dall'autunno 1981, sono in corso a Ginevra due serie trattative tra le superpotenze sui sistemi d'armi nucleari. Nondimeno, di fronte al disarmo, permane uno scetticismo non giustificato. Nella migliore delle ipotesi, il disarmo è visto come obiettivo a lungo termine. Agli Stati Uniti, nelle circostanze attuali e vista la politica sovietica, la distensione pare poco probabile e poco auspicabile.

L'Unione Sovietica, dal canto suo, vorrebbe raggiungere contemporaneamente i tre obiettivi, nella misura in cui essi sono per lei importanti e favorevoli, e cioè: la continuazione della collaborazione economica con l'Occidente, la continuazione dell'armamento sovietico al fine di ottenere sia una sicurezza ancora migliore sia ulteriori possibilità in politica estera e, infine, la limitazione degli armamenti qualora in tal modo le riuscisse di neutralizzare un'effettiva o presupposta superiorità americana.

Riguardo alla 2<sup>a</sup> ipotesi, come ben sappiamo, la speranza di una rapida ripresa economica non si è avverata. È probabile che non si avveri neppure nel futuro immediato: tassi di crescita in aumento e disoccupazione in diminuzione non sono ipotesi realistiche oggi. Rispetto alle crisi del passato assume importanza il fatto che il cuscinetto delle riserve si è assottigliato, tanto da mettere a nudo le debolezze strutturali e istituzionali delle economie occidentali (compresa la nostra). A maggior ragione, ciò vale per i paesi comunisti, la cui incapacità di procedere a riforme e innovazioni di fondo diventa vie più manifesta. Dobbiamo perciò aspettarci crescenti tensioni interne nei paesi dell'est.

Nei paesi occidentali si preannunciano conflitti sulla ripartizione della spesa pubblica come pure sul senso e i limiti della socialità e dell'assistenzialismo ritenuti spesso eccessivi. Di pari passo aumenterà pure l'opposizione contro le spese per gli armamenti che solitamente si trovano in concorrenza con altri tipi di spesa. Nondimeno, vale la pena di ricordare che proprio il movimento pacifista attivo nell'Europa nord-occidentale non nega per principio la necessità della difesa: caso mai, la critica è rivolta contro ogni ulteriore riarmo nucleare.

Frutto di questo crescente scetticismo di fronte alle armi nucleari è l'attuale apprezzamento o addirittura la rivalutazione di cui godono le armi convenzionali. La funzione che vien loro attribuita è sia di elevare la soglia nucleare (cioè il punto che segnerebbe l'inizio di una guerra nucleare) sia di rendere addirittura superfluo il ricorso alle armi nucleari. Benché, proprio per noi svizzeri, questa 'riscoperta' delle armi convenzionali sia assai auspicabile, non dobbiamo perdere di vista almeno due cose. La prima è che l'onere finanziario per questo tipo di armamento è ben gravoso e rimane il dubbio che sia poi realizzabile e opportuno dal profilo economico e della politica interna. La seconda è che non dobbiamo lasciarci sedurre dall'ipotesi che le armi nucleari diventino superflue e che il mondo se ne possa sbarazzare con un semplice tocco della bacchetta magica. Che lo si voglia o no: le armi nucleari sono una realtà con la quale dobbiamo purtroppo convivere. E in più, per molto tempo ancora, rimarranno indispensabili mezzi di dissuasione strategica. L'obiettivo deve dunque essere un miglior equilibrio tra l'armamento nucleare e quello convenzionale, con lo scopo di mantenere una difesa credibile, accettabile dal profilo economico e di rendere la guerra il più improbabile possibile.

Riguardo alla 3a ipotesi, noi tutti abbiamo dovuto trarre la deludente conclusione che gli sforzi volti al controllo della corsa agli armamenti non escludono purtroppo un ulteriore riarmo,

ma che, a volte, esso ne è addirittura la conseguenza. In altri termini: chi intende disarmarsi, incomincia per riarmarsi debitamente, in modo da poter poi, come asserisce, disarmarsi meglio. Questo atteggiamento, ovviamente, non solo ha reso più difficile o addirittura impossibile un'efficace riduzione degli armamenti: esso ha discredito l'idea stessa del controllo degli armamenti. L'altra conclusione che abbiamo dovuto trarre è che il genere di limitazione o controllo degli armamenti (l'"arms control" in lingua inglese) diventa viepiù difficile. Inversamente - e ciò può essere complessivamente rallegrante - in determinate cerchie si nota maggiore disponibilità a favore di una riduzione sostanziale degli armamenti, soprattutto quelli delle superpotenze. Il problema qui non è tanto quello di ritenere difficili, tuttavia non impossibili, drastiche riduzioni dell'attuale potenziale di armi. Il problema è da cercarsi piuttosto nella mancanza di una guida politica convincente, capace, di fronte al rischio, di agire con coraggio e non con la solita malfidenza - tuttora purtroppo giustificata.

E con questo vorrei giungere alle conclusioni:

Primo:

constatiamo il logoramento e la frammentazione dei meccanismi regolativi dell'ordine politico internazionale. Si pensi solo al mancato rispetto di tante regole e norme di diritto internazionale (p.es. la presa di ostaggi in Iran) da parte di molti Stati, o la paralisi che colpisce gli organismi internazionali.

Secondo:

quest'evoluzione è fautrice della crescente insicurezza su scala mondiale. della spinta agli armamenti, della tentazione di risolvere i conflitti mediante l'uso delle armi e, di conseguenza, del rafforzamento di quella tendenza chiamata 'militarizzazione del mondo'.

Terzo:

constatiamo una crescente instabilità socio-politica in molti paesi occidentali e una maggior predisposizione alle crisi nei paesi dell'est europeo.

In Europa assistiamo a un'accesa discussione sugli armamenti e il controllo degli stessi, sul rapporto da avere con le superpotenze e sulla sicurezza o protezione dell'Europa, mentre, nel contempo, l'integrazione europea è giunta a un punto morto e mancano le istituzioni politiche capaci di dare a questa stessa Europa maggior indipendenza e maggior fiducia di sé.

Quarto:

constatiamo un ripensamento sul valore degli armamenti convenzionali, benché talvolta si tenda poi a sottovalutare la funzione preventiva delle armi nucleari. Sarebbe auspicabile ripensare l'attuale strategia e la politica degli armamenti allo scopo di ottenere una difesa credibile con meno armi, soprattutto meno armi nucleari, creando così le premesse per un nuovo equilibrio a un livello inferiore.

Da ultimo rimane la domanda essenziale - se ci è dato di evitare una guerra. La mia risposta è che non credo a una guerra di vaste dimensioni, cioè una guerra nucleare. La dissuasione funziona pur sempre, magari non fosse che in virtù del reciproco istinto di conservazione. Ma i sintomi che ho descritto di un crescente decadimento dell'ordine internazionale con le sue molteplici ripercussioni vanno presi come segni premonitori. Anche per l'Europa non possiamo escludere la possibilità di crisi, conflitti e persino guerre. Chi tenta di rispondere alla vostra domanda sui nuovi orientamenti della politica elvetica deve basarsi sulla premessa che le possibilità del nostro paese sono estremamente ridotte. Occorre certamente sviluppare in varie direzioni il nostro strumentario di politica estera, sia nelle nostre relazioni con il Terzo Mondo, sia dando un nostro possibile contributo - che, secondo me, è tuttora insufficiente - nelle questioni del controllo degli armamenti e del disarmo, sia operando a favore dell'area europea, alla cui stabili-

tà e sicurezza potremmo contribuire. In quest'ottica, la nostra politica di sicurezza e la nostra politica di pace sono di per sé congruenti: ciò che possiamo fare per la nostra stabilità interna finirà per essere di profitto anche per l'Europa; inversamente, ciò che possiamo contribuire di costruttivo verso l'esterno favorirà anche la nostra sicurezza. Tutto questo richiede impegno, interesse attivo per gli sviluppi della politica internazionale, e non solo per gli aspetti che tangono i nostri interessi, generalmente di tipo economico, bensì anche quando sono in gioco aspetti fondamentali dell'ordine internazionale o del futuro della nostra comunità di Stati e, in ultima analisi, la nostra esistenza di cittadini e gente di questo mondo. Fatico a immaginare un'altro campo dove il contributo civico e morale della donna potrebbe essere altrettanto decisivo che in questo.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

## Die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung

von Isabell Mahrer

Vorauszuschicken ist, dass es hier nicht darum geht, Stellung zu beziehen zu den verschiedenen vorgeschlagenen Modellen, sondern dass lediglich vorfrageweise einige Grundprobleme angegangen werden.

\* \* \*

### 1. Ausgangssituation

Wäre Gleichberechtigung bloss ein rechtliches Problem, könnte es sehr wohl innert relativ kurzer Frist durch den Gesetzgeber gelöst werden. Doch so einfach liegen die Dinge nicht. Unsere Kultur wurde ausschliesslich von der einen Hälfte der Menschheit errichtet, und die Gesellschaft allein vom männlichen Geist geprägt. Es gilt sich deshalb umzubesinnen auf Wesen und Ziel des Menschen, der nicht als Mann allein, sondern als Frau und Mann geschaffen wurde. Nur wenn die Frau als Frau mit ihren Persönlichkeitseigenschaften, seien sie nun naturgegeben, sozialisations- oder erfahrungsbedingt zufolge der unterschiedlichen Rollenzuteilung integriert wird, wenn sie ihre weiblichen Wertmassstäbe einbringen kann, ist sie gleichberechtigt. Gleichberechtigung in diesem Sinne ist somit ein Bewusstseinsproblem, und zwar nicht nur der Frau, sondern auch des Mannes.

Die Phase der Anpassung mit formeller Gleichstellung und Tendenz zur Gleichmacherei hat derjenigen der Gleichwertung mit entsprechender Gestaltungseinwirkung zu weichen.

## 2. Die Integration der Frau in die Gesamtverteidigung

Sowohl im Weitzelbericht wie im Begleittext zur Vernehmlassung ist immer wieder die Rede von der Integration der Frau.

Was heisst aber Integration? In seiner ursprünglichen Bedeutung meint der Begriff Herstellung oder Entstehung einer Einheit oder Ganzheit aus einzelnen Elementen. Bei der Integration geht es also keinesfalls um eine Addition oder Ausweitung eines bestehenden Gefüges, sondern um einen gesellschaftlichen Prozess, derin etwas Neuem ausmündet. Bezogen auf die staatliche Ebene heisst Integration nicht Anpassung eines bislang ausgeschlossenen an die dominierende Gruppe und Eingliederung in deren Konzept, sondern dialektische Auseinandersetzung unter gegenseitiger Beeinflussung, bzw. im Hinblick auf die vorliegende Frage: gleichwertige Mitbestimmung bei der Grundlage (Konzept der Gesamtverteidigung) wie bei deren Verwirklichung.

Was aber unter dem Titel "Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung" gemeint ist, heisst Anpassung an die von männlichem Geist geschaffene Planung. Dass dabei den "spezifischen Eigenschaften" der diensttuenden Frauen Rechnung zu tragen ist (Erläuterungen zur Militärorganisation) ändert nichts, da ja auch die sogenannten geschlechtsbedingten Eigenschaften aus männlicher Sicht Frauen und Männern zugeordnet werden.

Integration aus weiblicher Sicht heisst demnach Mitgestaltung, nicht Addition, auch keine blosse Ergänzungsfunktion.

### 3. Weibliches Modell als Alternative?

Berücksichtigt man, dass das vorliegende Konzept der Gesamtverteidigung auf eine Verfügung des EMD vom 12.5.1967 zurückgeht (allein schon die Studiengruppe für

strategische Fragen arbeitete über 2 Jahre daran), wird man von den Frauen nicht in-  
nert Monaten oder gar Wochen ein fixfertiges Konzept im Sinne eines alternativen  
Grundlagenpapiers erwarten dürfen, ganz abgesehen davon, dass die männliche Erfahrung  
im Bereich der Verteidigung auf Jahrhunderte zurückgeht.

Alternativbeiträge können sich im heutigen  
höchstens auf einzelne konkrete Punkte  
beziehen.

#### 4. Konkrete Alternativbeispiele in bezug auf die Erziehung

##### Alternativbeispiel exemplifiziert am Modell 4, Schulunterricht

Der Vorschlag sieht einen obligatorischen  
Schulunterricht über Sicherheitspolitik  
und Gesamtverteidigung vor.

Hier stellt sich die grundsätzliche Frage  
unseres heutigen Ausbildungskonzeptes.  
Das Schwergewicht wird auf die materielle  
Seite gelegt. Mindestens so nötig wäre  
aber eine Förderung der menschlichen Werte  
wie Fähigkeit zur Zusammenarbeit, To-  
leranz. Statt die Kinder und Jugendlichen  
mit einer allfälligen Sicherheitspolitik  
vertraut zu machen, sie mit einem Feind-  
bild zu konfrontieren, wäre es besser den  
Empfehlungen der Generalversammlung der  
UNO bezüglich der Menschenrechtserklärung  
zu folgen "pour faire en sorte qu'il soit  
distribué, affiché, lu et commenté prin-  
cipalement dans des écoles et autres éta-  
blissements d'enseignements, sans distinc-  
tion fondée sur le statut politique des  
pays ou des territoires".

Im September 1978 fand ein internationaler  
Kongress über den "Unterricht der Menschen-  
rechte" in Wien statt, und im April 1983  
hielt die UNESCO (deren Mitglied die  
Schweiz ebenfalls ist) in Paris eine Tagung  
über "Erziehung zum Frieden" ab. Im Kanton  
Genf werden bereits mit Unterstützung des  
Erziehungsdepartementes Seminare für die  
Lehrkräfte der verschiedensten Schulstufen  
(Primarschule bis Universität) durchge-  
führt. Sinn dieser Bestrebungen ist, den  
Jugendlichen die Gleichwertigkeit der Ge-  
schlechter beizubringen und Verständnis  
für andere Völker und Kulturen zu wecken.

Was wir benötigen sind somit Lehrerinnen  
und Lehrer, die die Tatsache einer  
multikulturellen Gesellschaft bejahen  
und bereit sind, von einer grundsätzli-  
chen Gleichwertigkeit der Menschen  
und Völker auszugehen; Lehrkräfte, die  
die engen eigenen Normen und Wertvor-  
stellungen zu relativieren und Toleranz  
für die ändern zu entwickeln vermögen.

Statt Aufbau eines Feindbildes, Er-  
wecken von Verständnis für die ändern  
und damit Minderung der gewaltsamen  
Konfliktgefahr.

##### Katastrophenhilfe als Bestandteil der Gesamtverteidigung oder als Erziehung zur Selbständigkeit?

Das Konzept der Gesamtverteidigung be-  
tont ausdrücklich, dass es sich nicht  
nur um Verteidigung oder gar um mili-  
tärische Verteidigung handelt. Be-  
sonders hervorgehoben wird der Einbezug  
der Katastrophenhilfe. Nun kann die  
Schweiz in ihrer Gesamtheit nicht gerade  
als ein Katastrophengebiet bezeichnet  
werden. Fachgerechte Hilfe aus der  
Nachbarschaft ist schnell zur Stelle  
zur Behebung des Gefahrenzustandes und  
wesentlich wirksamer als der Einsatz  
kurzfristig ausgebildeter Frauen und  
Männer. Auch die Katastrophenhilfe im  
Ausland ist auf gut ausgebildete Leute  
angewiesen und nicht auf solche, die  
einen mehrtägigen Blitzkurs - selbst  
mit Wiederholungstagen - absolviert  
haben.

Woran es aber fehlt, ist die Selbsthilfe  
in Notsituationen des Alltags (z.B.  
älterer Ehemann, der beim Verlust sei-  
ner Gattin ins Altersheim muss, weil er  
in Haushaltführung hilflos ist; Frau,  
die bei einer kleinen Störung im Haus-  
halt einen Handwerker herbeirufen muss,  
etc. Die Beispiele können im Hinblick  
auf die moderne Technik ausgedehnt wer-  
den). Die Selbsthilfe oder Selbständig-  
keit im Alltag sollte deshalb zum nor-  
malen Ausbildungsstand gehören und zwar  
in gleicher Weise für Mädchen und Kna-  
ben. "Ausbildung für das Verhalten  
in ausserordentlichen Lagen" (Bericht  
S. 25) müsste dem ordentlichen Zivil-

leben zugeordnet und nicht in die Gesamtverteidigung eingebaut werden. Eine Hochstilisierung im Rahmen der Gesamtverteidigung ist fehl am Platze.

Anspruch auf solide Grundkenntnisse sollte im Rahmen der normalen Ausbildung gewährt und vom Verteidigungskonzept gelöst werden.

#### 5. Andere Möglichkeiten von Diensten an der Gemeinschaft

Die zwei vorerwähnten Beispiele haben nur exemplifikatorische Bedeutung. Sie sind zu ergänzen, so z.B. durch zusätzliche Formen von Diensten an der Gemeinschaft. Dabei müsste allerdings der Frage nachgegangen werden, ob hinter der Frage nach der "Erbringung von Leistungen im Rahmen der Gesamtverteidigung" (Fragenkatalog Ziff. 4) nicht allzusehr eine Ueberbewertung des männlichen und eine Verkennung des weiblichen Beitrages - wie dies im Alltag häufig geschieht - verborgen liegt.

#### 6. Beschränkung auf Friedensaktionen?

Die Frauen gehören nicht zur "herrschenden" (schon die Sprache sagt es) Gruppe. Sie kennen das menschliche Zusammenleben mehr unter dem Gesichtswinkel der Untergeordneten. Aus dieser Situation heraus neigen sie eher (Erfahrungseigenschaft) zu gewaltlosen Konfliktlösungen. Nicht umsonst finden sich in den Friedensbewegungen zahlreiche Frauen. Indes ist die gewaltfreie Welt etwas zu Wünschendes, aber noch kein Seinszustand. Friede ist eine politische Aufgabe, die eine Veränderung der Einstellung und damit eine neue Gesellschaft verlangt. Der Schwerpunkt unter weiblicher Sicht liegt somit auf der Erziehung und ist auf die Zukunft gerichtet. Es wäre deshalb verfehlt, den Istzustand vollständig ausser Acht zu lassen.

Geht man von der Annahme aus, die Verteidigung, insbesondere in der Form der militärischen, entspreche eher dem männlichen Prinzip (Merkworte: Kriegsheld, Heldentod, Tapferkeit vor dem Feind, Härte; aber auch die Einrichtung der Militärparaden oder der Gedanke der Uebertragung sogenannter militärischer Tugenden in den Zivilbereich, dies im Gegensatz zur Humani-

sierung der Arbeit) und die Friedenssuche trage mehr Züge der weiblichen Weltvorstellung, so gilt es doch in Anerkennung der Integration beiden Sichtweisen Rechnung zu tragen.

Im heutigen Zeitpunkt ist deshalb eine gegenpolige ausschliessliche Alternative zu verneinen. Die Frage stellt sich nur nach der Relation der beiden Wertungen. Im geltenden Konzept überwiegt eindeutig das männliche Prinzip oder Gedankengut.



Ich sah nichts. Mit der Sehergabe überfordert, war ich blind. Sah nur, was da war, so gut wie nichts. Durch den Jahreslauf des Gottes und die Forderungen des Palastes wurde mein Leben bestimmt. Man könnte auch sagen: erdrückt. Ich kannte es nicht anders. Lebte von Ereignis zu Ereignis, die, angeblich, die Geschichte des Königshauses ausmachten. Ereignisse, die süchtig machen, auf immer neue Ereignisse, zuletzt auf Krieg.

## La participation de la femme dans la défense générale

par Isabell Mahrer

Il n'est pas question de prendre position sur les différents modèles qui ont été proposés, mais de relever certains aspects fondamentaux.

\* \* \*

### 1. Situation initiale

Si l'égalité n'était qu'un problème juridique, le législateur aurait tôt fait de le résoudre. Ce n'est hélas pas si simple. Notre culture a été entièrement conçue par une moitié de l'humanité et la société marquée par l'esprit masculin. Il importe de reconsidérer la nature et la destinée de l'être humain, celui-ci ayant été créé tant comme homme que comme femme. La femme n'est l'égale de l'homme que si elle parvient à s'intégrer telle qu'elle est, avec ses qualités propres que celles-ci soient innées ou acquises, soit par l'expérience, soit en raison du rôle social qui lui incombe. L'égalité est donc essentiellement un problème d'identité concernant aussi bien l'homme que la femme.

La phase l'adaptation à un égalitarisme formel doit dorénavant s'effacer devant une égalité plus nuancée, largement ouverte à l'identité propre des hommes et des femmes.

### 2. L'intégration de la femme dans la défense générale

Aussi bien dans le rapport Weitzel que dans le texte accompagnant la procédure de consultation, il est toujours question de la femme dans la défense générale. Mais que signifie en fait le terme d'intégra-

tion? On peut le définir comme étant la création ou l'apparition d'une unité ou entité à partir de divers éléments constitutifs. Il n'est donc nullement question d'une addition ou de l'élargissement d'un système établi, mais plutôt d'une restructuration sociale qui aboutit à quelque chose de nouveau. Intégration ne signifie ni l'insertion dans un groupe dominant d'un groupe jusque là exclu, ni acceptation du concept existant, mais bien discussion et enrichissement mutuel. Il en va de même dans la présente étude où il s'agit avant tout de l'élaboration d'un projet commun.

Or, l'intégration, telle qu'elle apparaît dans la consultation, signifie insertion à un projet masculin. Que l'on veuille tenir compte des "qualités spécifiques" des femmes astreintes au service (explications au sujet de l'organisation militaire), n'y change rien puisque de toutes manières les vertus spécifiques rattachées à un sexe ont été elles aussi définies par des hommes.

Les femmes veulent définir leur propre intégration et non pas faire l'objet d'une addition ou de fonctions complémentaires.

### 3. Une solution différente de modèle féminin

Si l'on tient compte du fait que la conception actuelle de la défense générale repose sur des dispositions du DMF du 12.5.67 (rien que le groupe d'étude pour les questions stratégiques y a travaillé 2 années), il est inconcevable d'attendre des femmes qu'elles livrent en l'espace de quelques mois un concept achevé dans le sens d'une étude fondamentale, d'autant que les hommes ont acquis en matière de

défense une expérience séculaire.

Des contributions différentes ne peuvent, de ce fait, toucher que quelques points particuliers.

#### 4. Propositions concrètes en matière d'éducation

##### Exemple se rapportant au modèle 4, l'éducation scolaire

La proposition prévoit un enseignement obligatoire de notre politique de sécurité et de défense générale.

Cette question a donc trait précisément à un des aspects fondamentaux de notre conception de l'enseignement. On y attache une grande importance aux mots-clés suivants: résultats, rendement, efficacité, concurrence qui tous impliquent une certaine dose d'agressivité, alors même qu'il serait nécessaire de promouvoir les valeurs morales telles que l'aptitude à la collaboration, la tolérance. Il serait probablement plus judicieux de familiariser les enfants et les jeunes avec les recommandations de l'assemblée générale de l'ONU concernant la déclaration des droits de l'homme, plutôt que de leur inculquer des notions de politique de sécurité et de les confronter à l'image de l'ennemi.

Vienne a accueilli en 1978 un congrès international consacré à l'enseignement des droits de l'homme et l'UNESCO (dont la Suisse est membre) a organisé en 1983 à Paris un séminaire sur l'éducation à la paix. De plus, dans le Canton de Genève et grâce au soutien de son département de l'instruction, des séminaires sont organisés pour les enseignants des différentes années scolaires (écoles primaires jusqu'à l'Université). Tous ces efforts ont pour but de sensibiliser les jeunes au problème de l'égalité des sexes et à la compréhension de cultures et de populations différentes. Nous avons donc besoin d'enseignants qui acceptent la réalité d'une société pluriculturelle et qui sont prêts à admettre le principe de l'égalité des êtres humains et des peuples. Il nous faut un corps enseignant capable de ju-

ger nos propres valeurs avec objectivité et de développer un esprit de tolérance envers les autres.

Au lieu d'élaborer une image de l'ennemi, il faut éveiller la compréhension pour les autres et ainsi diminuer les risques de conflits violents.

L'aide en cas de catastrophe doit-elle faire partie de la défense générale ou d'une éducation à la débrouillardise et à l'indépendance?

Dans la conception de la défense générale il est expressément fait mention qu'il ne s'agit pas uniquement de défense ou même de défense militaire, mais également de défense en cas de catastrophe. Il ne semble pas toutefois que la Suisse puisse être désignée comme une région riche en catastrophes. Inondations, avalanches, incendies existent bien entendu, mais sous une forme localisée. Une aide experte émanant du voisinage est plus rapide et plus efficace que l'engagement d'hommes et de femmes ne bénéficiant que d'une formation succincte. L'aide en cas de catastrophe à l'étranger doit elle aussi pouvoir compter sur des personnes bien formées et non pas sur des gens ayant suivi une formation écolaire, même si cette formation fait l'objet de journées de répétition. Ce qui manque réellement, ce sont des connaissances dans le domaine de l'aide dans des situations de détresse (Veuf âgé, incapable de faire son ménage et tributaire de l'asile de vieillards; femme ne sachant maîtriser une petite panne dans son ménage et devant faire appel à un ouvrier etc.). Garçons et filles devraient pouvoir jouir d'une formation à l'autonomie et à l'indépendance concernant les choses pratiques de la vie de tous les jours "n'ayant pas bénéficié d'une instruction sur la manière d'affronter des situations extraordinaires" (rapport p. 20). Ces cours devraient s'intégrer ailleurs que dans le cadre de la défense générale.

"Le droit à des connaissances de bases solides" (Weitzel) devrait être accordé

dans le cadre de l'instruction normale et sorti du contexte de la défense générale.

#### 5. Autres possibilités de service communautaire

Les deux exemples susmentionnés doivent être complétés notamment par des formes supplémentaires de service communautaire. Il y aurait lieu cependant de se demander si la question des prestations dans le cadre de la défense générale (chiffre 4 du catalogue) ne recèle pas une surévaluation de la contribution masculine et une méconnaissance de l'apport féminin, comme cela est souvent le cas dans la vie quotidienne.

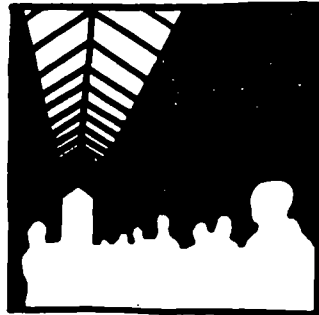
#### 6. Limitation à des actions pour la paix?

Les femmes ne font pas parties de la classe dominante (dominus = le maître). Par leurs relations sociales elles ont plus appris à vivre en subordonnées. Cette situation les pousse à préférer une solution pacifique des conflits. Ce n'est pas pour rien que tant de femmes se retrouvent au sein des mouvements pour la paix. Un monde libéré de toutes tendances conflictuelles est cependant encore un rêve d'avenir et non pas une réalité. La paix appartient au domaine politique qui réclame une modification profonde des attitudes et par ce fait même une société nouvelle. Les femmes mettent tous leurs espoirs et leur énergie sur l'éducation et se tournent ainsi vers l'avenir.

Si l'on part du principe que la défense, et particulièrement la défense militaire, correspond davantage au tempérament masculin (symboles: les héros guerriers, la mort du héros, la bravoure devant l'ennemi, la dureté et d'autre part les parades militaires ou encore la mise en valeur de vertus militaires dans la vie civile en opposition avec une humanisation du travail) et que la recherche de la paix porte en elle des traits d'une vision du monde plus féminine, il importe, afin de tenir compte de cette réflexion sur l'intégration, de prendre en considération ces deux manières de voir.

A l'heure actuelle il serait dangereux de ne suivre qu'une seule alternative. Il faut cependant se poser la question de la relation pouvant exister entre ces deux options. La conception actuellement en vigueur est dominée manifestement par une pensée masculine.

(Traduction: C. Langenberger-Jäger)



Das hab ich lange nicht begriffen: dass nicht alle sehen konnten, was ich sah. Dass sie die nackte bedeutungslose Gestalt der Ereignisse nicht wahrnahmen. Ich dachte, sie hielten mich zum Narren. Aber sie glaubten sich ja. Das muss einen Sinn haben. Wenn wir Ameisen wären: Das ganze blinde Volk stürzt sich in den Graben, ertränkt sich, bildet die Brücke für die wenigen Ueberlebenden, die der Kern des neuen Volkes sind. Ameisengleich gehen wir in jedes Feuer. Jedes Wasser. Jeden Strom von Blut. Nur um nicht sehn zu müssen. Was denn? Uns.

## La collaborazione della donna alla difesa globale

di Isabell Mahrer

Vorrei premettere che qui non intendo prendere posizione sui diversi modelli proposti ma solo sollevare alcune questioni di fondo.

### 1. La situazione di partenza

Se l'eguaglianza fosse solo un problema giuridico, il legislatore lo potrebbe risolvere in un lasso di tempo assai breve. Ma le cose non stanno così. La nostra cultura è stata edificata esclusivamente da un metà dell'umanità e la società è tutta condizionata dallo spirito maschile. Per cui occorre richiamare alla memoria la natura e la meta della persona umana, creata non solo come uomo, bensì come donna e uomo. La donna potrà ritenersi l'eguale dell'uomo solo quando si vedrà integrata con tutte le peculiarità della sua personalità, siano esse dovute alla natura alla socializzazione o all'esperienza di vita, e quando verrà accettata con il suo ordine di valori femminili. L'eguaglianza così concepita è una questione di mentalità, di presa di coscienza della donna e dell'uomo.

La fase della parificazione, con l'eguaglianza formale dei diritti e la tendenza a voler cancellare ogni diversità, deve cedere il passo alla fase dove la donna e l'uomo saranno ugualmente stimati e ad ambedue verrà riconosciuta la possibilità di intervenire a modellare l'evoluzione sociale.

## 2. L'integrazione della donna nella difesa globale

Sia nel rapporto Weitzel sia nel testo esplicativo che accompagna la consultazione si parla a più riprese dell'integrazione della donna.

Ma che significa quest'integrazione? Originariamente significa creazione o costruzione di qualcosa a partire da singoli elementi. L'integrazione non è affatto un'addizione o il potenziamento di un costruito esistente, bensì un processo sociale che sfocia in qualcosa di nuovo. A livello dello Stato, integrazione non significa adattamento del gruppo finora escluso al gruppo dominante e inserimento in una concezione pre-esistente, bensì confronto dialettico con possibilità di esserne reciprocamente influenzati. Rispetto al nostro tema ciò implica partecipazione su piede di parità sia alla concezione della difesa globale sia alla sua attuazione. Ma quello che si intende correntemente per "partecipazione della donna alla difesa globale" è un adattamento ai piani escogitati dallo spirito maschile. Che poi si debbano tenere in debito conto le "caratteristiche specifiche" delle donne che prestano servizio (v. spiegazioni concernenti l'ordinamento militare), non cambia nulla, visto che anche le caratteristiche sessuali sono attribuite e alle donne e agli uomini in base a una definizione maschile.

Integrazione, dal punto di vista femminile, è compartecipazione concettuale e realizzativa, e non solo addizione o complemento.

### 3. Il modello femminile quale alternativa?

Se pensiamo che la presente concezione della difesa globale si basa su una risoluzione del DMF del 12.5.1967 (il gruppo di studio per le questioni strategiche ci aveva già lavorato per oltre due anni),

non si pretenderà certo che le donne forniscano nel giro di qualche mese o addirittura qualche settimana una concezione integrale sotto forma di documento di base alternativo, oltre tutto sapendo che l'esperienza maschile nel campo della difesa è lunga di secoli.

Un contributo alternativo può essere dato attualmente solo su singoli punti concreti.

#### 4. Esempi alternativi concreti nel settore educativo

##### Esempio alternativo basato sul modello 4 - insegnamento scolastico

La proposta Meyer prevede l'insegnamento obbligatorio della politica di sicurezza e della difesa globale.

Qui va innanzitutto messo in causa il nostro attuale modello educativo. L'accento è posto sull'aspetto materiale. Ma altrettanto importante è promuovere valori umani fondamentali quali la capacità di collaborare, la tolleranza. Invece di confrontare le ragazze e i ragazzi con un eventuale politica di sicurezza, invece di presentare loro l'immagine di un nemico, sarebbe più sensato seguire le raccomandazioni dell'assemblea generale dell'ONU relative alla dichiarazione dei diritti umani "affinché essa venga distribuita, affissa, letta e commentata, soprattutto nelle scuole e negli altri istituti d'insegnamento...". Nel settembre 1978 si ebbe a Vienna un congresso internazionale sull'"insegnamento dei diritti umani" e nell'aprile 1983 l'UNESCO (di cui la Svizzera è membro) tenne a Parigi un convegno sull'"educazione alla pace". Nel Cantone di Ginevra si stanno già organizzando, sostenuti dal Dipartimento della pubblica educazione, seminari per gli insegnanti dei vari ordini di scuola (dalle elementari all'università). Lo scopo di questi provvedimenti è di promuovere presso i giovani il sentimento dell'eguaglianza tra la donna e l'uomo, e la comprensione per altri popoli e altre culture. Ciò di cui abbiamo bisogno sono pertanto insegnanti di ambo i sessi che sappiano dare la loro

adesione a una società pluriculturale, che siano capaci di riconoscere la fondamentale eguaglianza delle persone umane e dei popoli, insegnanti, infine, che sappiano relativizzare le proprie norme e il proprio ordine di valori per dare più spazio alla tolleranza verso gli altri.

Invece di costruire l'immagine del nemico, stimoliamo la comprensione reciproca per ridurre il pericolo di conflitti violenti.

##### L'aiuto in caso di catastrofi quale elemento della difesa globale o quale educazione all'indipendenza?

Nel modello della difesa globale si sottolinea esplicitamente che non si tratta di sola difesa o addirittura sola difesa militare. Particolare rilievo è dato all'aiuto in caso di catastrofi.

Ora, nel suo insieme, è difficile qualificare la Svizzera di regione sinistrata. Un aiuto competente facilmente reperibile nelle vicinanze può intervenire tempestivamente per rimediare ai disagi ed è da ritenersi infinitamente più efficace dell'intervento di donne e uomini addestrati superficialmente. L'aiuto in caso di catastrofi all'estero può fare affidamento solo su personale qualificato e non su gente addestrata con qualche corso-lampo, anche se di più giorni e anche se con giornate di ripetizione. Ciò che manca è l'aiuto nelle situazioni di emergenza quotidiane (p.es. per il vedovo che deve essere ricoverato alla casa per anziani essendo incapace di sbrigare le faccende; per la casalinga che per ogni piccolo guasto deve ricorrere all'operaio; ma, vista la complessità della tecnica, di esempi ve ne sono a bizzeffe). L'aiuto all'autonomia e all'indipendenza nella vita di tutti i giorni dovrebbe dunque far parte del bagaglio formativo corrente tanto per le ragazze quanto per i ragazzi. L'"addestramento al comportamento in situazioni eccezionali" (pag. 25 del rapporto nella versione tedesca) andrebbe inserito nella normale vita civile e non inquadrato nella difesa globale. Perché fare un elefante d'un moscerino?

Il diritto a solide nozioni basilari va regolato nell'ambito della normale formazione e non in quello della difesa.

#### 5. Ulteriori possibili servizi alla collettività

Ai due punti summenzionati si è accennato solo a titolo di esempio. Essi andrebbero perciò completati p.es. con ulteriori forme di servizio alla collettività. Dapprima occorrerebbe però analizzare se dietro la questione delle "prestazioni nell'ambito della difesa globale" (cifra 4 del questionario) non si celi piuttosto la sopravvalutazione del contributo maschile e il misconoscimento del contributo femminile - come di regola già avviene nella vita sociale.

#### 6. Limitarsi ad azioni per la pace?

Le donne non appartengono al gruppo dominante. La loro esperienza della convivenza umana è l'esperienza di chi solitamente è subalterno. Un'esperienza che le porta piuttosto a risolvere i conflitti in maniera non violenta. Non per niente vi sono molte donne nei movimenti pacifisti. Purtroppo il mondo non violento è ancora di là da venire e non uno stato di fatto. La pace è un compito politico che richiede un cambiamento delle mentalità e dunque una nuova società. Dal punto di vista delle donne l'accento va perciò posto sull'educazione ed è teso al futuro. Nondimeno sarebbe errato accantonare di conseguenza il presente.

Partendo dall'assunto che la difesa, soprattutto la difesa militare, è piuttosto ancorata al principio maschile (le parole chiave sono: eroe di guerra, morte da eroe, coraggio di fronte al nemico, tenacia; inoltre si pensi all'istituzione delle parate militari o all'idea di trasporre le cosiddette virtù militari in campo civile, e questo in contrasto con l'umanizzazione del lavoro) mentre la ricerca della pace corrisponderebbe piuttosto ai valori femminili, nel nome dell'integrazione occorre tenere conto di ambedue i modi di vedere.

Al momento attuale, sia l'una sia l'altra posizione come variante esclusiva sono da rifiutare. Il problema è di trovare l'equilibrio tra i due sistemi di valore. Nella concezione sottoposta a consultazione il principio e il pensiero maschili sono nettamente predominanti.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)



Aber wo lebten wir denn. Ich muss mich scharf erinnern: Sprach in Troia irgendein Mensch von Krieg? Nein. Er wäre bestraft worden. In aller Unschuld und besten Gewissens bereiteten wir ihn vor. Sein erstes Zeichen: Wir richteten uns nach dem Feind. Wozu brauchten wir den?

Stellungnahme einer Radikalfeministin  
zum Einbezug der Frauen in die Gesamtver-  
teidigung

von Christine Bendel

1. Einleitung

Die folgende Stellungnahme basiert auf einer radikalfeministischen Grundhaltung. Ich werde daher zuerst kurz einige wichtige Elemente des Radikalfeminismus darstellen:

Radikalfeminismus ist eine der verschiedenen Strömungen innerhalb der Frauenbewegung. Die verschiedenen Tendenzen unterscheiden sich u.a. durch ihre Erklärungsansätze von Frauenunterdrückung und Patriarchat, durch ihre Zielvorstellungen und damit auch durch ihre Vorgehensweisen.

Als Radikalfeministin verstehe ich unter Frauenunterdrückung sowohl die Benachteiligung von Frauen im Vergleich zu Männern (Beispiele dafür sind Bildung und Erwerbstätigkeit) als auch die Diskriminierung durch Männer (ich denke hier vor allem an Gewalt gegen Frauen). Mit 'Patriarchat' bezeichne ich Strukturen, in welchen Männer eine soziale Stellung einnehmen, die ihnen Macht über Frauen verleiht.

Mein langfristiges Ziel ist die Abschaffung des Patriarchats, seine Ersetzung durch eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer keine ungleichgestellten Gruppen mehr sind.

2. Verwirklichung der Geschlechtersym-  
metrie als erstes Ziel

Als Feministin strebe ich eine Gesellschaft an, in welcher nicht mehr zwischen Frauen und Männern unterschieden wird, genauso wenig wie heute zwischen Menschen mit blauen Augen und Menschen mit braunen Augen unterschieden wird. Deshalb setze ich mich für Geschlechtersymmetrie ein; das heisst, ich setze mich dafür ein, dass Frauen und Männer in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gleichermaßen beteiligt sind.

Ausgehend von diesem Ziel gibt es inbezug auf die Mitwirkung in der Gesamtverteidigung zwei verschiedene Positionen:

- \* Frauen und Männer beteiligen sich gleichermaßen an der Gesamtverteidigung. Gleichermassen bedeutet: Frauen und Männer sind unabhängig ihres Geschlechts in allen Gesamtverteidigungsbereichen und quer durch alle Hierarchien vertreten.
- \* Die zweite Position ist der ersten diametral entgegengesetzt, sie lautet:  
Frauen und Männer beteiligen sich nicht an der Gesamtverteidigung

Aus der Forderung nach Geschlechtersymmetrie kann ich keine eindeutige Position ableiten.

Um zu entscheiden, welche Position die richtige ist, habe ich begonnen, mich über Sinn und Zweck der Gesamtverteidigung zu informieren.

### 3. Funktionen der Gesamtverteidigung

Die Gesamtverteidigung als Instrument der schweizerischen Sicherheitspolitik hat zum Ziel, die heute herrschende Gesellschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Der Bundesrat nennt dies in seinem Bericht über die Sicherheitspolitik in der Schweiz von 1973 'Wahrung des relativen Friedens'. Für mich als Frau ist dieser Friede sehr einseitig.

Ich bin täglich mit der Gewalt, die Männer gegen uns Frauen ausüben, konfrontiert. Sei dies nun durch meine Auseinandersetzung mit dem Problemkomplex Gewalt gegen Frauen im Rahmen meiner Lizentiatsarbeit oder durch eigene Erfahrungen: Männer, die mich an der Haltestelle anstarrten, sich neben mir im Tram breit machen, als hätte ich kein Recht auf einen eigenen Sitzplatz. Oder die Angst abends alleine nach Hause zu gehen, alleine zu wohnen.

Trotz dieser allgegenwärtigen Gewalt seitens der Männer bleiben wir Frauen unsern Unterdrückern gegenüber freundlich.

Es herrscht einseitiger Krieg gegen uns Frauen - von Männern geführt, vom Staat geschützt, von Frauen er-/ge-duldet.

Sobald ich mich als Feministin gegen diesen Krieg zu wehren beginne, d.h. die Machtverhältnisse in diesem Staat in Frage stelle und sie verändern will, werde ich zur 'inneren Feindin'. Innere Feindinnen und Feinde abzuwehren und unschädlich zu machen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Schweizerischen Sicherheitspolitik (aktuelles Beispiel: Diskussion um Armeeinsatz in Kaiseraugst).

Die Tendenz, oppositionelle Gruppen oder Bewegungen zu diffamieren, hat in letzter Zeit stark zugenommen. Die Drahtzieher-Theorie, welche zuerst für die Jugendbewegung herhalten musste, wird heute auch für die Friedensbewegung angewandt. Es wird zwar schwierig sein, diese Theorie auf die Frauenbefreiungsbewegung zu übertragen, da auf der ganzen Welt kein feministischer Staat existiert, der die Drähte ziehen könnte; doch es wird andere Möglich-

keiten geben, die Frauenbewegung zu diskreditieren. Feministische Öffentlichkeitsarbeit ist so lange kein ideologischer Angriff, welchen die Sicherheitspolitik abwehren muss, als die Frauenbewegung nicht stärker und militanter ist. Unserer momentanen Schwäche und der Tatsache, dass in dieser Gesellschaft Frauen nicht ernst genommen werden, haben wir es zu 'verdanken', dass wir (noch?) nicht zum inneren Feind gezählt werden und entsprechende Massnahmen zu befürchten brauchen.

Ich lehne also die schweizerische Sicherheitspolitik und ihr Instrument, die Gesamtverteidigung, aus zwei Gründen ab:

- \* da sie mich als Frau nicht vor der real existierenden Gewalt von Männern schützt, sondern im Gegenteil, ihren Teil dazu beiträgt, dass diese existiert.
- und
- \* weil sie mich als Feministin, die eine starke Frauenbefreiungsbewegung anstrebt, bedroht.

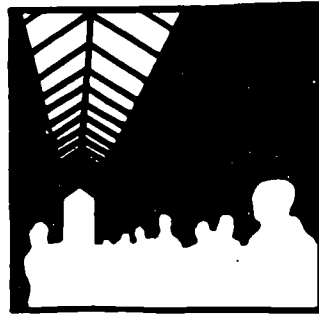
### 4. Schlussfolgerungen

Ich komme jetzt auf meine anfangs erwähnten zwei Positionen zurück: a) Frauen und Männer beteiligen sich gleichermassen an der Gesamtverteidigung. b) Weder Frauen noch Männer leisten Dienste in der Gesamtverteidigung. Aus meiner Ablehnung der Gesamtverteidigung folgt, dass ich mich für die zweite Position entschieden habe: die Gesamtverteidigung wird abgeschafft.

Ich erachte es für politisch falsch, uns auf den Widerstand gegen den vermehrten Einbezug von Frauen in die Gesamtverteidigung zu beschränken. Die Gefahr ist zu gross, dass wir falsch verstanden werden. Immer wieder treffe ich auf die Meinung, dass wir Frauen ausserhalb der Gesamtverteidigung - oder zumindest ausserhalb der Armee bleiben sollen, da wir friedlicher, naturverbundener usw. seien als die Männer. Dieser Auffassung wird auch im Bericht Meyer Rechnung getragen. Ganz bewusst wurden alle militärisch an-

klingenden Ausdrücke vermieden, betont, dass es nicht um einen Militärdienst für Frauen gehe usw. Um der Ideologie von der besonderen Friedlichkeit der Frauen (und der besonderen Aggressivität von Männern ?) entgegenzutreten, müssen wir immer wieder betonen, dass wir die Beteiligung von Frauen und Männern ablehnen.

Mir ist klar, dass die Verwirklichung dieses Ziel in der Schweiz heute noch in weiter Ferne liegt, deshalb fordere ich kurzfristig die Aufhebung des Dienstobligatoriums für Männer und das Absehen von einer obligatorischen Verpflichtung für Frauen.



In der Zitadelle waren neue Truppen aus entlegenen Provinzen eingetroffen, häufig sah man jetzt schwarze und braune Gesichter in den Strassen, Trupps von Kämpfern hockten überall um Lagerfeuer, auf einmal war es nicht mehr ratsam für uns Frauen, alleine unterwegs zu sein. Wenn man es recht betrachtete - nur traute niemand sich, es so zu sehn -, schienen die Männer beider Seiten verbündet gegen unsre Frauen. Entmutigt zogen die sich in die winterlichen Höhlen der Häuser, an die glimmenden Feuer und zu den Kindern zurück. Im Tempel beteten sie mit einer Inbrunst, die mir nicht gefiel, weil ihnen unser Gott Appoll Ersatz sein sollte für gestohlenes Leben. Ich hielt es nicht mehr aus.

...

Die Palastwache verwehrte Hekabe der Königin die Teilnahme an den Sitzungen des Rats. Jetzt, dachte ich, als ich es hörte, jetzt stürzt die Ordnung im Palast zusammen, und staunte selbst, dass ich nicht nur angstvoll, auch entzückt auf die Veränderung gespannt war, die nun unausweichlich wurde. Nichts geschah. Blicklos, berichtete die Mutter Hekabe in Anchises Hütte, wohin ich atemlos gelaufen kam: Blicklos seien alle Männern an ihr vorbei zum Rat gegangen. Auch mein Sohn Hektor, sagte bitter Hekabe. Ihm trat ich in den Weg. Mass ihn mit Blicken, nun, ihr wisst ja, wie ich blicken kann. Versteh doch, Mutter, sagte er. Man will dich schonen. Was jetzt, im Krieg, in unserm Rat zur Sprache kommen muss, ist keine Frauensache mehr.

Freilich, sagte Anchises: Das wird nun Kindersache.

## L'avis d'une ultraféministe sur l'intégration des femmes dans la défense générale

par Christine Bendel

### 1. Introduction

La présente prise de position est fondée sur une attitude radicalement féministe. C'est pourquoi je vais d'abord exposer quelques éléments importants du féminisme radical.

Le féminisme radical est l'un des courants du mouvement féministe. Ces courants se distinguent les uns des autres notamment par la façon dont ils expliquent l'oppression des femmes et le patriarcat, par leurs objectifs et, dès lors par leur démarche.

Comme féministe radical, j'entends par l'oppression des femmes aussi bien le fait qu'elles sont désavantagées par rapport aux hommes (exemples: formation et emploi) que leur discrimination par les hommes (je pense avant tout à la violence contre les femmes). Le 'patriarcat' me sert à désigner les structures dans lesquelles des hommes occupent une position sociale qui leur donne du pouvoir sur les femmes. A long terme, mon objectif est la suppression du patriarcat et l'aménagement d'une société dans laquelle les femmes et les hommes ne constituent plus des groupes de condition inégale.

### 2. La symétrie des sexes, premier objectif

En tant que féministe, j'aspire à une société dans laquelle on ne fasse plus de distinction entre femmes et hommes, pas plus qu'on ne distingue aujourd'hui les gens d'après la couleur des yeux. C'est pourquoi je réclame la symétrie des sexes, soit la participation égale des femmes et des hommes dans tous les secteurs de la vie sociale.

Cela dit, il y a deux positions sur la participation à la défense générale:

- \* Les femmes et les hommes participent de la même manière à la défense générale. 'De la même manière' signifie qu'indépendamment du sexe, les femmes et les hommes sont représentés dans tous les secteurs de la défense générale et à tous les échelons de la hiérarchie.
- \* L'autre position est diamétralement opposée à la précédente: Ni les femmes ni les hommes ne participent à la défense générale.

La symétrie des sexes ne me permet pas de me prononcer nettement pour l'une ou l'autre position.

Pour décider laquelle est juste, je me suis informée du sens et du but de la défense générale.

### 3. Les fonctions de la défense générale

La défense générale, instrument de la politique suisse de sécurité, a pour but de maintenir l'ordre social présent. Selon son rapport de 1973 sur la politique de sécurité en Suisse, le Conseil fédéral parle du maintien d'une paix relative. Pour moi en tant que femme, cette paix est très unilatérale.

La violence des hommes contre les femmes est pour moi à la fois un sujet d'étude pour mon mémoire de licence et un fait d'expérience de tous les jours, que je me trouve à l'arrêt du bus, où des hommes me dévisagent, ou dans le bus, où d'autres s'ingénient à prendre le plus de place possible, comme si je n'avais pas le droit de m'asseoir, ou encore que j'éprouve des

appréhensions à rentrer seule le soir, à vivre seule.

Cette violence omniprésente ne nous empêche cependant pas, nous femmes, de demeurer aimables à l'égard de nos oppresseurs.

Nous femmes sommes les victimes d'une guerre unilatérale, conduite par des hommes, couverte par l'Etat, supportée et tolérée par des femmes.

Dès que je me mets, comme féministe, à me défendre contre cette guerre, en mettant en question et en voulant modifier le pouvoir dans cet Etat, je deviens une "ennemie de l'intérieur". Or, l'une des principales tâches de la politique suisse de sécurité consiste à neutraliser les ennemies et ennemis de l'intérieur (exemple actuel: la discussion sur l'engagement de l'armée à Kaiseraugst).

On constate ces derniers temps une forte augmentation de la tendance à diffamer les groupes ou mouvements d'opposition. Le thème de la manipulation, qui a déjà servi à dénigrer la jeunesse contestataire, est maintenant appliquée au mouvement pacifiste. Il sera certes malaisé d'en faire autant à l'égard du mouvement de libération des femmes, le monde ne comptant aucun Etat féministe qui pourrait tirer les ficelles, mais on trouvera d'autres moyens de discréditer le mouvement des femmes. La propagande féministe ne constituera pas une attaque idéologique intéressant la politique de sécurité tant que le mouvement ne sera pas plus fort et plus militant. C'est à notre faiblesse momentanée et au fait que les femmes ne sont pas prises au sérieux dans cette société, que nous sommes 'redevables' de ne pas (encore?) figurer parmi les ennemis de l'intérieur et de n'avoir pas à craindre d'être l'objet de mesures appropriées.

Deux raisons m'incitent dès lors à refuser la politique suisse de sécurité et son instrument, la défense générale:

- \* Cette politique ne me protège pas, en tant que femme, contre la violence des hommes, bien au contraire, elle contribue à ce que cette violence existe.
- \* Cette politique me menace en tant que féministe aspirant à un vigoureux mouvement de libération des femmes.

#### 4. Conclusions

Je reviens aux deux positions mentionnées au pont 2: a) Les femmes et les hommes participent de la même manière à la défense générale. b) Ni les femmes ni les hommes ne participent à la défense générale. Il découle de mon refus de la défense générale que je me décide pour la deuxième position: la défense générale doit être supprimée.

A mon avis, il est erroné, du point de vue politique, de limiter notre action à la résistance contre une participation accrue de femmes à la défense générale. Nous courons un risque trop grand d'être mal comprises. L'opinion est répandue que nous femmes devons rester en dehors de la défense générale ou, pour le moins, de l'armée, parce que nous serions plus pacifiques, plus proches de la nature, etc., que les hommes. Le rapport Meyer tient également compte de cette opinion et évite soigneusement toutes les expressions militaires, en insistant sur le fait qu'il ne s'agit pas d'un service militaire pour les femmes, etc. Pour combattre l'idéologie du caractère particulièrement pacifique des femmes (et de la particulière agressivité des hommes?), nous devons sans cesse souligner notre refus d'une participation et des femmes et des hommes.

Je sais bien que nous sommes encore très loin de cet objectif en Suisse. C'est pourquoi je demande à court terme la suppression de l'obligation de servir pour les hommes et le renoncement à une obligation de servir pour les femmes.

(Traduction: Marius Rémy)

L'opinione di una femminista radicale  
sull'integrazione delle donne nella di-  
fesa globale

di Christine Bendel

1. Introduzione

Il parere espresso di seguito trae origine da un atteggiamento femminista radicale. Ricorderò perciò succintamente alcuni elementi qualificanti del femminismo radicale.

Il femminismo radicale è una delle correnti all'interno del movimento femminista. Le varie tendenze si contraddistinguono tra l'altro per il diverso approccio interpretativo riguardo all'oppressione della donna e al patriarcato, per i diversi obiettivi che esse si pongono e, pertanto, anche per i diversi metodi di lavoro.

Come femminista radicale interpreto l'oppressione della donna sia come discriminazione delle donne per rapporto agli uomini (p.es. nell'educazione e sul lavoro) sia come discriminazione perpetrata dagli uomini a danno delle donne (penso qui in particolare alla violenza contro le donne). Per 'patriarcato' intendo le strutture che conferiscono agli uomini il potere di disporre delle donne.

Il mio obiettivo a lungo termine è l'abolizione del patriarcato; esso andrà soppiantato da una società in seno alla quale donne e uomini non siano più gruppi posti su un piano di disparità.

2. Primo obiettivo: realizzare la simmetria sessuale

Come femminista auspico la realizzazione di una società in seno alla quale non si fanno più distinzioni tra donne e uomini, proprio come oggi non ci verrebbe in mente di fare distinzioni tra persone dagli occhi azzurri e persone dagli occhi color noc-

ciola. Il mio impegno è perciò votato alla simmetria sessuale: donne e uomini dovranno un giorno partecipare in ugual misura alle varie manifestazioni della vita sociale.

Dato quest'obiettivo, rispetto alla partecipazione alla difesa globale si possono sostenere due posizioni:

- \* Donne e uomini partecipano in ugual misura alla difesa globale. In ugual misura significa: donne e uomini sono presenti, indipendentemente dal loro sesso, in tutti i settori della difesa globale e a tutti i livelli gerarchici.
- \* La seconda posizione si oppone diametralmente alla prima e recita: donne e uomini non partecipano affatto alla difesa globale.

L'esigenza della simmetria sessuale non mi consente di parteggiare per l'una o l'altra posizione.

Per stabilire quale fosse la posizione più coerente, mi sono dovuta informare sul senso e lo scopo della difesa globale.

3. Funzioni della difesa globale

La difesa globale, quale strumento della politica di sicurezza, ha per scopo di mantenere l'assetto sociale che prevale oggi. Il Consiglio federale, nel suo rapporto sulla politica di sicurezza della Svizzera, pubblicato nel 1973, lo definisce come 'preservazione della pace relativa'. Per me, donna, tale pace è oltremodo parziale.

Giorno per giorno mi trovo confrontata alla violenza che gli uomini esercitano contro noi donne: sia nell'ambito dell'analisi che conduco sulla problematica della violenza contro le donne in vista della mia tesi; sia nell'ambito delle mie esperienze personali con uomini che puntano i loro occhi su di me alla fermata del tram o che invadono poi il mio posto a sedere come se a me non spettasse neanche un sedile, oppure con la paura di rincarare di notte senza chi mi accompagna o di abitare da sola.

Nonostante questa onnipresente violenza maschile, noi donne siamo sempre cordiali verso i nostri oppressori.

V'è guerra unilaterale contro noi donne - una guerra fatta dagli uomini, ratificata dallo Stato, sofferta e sopportata dalle donne.

Allorché, come femminista, incomincio a rivoltarmi contro questa guerra, quando cioè tento di rimettere in causa la struttura del potere in questo paese per modificarla, allora mi tramuto in 'nemica interna'. Ora, dissuadere e rendere inoffensive nemiche e nemici interni è uno dei principali compiti della politica svizzera di sicurezza (per un esempio recente si veda la discussione sull'impiego dell'esercito a Kaiseraugst).

La tendenza a diffamare gruppi e movimenti d'opposizione è sensibilmente aumentata di questi ultimi tempi. La teoria dell'ispirazione moscovita, applicata dapprima al movimento giovanile, è oggi accollata al movimento pacifista. Nel caso del movimento per la liberazione della donna è già un po' più difficile giustificare la presunta ispirazione occulta, visto che sulla faccia della terra non c'è un solo Stato femminista che possa gestire il tutto da dietro le quinte; nondimeno, per discreditarlo il movimento femminista gli argomenti non mancano. La divulgazione delle idee femministe non sarà un attacco ideologico dal quale la politica di sicurezza deve difendersi fino a quando il movimento femminista non riuscirà a essere più forte e

più militante. Alla nostra momentanea debolezza e al fatto di non essere prese sul serio in questa società dobbiamo il 'privilegio' di non essere (ancora?) annoverate tra i nemici interni e di non dover temere i provvedimenti del caso.

Così, rifiuto la politica svizzera di sicurezza e lo strumento della difesa globale per due motivi:

- \* Come donna, non mi proteggono dalla violenza reale degli uomini bensì contribuiscono al perdurare della stessa;
- \* Come femminista, che auspica un movimento di liberazione della donna forte, sono per me una minaccia.

#### 4. Conclusioni

Vorrei ritornare alle due posizioni menzionate all'inizio: a) donne e uomini partecipano parimenti alla difesa globale, b) né donne né uomini prestano servizio per la difesa globale. Dalla mia opposizione alla difesa globale risulta che devo optare per la seconda posizione: la difesa globale viene abolita.

Ritengo che sia un errore politico limitarci all'opposizione contro la maggior integrazione delle donne nella difesa globale. Il pericolo di essere mal interpretate è grande. C'è sempre chi mi dice che noi donne dovremmo rimanere fuori dalla difesa globale o perlomeno fuori dall'esercito, poiché siamo più pacifiche, più legate alla natura, ecc., degli uomini. Perfino il rapporto Meyer tiene conto di quest'atteggiamento: ogni espressione militaristica è stata intenzionalmente evitata, sottolineando anche che non si trattava di un servizio militare per le donne, ecc. Per opporci all'ideologia della particolare pacifictà delle donne (e della particolare aggressività degli uomini?) non dobbiamo stancarci di ripetere che rifiutiamo la partecipazione e delle donne e degli uomini.

---

Vedo perfettamente che in Svizzera siamo ben lungi dalla realizzazione di quest'obiettivo. Ecco perché la mia richiesta è di abrogare a breve termine l'obbligatorietà del servizio militare per gli uomini e di rinunciare all'introduzione di un servizio obbligatorio per le donne.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Ein Nein, das uns verpflichtet  
Gedanken - Ueberlegungen - Argumente

von Monika Stocker-Meier

Mein Nein zum Einbezug der Frauen in die  
 Gesamtverteidigung ist ein Dreifaches:

- ein pazifistisches
- ein feministisches
- ein christliches.

Und es ist kein Nein, das ich vor mich  
 hin murmeln will, um dann die Hände in  
 den Schooss zu legen; nein, mein Nein ist

- ein aktives Nein
- ein forderndes Mein
- ein verpflichtendes Nein.

Denn:

- Pazifismus ist aktiv
- Feminismus ist fordernd
- christliches Grundverständnis ist ver-  
pflichtend.

Zum 1.: Mein pazifistisches Nein

Pazifismus hat eine Geschichte, eine tot-  
 geschwiegene, teilweise mindestens, eine  
 lächerlich gemachte, eine verleumdete.  
 Er wurde nie ernst genommen respektive so  
 ernst genommen, dass er sofort bekämpft  
 und unterdrückt werden musste. Pazifis-  
 mus ist nicht jene lendenlahme, dümmliche  
 Ideologie, zu dem er oft verkümmert wer-  
 den sollte. Pazifismus ist eine kreative,  
 originelle, aktive Alternative - die Al-  
 ternative heute. Warum?

Die Realität der Welt 1983 ist alarmierend.  
 Wenn wir sie ganzheitlich ernst nehmen, so  
 ist der Untergang im Gange - nicht als  
 grossartiges Schlagwort gemeint, sondern  
 als nüchterne Erkenntnis. Zwei Drittel der  
 Menschheit hungern, die Ressourcen sind  
 ungerecht verteilt und gehen zu Ende, die  
 Umwelt wird systematisch kaputt gemacht,  
 Repression und Verletzung der Menschenrech-

te im Namen der Gewalt sind - überall -  
 gang und gäbe. Insbesondere blüht die  
 Hysterie des Militarismus - das Recht  
 des Stärkeren wird propagiert - es  
 scheint, als ob alle Aufklärung, alle  
 soziale und humanitäre Entwicklung der  
 Menschheit nichts, absolut nichts bedeu-  
 ten würde. Der Ernstfall ist hier und  
 heute, jetzt 1983. Und die Schweiz? Ist  
 sie nicht ganz anders? Der Humanität ver-  
 pflichtet, neutral? Die Schweiz liegt  
 im Herzen Europas, eine Tatsache, die  
 wir touristisch ausnutzen, in der po-  
 litischen Realität aber ausklammern.  
 Europa ist das programmierte Schlacht-  
 feld der Grossmächte und zwar das atoma-  
 re, endgültige, unwiederbringliche. Und  
 hier liegt die Schweiz mittendrin. Wir  
 müssen die Realität ernst nehmen. Wir  
 müssen - so schmerzlich das ist - von  
 1939 Abschied nehmen und das andere Ka-  
 pitel der Menschheitsgeschichte an-  
 schauen, das am 6. August 1945 ange-  
 fangen hat - und möglicherweise das  
 letzte sein wird.

Es wäre lohnenswert, die militärische  
 Bedrohung der Schweiz hier aufzurollen  
 und eigentlich müssten wir das tun, denn  
 die Zentralstelle für Gesamtverteidigung  
 tut das nämlich nicht, auch der Meyer-  
 Bericht nicht. Es muss hier genügen zu  
 sagen, dass beispielsweise die Szenarien  
 der Franzosen ganz klar die Bombardierung  
 der Schweiz - mit Atombombe - vorsehen,  
 wenn die Warschaupakt-Staaten vorrücken  
 sollten in Europa. Abgesehen davon, dass  
 wir auch wirtschaftlich abhängig und er-  
 pressbar sind, wir erpressen auch andere;  
 in der 3. Welt, auf den Rohstoffmärkten.  
 Und wir sind auch umweltmässig abhängig:  
 der saure Regen zerstört unseren Wald  
 heute - gleichgültig ob er in Deutschland,  
 im Wallis oder in Norditalien produziert  
 wird. Zweifellos - die Schweiz - wir  
 sind bedroht, doch die Bedrohung ist  
 konkret, vielfältig und ganz direkt.

Die Ideologie der Gesamtverteidigung  
 trägt der heutigen Bedrohungslage und

der Realität von 1983 keine Rechnung. Sie ist passiv erhaltend, bewahrend - dabei ist der Status quo gerade nicht erhaltenswert. Der Status quo ist Ernstfall, dem es hier, heute, jetzt aktiv entgegenzuwirken gilt und zwar mit allen verfügbaren positiven Kräften. Wir können es uns, realistisch eingeschätzt schlicht nicht mehr leisten, unsere Energien binden zu lassen, fixiert auf einen Tag X, mit überholten Szenarien und verklärter Ideologie. Sie kennen die Argumente, die die Gesamtverteidigung stützen: sie schafft Arbeitsplätze, sie erhöht das Bruttosozialprodukt, sie knüpft an die Geschichte an und sie kommt dem Nationalismus, der in der Schweiz eine sehr emotionale Komponente hat, entgegen.

Alle -ismen sind tödlich, wenn wir sie zu absoluten, statischen und unbeweglichen Systemen machen - auch der Pazifismus. Pazifismus aber als Forderung zu radikalem Umdenken, zum Lernprozess, zur aktiven Lebensmotivation ist unsere Alternative, zu der ich mich bekenne. So bedrohlich die Situation ist, sie vermag heute doch viele Menschen zu engagieren, die denken können, die Zusammenhänge zu erfassen vermögen, die ihr Leben ganzheitlich wahrnehmen, auch Gefühle und Lebensqualität ernst nehmen.

### Zum 2.: Mein feministisches Nein

Frauen haben eine Geschichte, weitgehend totgeschwiegen, ungeschrieben; denn die bekannte Geschichte ist die der Helden, der Kriege, der Eroberer. Frauen haben eine Geschichte im Kampf gegen den Krieg, sie haben auch eine Geschichte im Kampf für ihre Rechte. Die ganzheitliche Wahrnehmung der Realität, die wir nicht genügend fordern können, gelingt uns Frauen - noch - leichter. Wir haben auch individuell eine andere Lebenserfahrung; wir stehen dem näher, was nicht machbar ist, wir haben eine andere Beziehung zum Werden, zum Sein, zum prozesshaften Leben... Wir haben auch eine andere Beziehung zu jenen Werten, die in der "grossen Welt" ausgeklammert werden und nur im privaten Gültigkeit haben sollen.

Feminismus nun tritt dafür ein, dass all diese Erfahrungen und Werte im ganzen Leben Gültigkeit haben sollen, dass die

Grunderfahrungen vom nicht Machbaren, vom Sein statt vom Haben Bedeutung bekommen. Es ist nicht mehr ein Feminismus - wenn es ihn überhaupt je gegeben hat - der bettelnd dasteht: Gebt uns doch etwas ab von Eurer Macht, lasst uns doch auch ein paar Rechte... es ist ein fordernder Feminismus, den wir vertreten: wir wollen nicht die gleichen Rechte unhinterfragt wie die Männer sie haben, wir wollen nicht in dieses System eingebunden werden, das seine eigene Vernichtung perfektioniert und systematisch vorbereitet... Der Militarismus trägt viele Züge jener Männlichkeitsideologie, die unsere gesamte Gesellschaft prägt: fit, sportlich, jung, dynamisch, tüchtig; wer da nicht mithalten kann, fällt halt weg (Frauen, Kinder, alte Menschen, Kranke, Behinderte). Es ist diese Ideologie, die uns Frauen seit Jahrhunderten vom Berufsleben ausklammert, von Schulung, Wissenschaft und politisch entscheidenden Funktionen fernhält, die uns als Objekte für die Freizeit und Regeneration betrachtet, die nun auch in der Gesamtverteidigung für Frauen Dienste vorsieht: Frauen sollen pflegen, heilen, dienen, zudienen, ersetzen, auffüllen, schützen, was die andern zerstören usw. Ein Angebot, das die Frauen ernstzunehmen scheint, sie aber genau dort fixiert, wo sie auch in der Gesellschaft stehen; es sei denn - so wird ab und zu argumentiert - es gelinge einzelnen Frauen alle "weiblichen Unzulänglichkeiten" weg zu legen und so tüchtig und zackig zu werden wie die Männer, dann könnten selbst Frauen "etwas werden", in "Führungspositionen aufsteigen", in "verantwortungsvolle Entscheide" einbezogen werden - die Weltpolitik und die schweizerischen Verhältnisse zeigen solche Figuren - und die jüngsten Ereignisse in schweizerischen Parteien, von links bis rechts, zeigen, wie schwer Frauen, die eine konsequente ganzheitliche Politik vertreten, von den männerdominierten Strukturen verdaut werden. Schon vor 50 Jahren riet Virginia Woolf zu überlegen, was es heisst, wenn "Männer sagen, sie kämpfen um unser Land" zu beschützen? Was heisst, "unser Land" für die Frauen in allen Ländern?

Wir Frauen fordern, dass wir ernst genommen werden in allen Lebensbereichen, dass wir unsere Fähigkeiten dort und so einsetzen wollen, dass sie dem Leben dienen. Wir Frauen fordern Macht, nicht über die andern, sondern Macht des "für sich und für andere Lebendigseins" (Mary Daly). Wir dürfen keine Energien binden lassen durch Systeme, die den Status quo zementieren; wir müssen aber alle unsere Energien leidenschaftlich einsetzen für das Leben.

### Zum 3.: Mein christliches Nein.

Ich will niemandem meine Weltauffassung aufzwingen - ich verstehe sehr gut jede Skepsis, die sich einer so schlichten Antwort entgegenstellt. Zu lange, ja bis heute, hat sich das Christentum, mindestens jene Männer und Strukturen, die es zu repräsentieren vorgeben, den Krieg verherrlicht, ja ist selbst in Kriege, Gewalt und Machtdenken involviert. So ist christlicher Glaube aber nicht gemeint, so war er nie gemeint. Und woher Sie auch immer Ihre Lebensgrundlage beziehen, wichtig dünkt mich eines: die Frage von Krieg und Frieden, die Frage von Militarismus und Pazifismus ist heute, jetzt, 1983, eine radikal (also bis an die Wurzeln gehende) ethische Existenzfrage - und für jeden Menschen heute eine Gewissensfrage. Und - hier kann und will ich nur für mich persönlich sprechen - es muss ein Gewissensentscheid sein, der verpflichtet, zum Handeln, zur Konsequenz.

Für mich gibt die christliche Botschaft sehr wohl Handlungsanleitungen und für mich ist die Bergpredigt eine verbindliche Zielvorstellung, die Zukunft verheißt. Die Bilder des alten und neuen Testaments z.B. sind mir wichtig: die Bilder der Ausweglosigkeit in der Gefangenschaft, die Sättheit der ägyptischen Fleischtöpfe - der Exodus im Vertrauen aufs verheißene Land, die Bitterkeit jener, die wissen, nie anzukommen und die das Unterwegssein so schlecht ertragen... die Bilder der Verheißung, immer wieder, z.B. Gastmahl aller Völker, die Schwerter, die zu Pflugscharen werden, die Unbesorgtheit um die Existenz - im neuen Testament mit den Lilien des Feldes, den Vögeln des Himmels. Aber auch die klaren Forderungen: weh denen, die Haus an Haus reihen, die Schätze sammeln, die den Kräften der

Finsternis dienen - und die klaren Optionen für jene, die sanft sind, gütig sind, Frieden stiften... Und es gibt Frauen im alten und im neuen Testament, die faszinieren, und die heiligen Frauen der Kirchengeschichte (die Katharina von Siena z.B., usw.). Was mir das bedeutet, kann ich Ihnen schlecht sagen - ich spüre einfach: hier ist viel Kraft, viel Lebensenergie, viel Hoffnung und viel Mut. Hier liegt aber auch Verantwortung - die Verpflichtung, Schöpfung ernst zu nehmen, Talente auszugraben, konsequente Schritte zu tun.

Die Lehre vom gerechten Krieg ist heute überholt. Der neueste Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe greift das klar auf und zeigt - endlich wieder - jene andere, ethisch gerechtfertigte Tradition der christlichen Lehre auf: passiver Widerstand, aktiver Pazifismus - im Zeitalter der Massenvernichtung die christliche Alternative. Andere Kirchen sprechen, schreiben ähnlich.

Die Ideologie der Gesamtverteidigung müsste sich von der christlichen Lehre - als deren Verbündete sie ja gern auftritt - mindestens befragen lassen! Vielleicht müsste hier das Gleichnis: niemand kann zwei Herren dienen... einmal unter diesem Gesichtspunkt gelesen werden. So sehr ich sonst im Leben für Lösungen im Sinn von "sowohl als auch" bin, hier in dieser existenziellen Grundsatfrage gibt es - da bin ich fest davon überzeugt - nur ein "entweder - oder".

Wo immer Sie ihre Wurzeln haben, wie immer Sie die Geschichte, die gegenwärtige Lage und die (un)mögliche Zukunft beurteilen - wir können uns eines nicht leisten: gleichgültig zu sein. Wir müssen entscheiden, aufbrechen und handeln - der Gewissensentscheid ist individuell, persönlich - Handeln müssen, können wir nur gemeinsam. Ich habe mich entschieden, mein Nein ist endgültig - ich bin glücklich, froh und hoffnungsvoll im Wissen, mit vielen - mit Ihnen gemeinsam - zu arbeiten.

Un non qui nous engage  
Réflexions et arguments

par Monika Stocker-Meier

J'oppose à l'intégration des femmes dans la défense générale un non à la fois pacifiste, féministe et chrétien. Il ne s'agit pas d'un non murmuré, passif, mais d'un non actif, exigeant, d'un non qui m'engage. Pourquoi? Parce que le pacifisme est actif, le féminisme exigeant, la foi chrétienne synonyme d'engagement.

Ad 1) Mon non pacifiste

Le pacifisme a une histoire, qu'on passe sous silence, du moins partiellement, qu'on ridiculise et dénigre. Il n'a jamais été pris au sérieux, en tout cas pas dans une mesure qui aurait entraîné sa répression immédiate. Le pacifisme n'est pas l'idéologie faiblarde et bête à laquelle on a voulu le réduire. Il est créatif, original, actif. Il offre un choix.

La réalité du monde de 1983 est alarmante. Si nous la prenons au sérieux dans son ensemble, nous devons admettre que le monde est en train de sombrer. Ce n'est pas un slogan, mais une simple constatation. Les deux tiers de l'humanité souffrent de la faim, les ressources sont injustement réparties et touchent à leur fin, l'environnement est systématiquement détruit, les violations des droits de l'homme sont partout à l'ordre du jour, il y a une véritable hystérie militariste, on proclame le droit du plus fort: où sont les progrès sociaux et humains qu'on croyait avoir accomplis? Qu'en est-il de la Suisse? N'est-elle pas complètement différente? Humanitaire, neutre? Elle est au coeur de l'Europe, une situation que nous exploitons sur le plan touristique, mais que nous mettons en parenthèses dans

la réalité politique. L'Europe est le champ de bataille programmé des grandes puissances, un champ de bataille nucléaire, définitif. La Suisse se trouve au beau milieu de ce champ de bataille. Nous devons prendre la réalité au sérieux: 1939 appartient au passé, l'actualité a commencé le 6 août 1945 avec un nouveau chapitre de l'histoire humaine qui sera peut-être aussi le dernier.

Il vaudrait la peine d'exposer ici les menaces militaires qui planent sur la Suisse. En somme, nous devrions le faire, car ni l'Office central de la défense ni le rapport Meyer ne le font. Qu'il suffise de dire que les scénarios des Français, par exemple, prévoient expressément de bombarder la Suisse avec des projectiles nucléaires en cas d'attaque des armées du pacte de Varsovie. Nous sommes économiquement dépendants et pouvons de ce fait être exposés à des changements. Mais nous en faisons nous aussi chanter, dans le tiers monde, sur les marchés des matières premières. Et nous sommes aussi dépendants sur le plan de l'environnement: Les pluies acides détruisent nos forêts, qu'elles soient produites en Allemagne, en Italie du nord ou chez nous. La Suisse est menacée, concrètement, diversement et très directement.

L'idéologie de la défense générale ne tient pas compte des menaces présentes et des réalités de 1983. Elle a un caractère conservatoire, passif, alors que le statu quo ne mérite pas d'être conservé, qu'il faut le combattre activement avec toutes les forces positives disponibles. Nous ne pouvons tout simplement plus nous permettre de lier nos énergies dans l'attente d'un hypothétique jour X. Vous connaissez les arguments à l'appui de la défense générale: elle crée des emplois, elle augmente le produit social brut, elle est dans le droit fil de l'histoire et elle flatte le nationalisme, très sentimental en Suisse.

Tous les -ismes sont mortels si nous en faisons des systèmes absolus, statistiques et immobiles. Le pacifisme n'échappe pas à la règle. Mais mon pacifisme à moi est un appel à une conversion radicale, à une appréhension nouvelle et active de la vie. Bien qu'alarmante, la situation actuelle ne manque pas d'inciter bien des gens à s'engager dans la voie d'une nouvelle réflexion sur la qualité de la vie.

#### Ad 2) Mon non féministe

Les femmes ont une histoire, mais elle est généralement passée sous silence, elle n'est même pas écrite. L'histoire qu'on connaît est celles des héros, des guerres, des conquérants. Les femmes ont une histoire dans la lutte contre la guerre, mais aussi dans la combat pour leurs droits. Nous femmes réussissons plus facilement à percevoir globalement la réalité. Du point de vue individuel, nous avons également une autre expérience de la vie; nous sommes plus proches de ce qui n'est pas faisable, nous avons d'autres rapports avec le devenir, l'être, la vie... Nous avons aussi un autre contact avec les valeurs qui n'ont pas cours dans le Monde (avec un grand M) et ne doivent s'épanouir que dans la sphère privée.

Le féminisme veut que toutes ces expériences et valeurs soient reconnues dans l'ensemble de la vie, que les expériences fondamentales du non faisable, de l'être (plutôt que de l'avoir) gagnent en importance. Ce n'est plus un féminisme mendiant (pour autant qu'il ait jamais existé): donnez-nous un peu de votre pouvoir, laissez nous aussi quelques droits... C'est un féminisme revendicatif que nous représentons: nous ne voulons pas automatiquement les mêmes droits que les hommes, nous ne voulons pas être intégrées dans ce système qui prépare systématiquement sa propre destruction... Le militarisme présente de nombreux traits de l'idéologie de la vie virilité qui caractérise toute notre société: il faut être sportif, jeune, dynamique, quiconque ne peut pas suivre est éliminé (femmes, enfants, personnes âgées, malades, handicapées). C'est cette idéologie-là

qui depuis des siècles exclut les femmes de la vie professionnelle, de l'instruction, de la science, des fonctions politiques déterminantes, qui les considère comme des objets de loisirs et de régénération et qui aimerait maintenant demander aux femmes de rendre également des services dans la défense générale: soigner, guérir, servir, remplacer, remplir, protéger ce que les autres détruisent, etc. Une offre qui semble prendre les femmes au sérieux, mais qui en fait les fixe précisément là où elles se trouvent déjà au sein de la société, à moins que, entend-on dire parfois, que certaines femmes ne réussissent à surmonter toutes leurs "insuffisances féminines" et à obtenir ainsi des fonctions dirigeantes. La politique mondiale et suisse comporte quelques exemples d'une telle réussite. Des événements récents survenus dans des partis suisses, de gauche et de droite, montrent aussi combien il est difficile à nos structures masculines de digérer les femmes qui poursuivent une politique globale homogène. Il y a 50 ans déjà, Virginia Woolf recommandait de se demander que ce peuvent bien vouloir dire les hommes quand ils prétendent combattre pour protéger notre pays? Que signifie "notre pays" pour les femmes dans tous les pays?

Nous femmes exigeons d'être prises au sérieux dans tous les secteurs de la vie; nous voulons faire valoir nos aptitudes de façon qu'elles servent la vie. Nous femmes exigeons du pouvoir, non pas sur les autres, mais "le pouvoir d'être vivant pour soi et pour les autres" (Mary Daly). Nous ne devons laisser accaparer aucune énergie par des systèmes qui cimentent le statu quo; mais nous devons engager passionnément toutes nos énergies au service de la vie.

#### Ad 3) Mon non chrétien

Je ne veux imposer à personne ma vision du monde; je comprends très bien le scepticisme que sa simplicité peut provoquer. Le christianisme, ou du moins les hommes et les structures qui prétendent le représenter, ont pendant trop

longtemps glorifiée la guerre. Ils sont eux-mêmes impliqués dans des guerres et dans des processus de violence. Cela n'est pas, n'a jamais été compatible avec la foi chrétienne. Et quelque soit le fondement de votre conception du monde, une chose me paraît importante: la question de la guerre et de la paix, la question du militarisme et du pacifisme, est aujourd'hui une question existentielle radicalement éthique, et pour chaque homme un cas de conscience, d'où une décision qui ne peut relever que de la conscience et qui engage à une action conséquente. Mais là je ne peux et ne veux parler que pour moi personnellement.

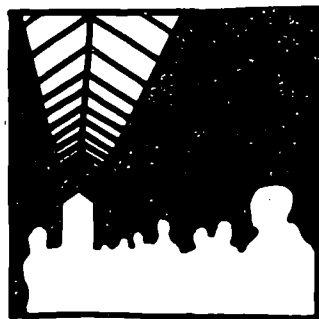
Pour ma part, je trouve dans le message chrétien des indications sur la manière dont je dois agir, et pour moi le sermon sur la montagne est un programme chargé de promesses d'avenir. Les images de l'Ancien et du Nouveau Testament, par exemple, me paraissent importantes: le désespoir des captifs, l'abondance en Egypte, l'exode et la confiance dans la terre promise, les étées transformées en charrues, le lys des champs et les oiseaux du ciel dont le Père prend soin. Mais il y a aussi les avertissements à l'égard de ceux qui amassent des trésors, qui servent les forces des ténèbres; il y a les promesses faites à ceux qui sont doux de coeur, qui servent la paix. Et il y a des femmes, qui fascinent, et les saintes femmes de l'histoire de l'Eglise (Catherine de Sienne, par exemple). Il m'est difficile d'exprimer ce que tout cela signifie pour moi, mais je sens qu'il y a ici beaucoup de force, beaucoup d'énergie vitale, beaucoup d'espoir et beaucoup de courage. Mais il y a aussi beaucoup de responsabilité à l'égard de la création, qu'il faut prendre au sérieux.

La doctrine de la guerre juste est aujourd'hui dépassée. La dernière lettre pastorale des évêques nord-américains le montre clairement en relevant l'autre tradition moralement justifiée de la doctrine chrétienne: résistance passive, pacifisme actif - à l'ère nucléaire la seule "alternative" chrétienne. D'autres Eglises s'expriment dans le même sens.

L'idéologie de la défense générale devrait au moins se laisser interpeller par la doctrine chrétienne, dont elle se dit volontiers l'alliée! Nul ne peut servir deux maîtres. Bien que favorable en général aux solutions souples, je suis convaincue que dans cette question existentielle il n'y a qu'un "ou - ou".

Quelles que soient nos origines et nos racines, quel que soit notre jugement sur l'histoire, la situation présente et l'avenir (im)possible, il reste que nous ne pouvons nous permettre d'être indifférents. Nous devons décider et agir: la décision est individuelle, l'action ne peut être que commune. Je me suis déterminée, mon non est définitif. Je suis heureuse à l'idée d'agir conjointement avec beaucoup d'autres, avec vous.

(Traduction: Marius Rémy)



Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg. Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da. Da stünde, unter andern Sätzen: Lasst euch nicht von den Eigenen täuschen.

Un no impegnativo

Pensieri - riflessioni - argomenti

di Monika Stocker-Meier

Il mio no all'integrazione della donna nella difesa globale è un triplo no:

- un no pacifista
- un no femminista
- un no cristiano.

Non è un no che intendo sussurrare per poi lasciare cadere le braccia; no, il mio no è

- un no attivo
- un no esigente
- un no impegnativo.

Poiché:

- il pacifismo è attivo
- il femminismo è esigente
- il richiamo al cristianesimo è impegnativo.

#### 1. Il mio no pacifista

Il pacifismo ha una sua storia; una storia sulla quale si passa volentieri in silenzio, perlomeno in parte, una storia derisa, una storia diffamata. Il pacifismo non lo si è mai preso in seria considerazione, o lo si è presto tanto sul serio da doverlo subito combattere e sopprimere. Il pacifismo non è quell'ideologia puerile e paralizzante alla quale tanto spesso lo si vuole ridurre. Ben al contrario, esso rappresenta un'alternativa creativa, originale, attiva - la sola possibile alternativa. Ma un'alternativa per cosa?

La realtà del mondo del 1983 è allarmante. Se la consideriamo nel suo insieme, stiamo assistendo all'ultimo atto - e questo non è solo uno slogan di comodo ma la conclusione di un'analisi spassionata. I due terzi dell'umanità sono affamati, le ri-

sorse sono ripartite in modo impari e stanno esaurendosi; l'ambiente naturale viene sistematicamente distrutto, la repressione e la violazione dei diritti umani nel nome della violenza sono - ovunque - all'ordine del giorno. In particolare, prospera l'isteria militaristica - si fa propaganda per il diritto del più forte - e si direbbe che tutta l'informazione, tutta l'evoluzione sociale e umanitaria del genere umano non debbano più contare. Lo stato d'emergenza non è affatto remoto, lo stiamo vivendo, qui e ora, nel 1983. E la Svizzera? Non è mica diversa da tutti? Votata all'umanitarismo, neutrale? La Svizzera sta nel cuore dell'Europa - un fatto che ben sappiamo sfruttare dal profilo turistico ma che tendiamo a escludere dalle considerazioni politiche. Questa nostra Europa sarà il campo di battaglia eletto dalle superpotenze per il loro affrontamento nucleare, finale, irreparabile. E la Svizzera ci sta nel bel mezzo. Dobbiamo considerarla seriamente questa realtà. Per quanto doloroso possa essere, siamo costretti a congedarci dal 1939 per guardare a quell'altro capitolo della storia dell'umanità che si è aperto il 6 agosto 1945 - e che potrebbe essere l'ultimo.

A questo punto varrebbe la pena di analizzare le minacce militari alle quali è esposta la Svizzera. Infatti, toccherebbe a noi farlo, visto che né l'Ufficio centrale della difesa né il rapporto Meyer non abordano il soggetto. Ma qui ci basti ricordare che p.es. gli scenari francesi prevedono chiaramente il bombardamento - nucleare - della Svizzera qualora gli Stati del Patto di Varsavia dovessero avanzare in Europa. A prescindere dal fatto che siamo in una posizione di dipendenza economica e facilmente ricattabili, a nostra volta ricattiamo gli altri sui mercati delle materie prime nel Terzo Mondo. La nostra dipendenza è inoltre anche di tipo ambientale: le piogge acide - e poco

importa che vengano dalla Germania, dal Vallese o dalla vicina Italia - distruggono oggi il nostro bosco. Non c'è dubbio, la Svizzera, noi, siamo minacciati. La minaccia è concreta e assai immediata.

L'ideologia della difesa globale non tiene conto delle minacce e della realtà del 1983. Essa è passivamente preservante, conservante - quando lo statu quo non è affatto degno d'essere difeso. Lo statu quo è lo stato di emergenza che dobbiamo affrontare attivamente qui e ora, con tutte le forze costruttive di cui disponiamo. Valutando realisticamente la situazione dobbiamo riconoscere che non possiamo più lasciare che altri impegnino le nostre energie in previsione del giorno X con scenari sorpassati e ideologia statica. Siete tutte e tutti a conoscenza degli argomenti che reggono la difesa globale: essa crea posti di lavoro, incrementa il prodotto nazionale lordo, è legata alla nostra storia e risponde alle esigenze nazionalistiche caratterizzate, in Svizzera, da forti tratti emotivi.

Tutti gli -ismi sono micidiali se non siamo capaci di farne altro che dei sistemi assoluti, statici, irremovibili. Ciò vale anche per il pacifismo. Ma il pacifismo quale stimolo verso indirizzi radicalmente nuovi, quale processo di apprendimento, quale motivazione esistenziale è la nostra alternativa, l'alternativa che ho abbracciato. Per quanto minaccioso possa essere il momento, bisogna pur riconoscere che ha attivato molte persone capaci di pensare, di vedere le interdependenze, di concepire la loro vita in modo integrale e anche di dare la giusta importanza ai sentimenti e alla qualità della vita.

## 2. Il mio no femminista

Le donne hanno una storia, anche se ci si passa sopra in silenzio, anche se non è mai stata scritta: la storia che tutti abbiamo studiato è una storia di eroi, di guerre, di conquistatori. La storia delle donne è la storia delle loro lotte contro la guerra e per i propri diritti. Quella presa di coscienza integrale della realtà, che non potremo mai stancarci di sollecitare, riesce più facile - ma per quanto ancora? - a noi donne. Anche la nostra esperienza di vita individuale è diversa: ve-

diamo meglio i limiti che dobbiamo porci, abbiamo un'altro rapporto con l'essere, il divenire, la vita concepita come un susseguirsi di processi evolutivi... Diverso è anche il nostro rapporto con i valori che nel mondo, dove la logica industriale detta legge, non si considerano affatto e, pertanto, sono relegati alla sfera domestica.

Il femminismo si batte affinché queste esperienze e questi valori trovino il loro posto in tutti i campi della vita e affinché le esperienze fondamentali di ciò che non deve essere fatto e della preminenza dell'essere sull'avere acquistino importanza. Questo non è più un femminismo - se mai c'è stato - che elemosina un briciolo di potere, un paio di miseri diritti... è un femminismo esigente quello che noi portiamo avanti: non ci preme di godere semplicemente degli stessi diritti degli uomini senza interrogarci sulla loro portata, non vogliamo diventare prigioniere di questo sistema che altro non fa se non preparare e perfezionare la propria distruzione... Il militarismo è pregno dell'ideologia maschilista caratteristica di tutta la nostra società, dove è imperativo essere in forma, sportivi, giovani, dinamici, efficienti - chi non ce la fa, è escluso (donne, bambini, anziani, ammalati, invalidi). E' proprio in virtù di quest'ideologia che da secoli alle donne è precluso l'accesso alla professione, all'educazione, alla scienza, alle funzioni determinanti della vita politica, e che si riserva loro considerazione profusa agli oggetti per il tempo libero e la rigenerazione. E' anche nel nome di tale ideologia che per le donne si prevedono ora servizi in seno alla difesa globale: le donne potranno curare, servire, sostituire, colmare, proteggere ciò che altri distruggono, ecc. Un' offerta che apparentemente prende le donne sul serio, ma in realtà non fa altro che relegarle ai compiti ai quali le ha già destinate la società. A meno che - così corrono gli argomenti - vi sia qualche donna capace di sbarazzarsi di tutte le "deficienze femminili" per diventare tanto efficiente ed energica quanto gli uomini, così da poter "diventare qualcuno", "essere promossa a mansioni dirigenziali", partecipare

alle "decisioni di vasta portata" - simili figure ci sono note dalla politica internazionale e vi è pure qualche esempio svizzero - ma ci basta analizzare la storia più recente dei partiti svizzeri, dalla destra alla sinistra, per capire quanto sia arduo per le donne che perseguono sistematicamente una politica integrale di farsi accettare in seno alle strutture dominate dagli uomini. Già 50 anni fa, Virginia Woolf consigliava di riflettere su cosa significa quando "gli uomini dicono di lottare per proteggere il nostro paese". Cos'è questo "nostro paese" per le donne di tutti i paesi? Noi donne vogliamo essere prese sul serio in tutti i campi della vita e vogliamo poter impiegare le nostre capacità dove e come maggiormente promuovono la vita. Noi donne vogliamo il potere: non il potere sugli altri, bensì il potere che viene dall'"essere vive per sé e per gli altri" (Mary Daly). Non dobbiamo prestare le nostre energie a sistemi che consolidano lo status quo; le nostre energie vanno spese appassionatamente a favore della vita.

### 3. Il mio no cristiano

Non costringo nessuna persona ad aderire alla mia concezione del mondo - capisco bene lo scetticismo che può venir opposto a una risposta così senza pretese. Per troppo tempo, addirittura fino ai nostri giorni, il cristianesimo, o perlomeno quegli uomini che pretendono di rappresentarlo, hanno esaltato la guerra, sono stati coinvolti in guerre, nella violenza, nelle lotte per il potere. Ma la fede cristiana non è intesa così, non lo è mai stata. E qualunque sia il credo a cui vi riferite, c'è un'unica cosa che ritengo importante: la questione del militarismo e del pacifismo è oggi, nel 1983, una questione esistenziale radicale (che si affonda cioè fino alle nostre radici) - e oggi è per ogni persona un caso di coscienza. Ora - qui posso e voglio parlare solo di me stessa - il caso di coscienza deve portare a una decisione impegnativa, la decisione di agire, di essere coerenti.

La buona novella è la direttiva che indirizza il mio modo di agire; il discorso della montagna mi pone un obiettivo im-

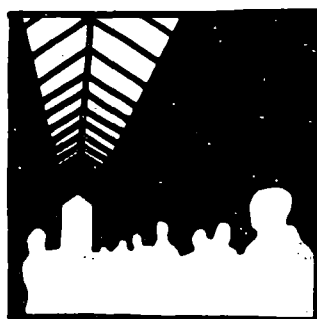
perativo promettente. Le immagini del Vecchio e del Nuovo Testamento sono per me pregne di significato: l'ineluttabilità della prigionia, l'opulenza egizia, l'esodo nella speranza della terra promessa, l'amarezza di coloro che sanno come arrivare e mal sopportano di essere in cammino... le immagini ricorrenti della promessa, come per esempio il banchetto di tutti i popoli, le spade che diverranno aratri, l'assenza di preoccupazioni per l'esistenza che il Nuovo Testamento ci rende con i gigli dei campi e gli uccelli del cielo. Ma d'altronde vi troviamo anche delle sollecitazioni imperative: guai a coloro che costruiscono case su case, che ammassano ricchezze, che servono le forze delle tenebre - cui si oppongono le chiare opzioni per coloro che sono miti, buoni, seminano la pace... poi ci sono le donne affascinanti del Vecchio e del Nuovo Testamento e, nella storia della chiesa, ci sono le sante (Caterina da Siena, p.es., e tante altre). Faccio fatica a dirvi cosa significhi per me tutto ciò - sento semplicemente: ecco, qui c'è tanta forza, tanta energia vitale, tanta speranza, tanto coraggio. Qui c'è però anche responsabilità - il dovere di non sprecare il creato, di far sbocciare i talenti, di fare passi coerenti.

L'insegnamento della guerra giusta è ormai sorpassato. L'ultima lettera pastorale dei vescovi americani ne parla in modo univoco per riallacciarsi - ed era ora - a quell'altra tradizione etica dell'insegnamento cristiano: resistenza passiva, pacifismo attivo - nell'era della distruzione di massa è questa l'alternativa cristiana. Altre chiese parlano e scrivono allo stesso modo.

L'ideologia della difesa globale dovrebbe perlomeno - già che si atteggia spesso da sua alleata - lasciarsi mettere in causa dall'insegnamento cristiano! Qui, la parabola dove nessuno può essere servitore di due padroni andrebbe una buona volta letta in questa chiave. Per quanto, nella vita di tutti i giorni, io scelga spesso soluzioni del tipo "sia questo che quello", qui, su questo punto esistenziale fondamentale c'è solo - e ne sono fermamente convinta - "o questo o quello".

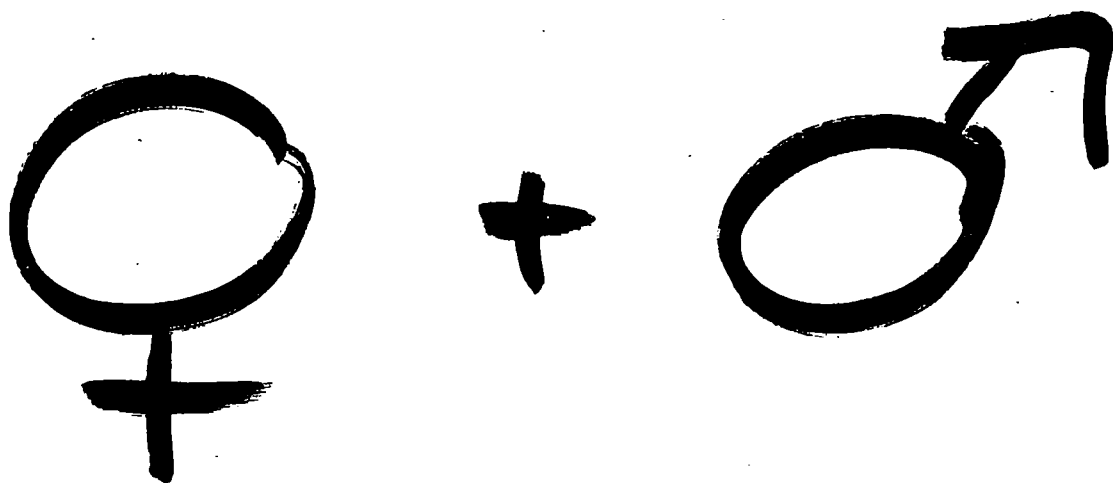
Ovunque abbiate le vostre radici, comunque giudichiate la storia, il momento attuale, il possibile o impossibile futuro, c'è una cosa che nessuna persona più può permettersi: l'indifferenza. Dobbiamo fare una scelta, metterci in cammino, agire. La decisione è un caso di coscienza, personale, individuale. L'azione è possibile solo insieme agli altri. La mia decisione l'ho presa, sono felice, contenta e piena di speranza sapendo di poter lavorare con tante persone - con voi.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)



Da sprach der Vater, der bis jetzt geschwiegen hatte: Schweig, Cassandra. - Zornig, böse. - Ich sagte: Vater - Komm mir nicht mehr mit 'Vater'. Viel zu lange liess ich dich gewähren. Gut, dachte ich, sie ist empfindlich. Gut, sie sieht die Welt nicht, wie sie ist. Sie schwebt ein bisschen in den Wolken. Nimmt sich wichtig, das tun Frauen gern. Ist verwöhnt, kann sich nicht fügen. Ueberspannt. Bildet sich was ein. Worauf denn, Tochter. Kannst du mir das sagen? Immer die Nase hoch? Und mit dem Mundwerk vorneweg? Und die verachten, die für Troia kämpfen? Ja kennst du unsre Lage überhaupt. Und wenn du diesem unsern Plan, Achill, den schlimmsten Feind, zu töten, jetzt nicht zustimmst - weisst du, wie ich das nenne? Feindbegünstigung.

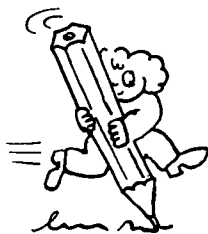
So eine Stille um mich, in mir. Wie jetzt. Wie hier.



# in den Medien

---

Bericht über das Europarat-Seminar "La Contribution des Médias à la Promotion de l'Egalité entre les femmes et les hommes" zuhanden des Eidgenössischen Departements des Innern/Strasbourg 21-23 Juni 83



Ursa Krattiger, Dr.phil., Fachredaktion "Frau", Abteilung Wort  
Radio DRS/Mitglied der Schweizer Delegation

### Frauen und Männer in den Medien

Vom 21. bis 23. Juni 1983 fand in Strassburg ein Seminar des Europarates über den Beitrag der Massenmedien zur Förderung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern statt. Veranstaltet wurde es gemeinsam vom Komitee für die Gleichberechtigung der Geschlechter und vom Komitee für Medienfragen.

Die nationalen Delegationen waren aus Vertreter/innen der Regierungen - Sozialministerien, Gremien für Gleichberechtigung und Frauenfragen -, aus Medienschaffenden und Fachleuten der Publizistik und Kommunikationsforschung zusammengestellt. Die Schweizer Delegation umfasste Dr. Elisabeth Veya, Sekretärin der Eidg. Kommission für Frauenfragen; Prof. Dr. Louis Bosshart, Direktor des Instituts für Journalistik an der Universität Fribourg; Dr. Ursa Krattiger, Redaktorin "Frau in Familie und Gesellschaft", Radio DRS/Studio Basel. Am Europaratseminar waren auch internationale Organisationen wie die UNESCO sowie fachliche Gremien wie die Union Européenne de Rédiffusion vertreten.

Grundlage für die Seminargespräche bildeten drei Referate. Die norwegische Sozialwissenschaftlerin Mie Berg beleuchtete die Rolle der Medien als Faktoren des sozialen Wandels. Der italienische Politologe, Carlo Vallauri, - er konnte an der Konferenz leider nicht teilnehmen - untersuchte die Beschäftigungspolitik der Medien im Hinblick auf Frauen und Männer. Archibald E. Pitcher, englischer Fachmann aus der Werbebranche, untersuchte die Werbebotschaften und ihren Einfluss auf die Gleichheit der Geschlechter.

### Femmes et hommes dans les médias

Un séminaire du Conseil de l'Europe sur "la contribution des médias à la promotion de l'égalité entre les femmes et les hommes" a eu lieu du 21 au 23 juin 1983, à Strasbourg. Il avait été organisé par le comité pour l'égalité des sexes et le comité pour les médias.

Les délégations nationales comprenaient des représentant(e)s des gouvernements (ministères des affaires sociales, commissions pour l'égalité des droits et la condition féminine), des médias et de la recherche sur la communication. La délégation suisse comprenait: Dr. Elisabeth Veya, secrétaire de la Commission fédérale pour les questions féminines, Berne; prof. Louis Bosshart, directeur de l'Institut de journalisme de l'Université de Fribourg; Dr. Ursa Krattiger, rédactrice de la rubrique "La femme dans la famille et la société" à la radio DRS/studio de Bâle. Des organisations internationales, parmi lesquelles l'UNESCO, et des organisations spécialisées, telles que l'Union européenne de rédiffusion, étaient également représentées au séminaire.

Les débats furent introduits par des exposés de Mme Mie Berg, sociologue norvégienne, sur le rôle des médias comme facteurs de l'évolution sociale, du politologue italien Carlo Vallauri, sur la politique de l'emploi des médias à l'égard des femmes et des hommes, et de M. Archibald E. Pitcher, expert britannique en publicité, sur l'influence des messages publicitaires sur l'égalité des sexes.

### Donne e uomini nei mass-media

Il convegno del Consiglio d'Europa sul "Contributo dei mezzi di comunicazione di massa al promovimento dell'eguaglianza tra donna e uomo" si è tenuto a Strasburgo dal 21 al 23 giugno 1983. L'organizzazione è stata curata in collaborazione con il Comitato per la parità dei diritti tra donne e uomo e il Comitato per le questioni dei mass-media.

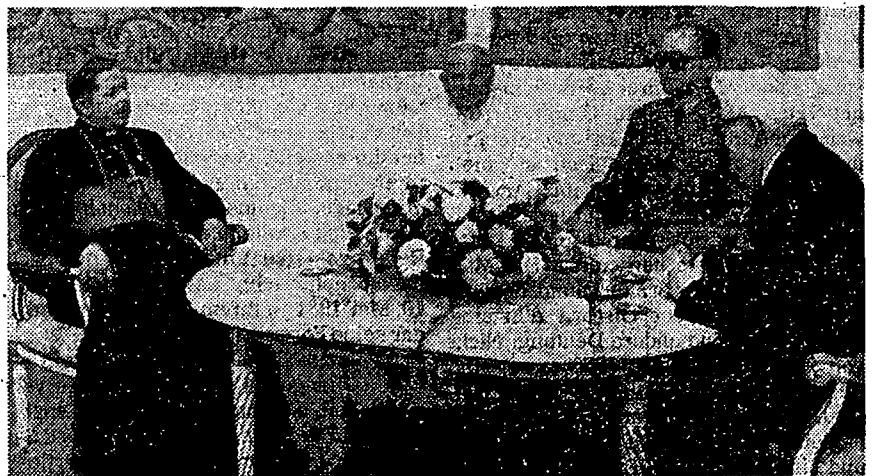
Le delegazioni nazionali erano composte dalle e dai rappresentanti dei governi (ministeri sociali, organismi per la parità dei diritti e per le questioni femminili), giornalisti, specialisti nel campo giornalistico e della ricerca delle comunicazioni. Della delegazione svizzera facevano parte: Dr. Elisabeth Veya, segretaria della Commissione federale per i problemi della donna, Berna; Prof. dott. Louis Bosshart, direttore dell'Istituto di giornalismo dell'Università di Friburgo; Dr. Ursa Krattiger, redattrice di "La donna nella famiglia e nella società" presso lo studio basilese di Radio DRS.

Al convegno erano pure rappresentati gli organismi internazionali, come l'UNESCO, o enti del ramo, come l'Unione europea di ridiffusione.

Le discussioni erano imperniate su tre relazioni introduttive. La sociologa norvegese Mie Berg ha trattato il ruolo dei mezzi di comunicazione quali fattori del mutamento sociale. Il politologo italiano Carlo Vallauri - che purtroppo non ha potuto presenziare alla conferenza - ha analizzato la politica occupazionale dei mass-media dal profilo delle assunzioni di donne e uomini. Lo specialista pubblicitario inglese Archibald E. Pitcher ha analizzato i messaggi pubblicitari e le loro ripercussioni sull'eguaglianza tra donna e uomo.

Männliche Medienschaffende sollten einmal in die Lage versetzt werden, die Medienlandschaft so zu erleben, als wäre sie von Frauen beherrscht: eine Medienlandschaft, in der weibliche Gesichter, weibliche Stimmen und Informationen, die den Interessen von Frauen entgegenkommen, vorherrschen. Die Männer können sich kaum in die Rolle der Frauen als Medienkonsumentinnen versetzen: da die meisten Radio- und Fernsehstationen und ihre Programme vorwiegend von Männern bestimmt werden, müssen Frauen vor allem männliche Informationen über männliche Interessen, Vorlieben, Werturteile und Vorurteile über sich ergehen lassen.

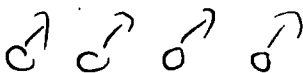
Aus der Eröffnungsrede von Frau Prof. Dr. Dorothea Gaudart, Sozialministerium (Oesterreich)



Das Bild zeigt den Empfang am Freitagmorgen durch die polnische Staatsführung im Schloss Belvedere: Partei- und Regierungschef Jaruzelski und Staatspräsident Jablonski (rechts). Links Johannes Paul II. und der polnische Primas Kardinal Glemp.

(Bild AP)

## Walesa darf den Papst treffen



1. Tagungsthema: Das Image von Frauen und Männern in den Medien

IM HINBLICK AUF FRAU UND MANN SIND DIE MASSEN MEDIEN  
NICHT EIN SPIEGEL - SONDERN EHER EIN ZERNSPIEGEL DER  
WIRKLICHKEIT.

Margaret Gallagher, Medienforscherin (Irland)

Yvette Roudy, französische Ministerin für die  
Rechte der Frau

denn sie zeigen nach wie vor eher die stereotypen Vorstellungen der Geschlechtsrollen, die noch in den meisten Köpfen von Frauen und Männern herumgeistern (typisch Frau, typisch Mann!) - als die inzwischen schon viel komplexere, vielfältigere Wirklichkeit individueller Frauen- und Männerleben.

denn Frauen sind in öffentlichen und beruflichen Rollen untervertreten; Männer werden kaum beim Haushalten und als Väter gezeigt.

denn fast überall bestimmen Männer, was wichtig ist, was behandelt werden soll, was wie gemacht und gezeigt wird, wer als Experte zu Wort kommt. Folge: in den Medien reflektieren (fast ausschliesslich) Männer ihre (fast ausschliesslich) männliche Sicht der Welt.

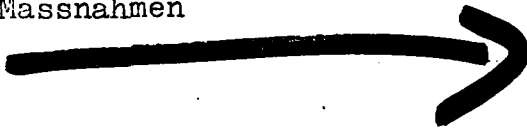


Beispiel: ich habe meinen männlichen Kollegen in der Abteilung Information in Bern einen aktuellen Bericht über dieses Seminar in Strasbourg angeboten. Er wurde dreimal abgelehnt mit Gründen wie: "das" gehöre "nicht so" zu den Themen des "Echos der Zeit" und man/n könne nicht über jedes Komitee in Strasbourg etwas machen ... zum Glück gibt es noch die "Frauenstunde" und den "Blick" ...

Trendbefürchtung: die Zunahme kommerzieller Massenmedien, die aus Werbegründen möglichst hohe Zuschauerzahlen anstreben, bewirkt u.Um. eine Verstärkung der traditionellen Rollenstereotype à la Dallas (kleinster gemeinsamer Nenner) statt eine erwünschte Darstellung grosser Vielfalt.

Ole Christian Lagesen, Chef Kultur, TV Norwegen

Massnahmen



auch in der Schweiz Inhaltsanalysen zu den "Frauenbildern/Männerbildern" in allen Medien durchführen lassen



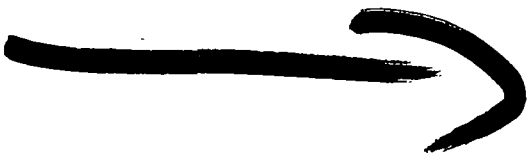
in Grossbritannien haben sich Frauen aus allen Medien zu einer Arbeitsgruppe "Women in Media" zusammengeschlossen. Sie erörtern zusammen Programm- und Personalfragen und werden entsprechend wirksam (Sandra Brown, GB).



Organisationen von aussen - wie Frauenvereinigungen, Medienvereinigungen - sollen Druck auf die Medien ausüben, damit sie in Sachen Rollenstereotype ihre Programme ändern und auch eine frauenfreundliche Personalpolitik betreiben (Margaret Gallagher, Irland).



Die Beauftragte für Emanzipationsfragen beim holländischen Fernsehen, Elisabeth Janssen, erzählte von einem Studientag über Emanzipationsfragen. Mit rund 200 Medienschaffenden wurden Programme auf die Stereotypen untersucht, kritisiert und Alternativen gestaltet. So einen Studientag könnte die SRG-Fortbildung zusammen mit der Eidgen. Kommission für Frauenfragen durchführen.



Verzicht auf sexistischen Sprachgebrauch ("Skimädchen", Anspielungen auf das "Intingepäck" der ersten Astronautin der USA, ein Thema, das bei männlichen Astronauten nie erwähnt wurde) - in Frankreich werden Moderatorinnen nur mit dem Vornamen präsentiert, Männer auch mit ihrem Geschlechtsnamen.

## 2. Tagungsthema: Die Beschäftigung von Frauen und Männern in den Medien

FRAUEN HABEN ES IN DEN MEDIEN NOCH IMMER GRUNDSÄTZLICH SCHWERER ALS MÄNNER, DENN SIE

- müssen besser, fleissiger und hartnäckiger sein
- sind mehr auf Glück und günstige Zufälle angewiesen als ihre männlichen Kollegen, die eher systematisch ge- und befördert werden
- schaffen ihren beruflichen Aufstieg erst später und nur unter mehr Energie, Nerven und Aufwand
- müssen sich noch immer gegen das Vorurteil wehren, sie seien subjektiv, einseitig und emotional, weshalb man/n sie nicht an wichtige Themen heranlasse dürfe
- sind mit 40 schon "zu alt" für eine Laufbahn, während ein Mann "in den besten Jahren" ist und sich sein Einsatz zu lohnen beginnt
- sind mit einer Familie "belastet" und weniger disponibel, während einem Mann eine Familie nie als Nachteil angerechnet wird (im Gegenteil: er gilt dann als stabiler und "versorgt")

Annelies Klug, Geschäftsführerin der CDU-Frauenvereinigung und "Aktion Klartext" Bundesrepublik Deutschland

In Frankreich sind 1/4 der Journalisten Frauen (Zunahme um 15% auf 25% in den letzten zehn Jahren!). Die Zahl der Frauen unter den freien (d.h. auch schlechter bezahlten) Mitarbeitern ist besonders hoch. "France-Soir" hat mit 32% Frauen in der Redaktion (1.1.82) den höchsten Anteil an Frauen in einer französischen Tageszeitung.

Akten der französischen Delegation



Die Forderung nach einer besseren Beschäftigung von Frauen ist nicht nur eine Sache der Gerechtigkeit, sondern auch im Interesse der ganzen Gesellschaft erwünscht, denn Frauen machen andere Erfahrungen, haben in vielem eine andere Optik, leben und wirken als weibliche Menschen in dieser Welt. Ohne die Mitwirkung und Mitsprache von Frauen ist die Welt und Weltansicht nicht menschlich, sondern männlich.

Ministerialdirigentin Ellen Wolf (BRD)

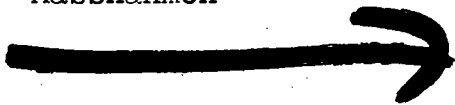
Das traditionelle Bild von Frau und Mann einerseits und die Untervertretung von Frauen bei den Programmschaffenden in den Medien hängen zusammen.

Lucy Berg-Camponovo, UER-Vertreterin (BRD)

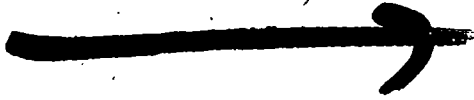
Weibliche Medienschaffende ziehen häufiger als ihre männlichen Kollegen Frauen bei als Gesprächspartnerinnen und als Expertinnen - das haben unsere Analysen ergeben.

Lucy Berg-Camponovo  
(ursprünglich Tessinerin)

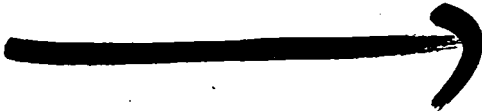
## Massnahmen



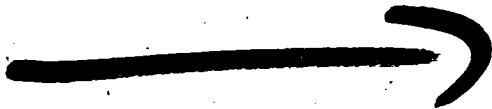
Berufsverbände von Medienschaffenden bilden wie in Norwegen eine Kommission, die sich mit der Gleichbehandlung der Geschlechter und der Frage einer speziellen Förderung von Frauen in den Medien befasst (Jan Karlsen, Journalist).



Medien-Arbeitgeber handeln nach der Richtlinie, dass sie bei gleicher Qualifikation im Konflikt zwischen einer Frau und einem Mann die Frau bevorzugen (norweg. Journalistenverband, Karlsen)



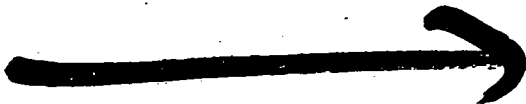
Medien-Arbeitgeber offerieren mehr Teilzeitstellen für Männer und Frauen, Väter und Mütter. Sie sind genauso bereit, den Mutterschaftsurlaub ihrer Mitarbeiterinnen in Kauf zu nehmen wie die militärdienstlichen Absenzen ihrer Mitarbeiter.



Stelleninserate, Bewerbungsgespräche und Pflichtenhefte müssen strikt geschlechtsneutral abgefasst und durchgeführt werden (Sandra Brown, GB).



Das Fernsehen könnte für Drehbücher von Frauen überhaupt und/oder für Drehbücher, die eine neue Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, den Rollenwandel überhaupt, thematisieren, einen Förderpreis ausstellen - wie es die RAI tut (M. Guerra, Abteilungsleiterin im Informationsministerium in Rom)



Redaktionssitzungen in allen Medien sollten am Schluss oder in einer Zwischenphase die Stichfragen stellen:

- wo sind die Frauen?
- wo sind die sprachlichen Minoritäten?
- wo sind die regionalen Minderheiten?

(Tip von Ole Christian Lagesen)



# marie claire

11 bis, rue Boissy-d'Anglas, 75008 Paris

|                                                                                                                                                                                                                                               |   |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| <b>Directeur de la rédaction</b><br>Jacques Garai                                                                                                                                                                                             | ♂ |
| <b>Rédactrice en chef, Mode, Beauté, Cuisine</b><br>Claude Brouet<br>Catherine Lardeur, rédactrice en chef adjointe                                                                                                                           | ♀ |
| <b>Directeur artistique</b><br>Walter Rospert<br>Bernard Aldabe, directeur artistique adjoint                                                                                                                                                 | ♂ |
| <b>Rédacteur en chef adjoint magazine et Lecture</b><br>Pierre Démeron                                                                                                                                                                        | ♂ |
| <b>Secrétaire général</b><br>Maurice Croizard                                                                                                                                                                                                 | ♂ |
| <b>Coordination générale</b><br>Marie-France Picherie                                                                                                                                                                                         | ♀ |
| <b>Secrétariat de rédaction</b><br>Claire Méheust, Ann Riquièr                                                                                                                                                                                | ♀ |
| <b>Révision</b><br>Aline Montels                                                                                                                                                                                                              | ♀ |
| <b>Magazine</b><br>Katie Breen, Jean-Jacques Greif, Dominique Vigna<br>Jeanne Dodeman, loisirs<br>Eliane Moreau, chef de documentation<br>Martine Richard, recherche photos                                                                   | ♀ |
| <b>Soyez mieux</b><br>Josette Lyon, rédactrice en chef adjointe, Isabelle Maury                                                                                                                                                               | ♀ |
| <b>Art de vivre</b><br>Pierrette Pompon Bailhache                                                                                                                                                                                             | ♀ |
| <b>Grandes enquêtes</b><br>Michèle Manceaux                                                                                                                                                                                                   | ♀ |
| <b>Paris est à vous</b><br>Marie-Laure Prouvost, rédactrice en chef adjointe<br>Mireille Vincendon                                                                                                                                            | ♀ |
| <b>Mode</b><br>Betty Bertrand, Christiane Gire, Jackie Malissen,<br>Patrizia Roversi, Isabelle Roville, Danielle Skawinski,<br>Eléonore Latzarus, coordination<br>Luciène Mardore, textes. Fabienne Schabaille                                | ♀ |
| <b>Beauté</b><br>Birgitt Hörlin, Laure Deren.                                                                                                                                                                                                 | ♀ |
| <b>Cuisine</b><br>Jacqueline Saulnier                                                                                                                                                                                                         | ♀ |
| <b>Femmes</b><br>Hélène Mathieu, chef de rubrique, Edith Canestrier                                                                                                                                                                           | ♀ |
| <b>Maquette</b><br>Chantal Danjon, Jacqueline Fuscuardi<br>Catherine Landis, Didier Massuleau, Michel Stefani                                                                                                                                 | ♀ |
| <b>Secrétariat</b><br>Michèle Bouillon, Gisèle Voisine                                                                                                                                                                                        | ♀ |
| <b>Editions régionales</b><br>Marie-Laure Prouvost, directrice<br>Martine Baillière-Hernot, secrétaire générale<br>Michèle Lambert, secrétaire de rédaction<br>Jocelyne Pinay (Rhône-Alpes), Gabrielle Knecht (Est),<br>Juliette Dubar (Nord) | ♀ |
| <b>Courrier des lectrices</b><br>Claude Joutot, Assistante: Alice Azoulay                                                                                                                                                                     | ♀ |
| <b>Publicité</b><br>Paule Vogt, directrice, Perla Danan, directrice adjointe,<br>Claude Clerc, Christine Lecomte, chefs de publicité<br>Marie-Monique Kassianoff, secrétaire générale                                                         | ♀ |
| <b>Promotion</b><br>Christiane Marquézy, directrice<br>Didier Fourmy, dir. adjoint, Noëlle de Lesparde                                                                                                                                        | ♀ |
| <b>Publi-reportages</b><br>Dominique Duron                                                                                                                                                                                                    | ♀ |
| <b>Label merchandising</b><br>Eliane Bouvater, directrice assistée de France Thurel                                                                                                                                                           | ♀ |
| <b>Revente</b><br>Mireille Cristofari                                                                                                                                                                                                         | ♀ |
| <b>Service des Ventes</b><br>Marie Claire Diffusion, 11 bis, rue Boissy d'Anglas<br>75008 Paris. Tél.: 268.18.37.<br>Gérard Juanola, (directeur) assisté de Colette Moiro:                                                                    |   |
| <b>Directrice de la Publication: Evelynne Prouvost - Berry</b>                                                                                                                                                                                | ♀ |

Eine Vertreterin - selber Medienschaffende - der französischen Delegation bemerkte, dass auch die Chef-Redaktoren und viele Redaktoren und Mitarbeiter der grossen kommerziellen Frauenzeitschriften Männer sind und ein Frauenbild propagieren, wie es dem Manne am liebsten gefällt (und der Mode-, Kosmetik- und Hauswirtschafts-Industrie). Sie stellte die Frage, wie sich das Frauenbild und die Vorstellung von weiblicher Schönheit wohl verändern würde, wenn mehr Frauen als Stylisten, Visagistinnen und Modephotographinnen tätig wären ... umstehend ein übliches Inserat für Parfüm und die Werbung der Modeschöpferin Sonja Rykiel für ihr Produkt.

Josseline Abonneau, Paris

## Marie Claire n° 371 Juillet



Notre couverture: le beau naturel d'un visage heureux de partir en vacances. L'éclat de la vie confirmé par celui d'un doux maquillage réalisé avec les produits Lancôme. Pour une peau parfaite: la crème Nutribel, crème de jour. Pour les yeux: Mascara Waterproof Aquacils et, sur les paupières, Duo Ombre Satin Lamé. Sur les pommettes: Fard à joues Nympe. Pour une bouche brillante: Fondant à lèvres Naturel. Cette belle fraîcheur s'harmonise avec le blanc pur et éclatant d'une

chemise en coton, col haut fermé par des boutons en bois, une forme de charme et confort (Yohji Yamamoto). Maquillage Ray Allington. Photo Peter Lindbergh. Coiffure Ray Allington pour Mod's Hair.

♂ ♂ ♂

LANVIN  
PARIS



Merke: es muss nicht immer blutt -  
und kann doch sinnlich, erotisch  
und bezaubernd sein!

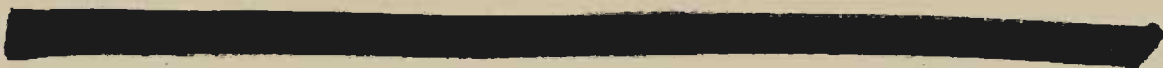


7<sup>e</sup> Sens  
**SONIA RYKIEL**  
PARFUMS · PARIS

*Pour les femmes qui vivent leurs passions,  
Sonia Rykiel a créé 7 Sens.*



## 3. Tagungsthema: Frauenbilder/Männerbilder in der Werbung



Ein starker Typ in der 1000er-Klasse.



Super: 40 kW/54 PS.



Bequem Platz für 5 plus Gepäck.



Stark: in 14,6 Sek. von 0 auf 100 km/h.



Wartungsdienst? Nur alle 20.000 km!



In Top-Form: Die stoffgepolsterten Sitze.



Da geht was rein: max. 533 l Ladevolumen.



Mehr Lebensdauer-Qualität: 6 Jahre Garantie gegen Durchrostung bei nur einer kostenpfl. Nachbehandlung.



Der hat ja überall Teppichboden.



Spurtsicher: Frontantrieb, Einzerradaufhängung vorn.



Prima: einzeln umklappbare Rücksitzlehnen.



Liegt jungen Familien nicht auf der Tasche.



Man hebt sich keinen Bruch: Ladehöhe nur 62,5 cm.



Ohne Heckmeck: weitöffnende Heckklappe.



Einsteigen ohne anzuecken: große Türen.

VIELE NATIONEN KENNEN RICHTLINIEN FÜR DIE WERBEWIRTSCHAFT, DIE SEXISTISCHE WERBUNG EINDÄMMEN SOLLEN - IN DER PRAXIS HAT DIES WENIG WIRKUNG, WAHRSCHEINLICH WEIL DIESEN EMPFEHLUNGEN DIE "ZÄHNE" FEHLEN - UND ES IST ZU BEFÜRCHTEN, DASS GENAU DIES DIE ABSICHT IST.

Margaret Gallagher, Medienforscherin

Frauen sollen in der Werbung nicht nur als Geliebte (oder Sexobjekt), als Hausfrau und Mutter dargestellt werden. Wenn sie in beruflichen Rollen gezeigt werden, sollen Frauen nicht nur in untergeordneten Positionen vorkommen, sondern auch in verantwortlichen und führenden Rollen im Beruf und in der Öffentlichkeit. Umgekehrt sollen Männer nicht nur im Beruf und als erfolgreicher Mann gezeigt werden, sondern auch als Liebender, als Haushalter und als Vater.



#### Meinungen in der Diskussion

Sexismus - die Benachteiligung oder Verächtlichmachung eines Menschen aufgrund seines/ihrer Geschlechts - ist die banalste und alltäglichste Form von Rassismus. Darum will ein Gesetz Vereinigungen das Recht einräumen, gegen sexistische Werbung, die Frauen erniedrigt, lächerlich macht, als Objekte darstellt oder zur Gewalt gegen sie provoziert, Klage zu erheben.

Yvette Roudy, Ministerin für die Rechte der Frau

Ein Gesetz, das sexistische Werbung einklagbar macht, ist kein Verstoß gegen die Pressefreiheit.

Marcelle Devaud, frühere Vizepräsidentin des französischen Senats und Präsidentin der Geschäftsfrauen



**NOTRE PRIORITÉ : PRÉSERVER VOTRE JEUNESSE.**

worum nit emol esoo?

Un étonnant progrès dans le domaine du soin.



CREME EQUILIBRE OPTIMUM  
LE SOIN DU JOUR ET DE LA NUIT

oder wie Ina Deter singt:  
NEUE MÄNNER BRAUCHT DAS LAND!

**MOI, JE ME SUIS MIS  
AU VERT.**

**Spontex**



**MEYBA**

Beachwear



zum Schluss dieser  
persönlichen Gedanken  
und Beobachtungen:

ausser ein paar konkreten  
Beispielen ist an diesem  
Seminar nichts Neues gesagt  
worden, das bewusste Frauen  
und Männer und Medienschaffende  
und Kommunikationsforschende beider  
Geschlechter nicht längst wüssten!



ABER: die Gleichheitskommission  
des Europarats hat sich mit Medien-  
fragen befasst (neu!)  
die Medienkommission des Europarats  
hat sich mit Gleichberechtigungsfragen  
befasst (neu!)

Menschen haben sich kennengelernt und  
ihre Sorgen und Freuden, Probleme und  
Erfolge, Erfahrungen und Ideen ausgetauscht -  
das Bewusstsein für Frauenfragen/Männerfragen  
ist wieder ein kleines bisschen gestiegen -  
und, wie Lucy Berg-Camponovo sagte:

CONSCIOUSNESS IS ALL!

## Die Ueberbewertung der Frau - ein Grund für ihre Entwertung

von Luzia Pinschewer-Häfliger

Weltweit kämpfen Frauen um gleiche Rechte wie der Mann, und vielerorts versuchen tausende und abertausende von Frauen sich selbst besser zu verstehen, um besser zu sich und den eigenen Werten stehen zu können.

Das Entwerten der Frau ist eng verknüpft mit ihrer Ueberbewertung. Der Frau wird entweder zuviel Macht und Wert zugesprochen oder aber sie wird in ihrem Recht und ihrer Macht und ihrem Wert beschnitten. Sie ist in den Augen vieler entweder ein Engel oder eine Hexe. Die Realität der Frau zu sehen fällt allgemein recht schwer.

Mein Beitrag zu den beiden oben genannten Anliegen so vieler Frauen geschieht aus entwicklungspsychologischer Sicht, womit aufgezeigt werden kann, wie sich die unterschiedlichen Wertverteilungen zwischen Mann und Frau, die unterschiedlichen Rechte, das Verständnis über die Frau wie auch das Selbstverständnis der Frau entwickeln, und zwar nicht so sehr im Laufe der Jahrhunderte, sondern im Laufe des Lebens einzelner Individuen. Dieser Ansatz des Verständnisses soll andere Perspektiven wie die soziologische, kulturelle, gesellschaftspolitische, rechtliche usw. nicht ersetzen. Entwicklungspsychologisch kann aber dargestellt werden, wie jeder Mensch in den ersten Jahren seines Lebens die Frau erlebt - sie als Mutter überbewertet und dann im Laufe der Entwicklung die Mutter entwertet. Die Entwertung der Frau als Mutter ist entwicklungspsychologisch gesehen ein Entwicklungsschritt auf dem Weg zur "realen" Einschätzung der Mutter, aber auch des Vaters und der Einschätzung von sich selbst. Eine entwicklungspsychologische Betrachtung zur Entwertung und Ueberbewertung der Frau

muss bei der Schwangerschaft, Geburt und den ersten Lebensjahren einsetzen, aber auch die weitere Geschichte in der Kindheit und Jugend, im frühen Erwachsenenensein, im mittleren und späteren Lebensalter aufzeigen und dabei die vielen Möglichkeiten der Ueberbewertung aber auch der Entwertung verständlich machen. Ein Unterfangen, das spannend und aufschlussreich ist, das aufzeigen kann, wie jede Lebensphase ihre eigenen Beiträge leistet zur Ueberbewertung und zur Entwertung der Frau, ein Unterfangen aber, das den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengt. Dass im Folgenden nun aus den vielen Lebensphasen die Schwangerschaft und Geburt ausgewählt wird, hängt damit zusammen, dass entwicklungspsychologisches Verständnis annimmt, dass späteres Erleben durch früheres Erleben mitdeterminiert ist. Es ist also folgerichtig, bei der Schwangerschaft und Geburt anzufangen. Gleichzeitig scheint es mir wichtig, Forschungsergebnisse der Psychologie über diesen Zeitraum der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, eine Zeitspanne im Leben jedes Menschen, die bisher ein Stiefkind der psychologischen Forschung war. Die Auswahl der Schwangerschaft und Geburt als Thema um über die Ueberbewertung und Entwertung zu sprechen hat auch damit zu tun, dass sich im Austragen und Gebären, wie auch in der Aufzucht des Kindes die grösste Macht der Frau und zugleich die grösste Verletzlichkeit manifestiert. Mit dieser Macht und dieser gleichzeitigen Verletzlichkeit hängt m.E. die Ueberbewertung der Frau, die Angst vor der Frau und im Gefolge die Entmachtung und Entwertung der Frau zusammen. Wenn im Folgenden versucht wird, die Phasen der Schwangerschaft und die Geburt darzustellen, so soll sichtbar werden, wie sehr die Frau am Anfang jedes Lebens überbewertet wird. Gleichzeitig soll damit ein Beitrag zum Selbstverständnis der Frau und ein kleines Stück weit

auch zum Selbstverständnis des Mannes geleistet werden.

Die Einstellung der Mutter zu ihrem Kind (und vice versa die tiefst unbewusste Einstellung des Kindes zur Mutter und Frau) hängt mit dem Erleben während der Schwangerschaft und der Geburt zusammen, mit der physischen und psychischen Gesundheit der Frau während Schwangerschaft und Geburt und den ersten Stunden nach der Geburt, im Folgenden aber auch mit ihrer Partnerbeziehung und ihrem Aufgehobensein in einer sicherheitsspendenden Umwelt.

Während der Schwangerschaft vollzieht sich in der Frau eine tiefgreifende körperliche und psychische Veränderung. Für Frau und Mann stellt sich in den ersten Wochen und Monaten einer Schwangerschaft grundsätzlich die Frage nach ihrer Einstellung zur Schwangerschaft, egal wie ihre religiöse und ethische Haltung zu einem Schwangerschaftsabbruch ist. Die Frage lautet in jedem Fall: "Können wir zu dem Kind Ja sagen oder nicht und in welchem Ausmass können wir Ja sagen." Dieses innere Ringen um das Ja zur Schwangerschaft findet selbst dann statt, wenn das Kind ersehnt und erwünscht ist. M.a.W.: die Frau steht in den ersten drei Monaten in einem eigentlichen Ambivalenzkonflikt der lautet "ich will das Kind - ich will das Kind nicht" und "ich sage Ja zu den Veränderungen in meinem Körper, in meinem Leben und in mir selbst" - "ich will keine Veränderungen, ich will, dass alles so bleibt, wie es ist."

Die Schwangerschaft bedeutet ja tatsächlich für die Erstgebärende das Zuendegehen einer ganzen Lebensspanne, für jede Schwangere der Verlust eines Gleichgewichtes innerer und äusserer Art. Was die Veränderungen im Körper betrifft, so wachsen durch die Erhöhung des Progesteronspiegels die Brüste. Häufig leiden die Frauen unter Erbrechen oder einem für sie unerklärlichen Heisshunger. Emotional schwankt die Frau manchmal von Viertelstunde zu Viertelstunde von tiefer Geschlagenheit zu himmelhochjauchender Freude, von einem entschiedenen Nein zu einem beglückenden Ja zum Kinde. Neuere Untersuchungen sprechen davon, dass 85% der Erstgebärenden am Anfang der Schwangerschaft diese nicht bejahen können.

Gefühle von Kummer und Aerger überwiegen dann. Gelingt es aber der Frau und dem Mann im Verlaufe der ersten drei Monate der Schwangerschaft das Kind zu bejahen (85-90% der erstgenannten Ablehnenden können das Kind nach zwei Monaten bejahen) so weichen die negativen Gefühle. Die Frau fühlt sich glücklicher und zufriedener. Sie beginnt sich aber auf sich selbst und das Kind, das in ihrem Körper wächst, zu konzentrieren. Für den Partner bedeutet die körperliche Veränderung, das stimmungsmässige Schwanken und die Hinwendung der Frau auf sich selbst oft ein Verlust und ist schwer zu ertragen. Kann der Mann aber die Schwangerschaft bejahen und den Sinn dieser Egozentrik der Frau erahnen, so fühlt er sich noch mehr zur Frau hingezogen und "gestattet" ihr, sich ganz auf sich und das Kind zu konzentrieren. Verneint er die Schwangerschaft und/oder erträgt er die Abwendung der Frau nicht, wendet sich der Mann nicht selten seinerseits von der Frau ab, ja verlässt sie sogar. Für Frauen, die von ihrem Partner innerlich oder äusserlich verlassen werden, erhält die Bejahung oder Ablehnung des werdenden Kindes erneut grosse Bedeutung und dauert oft die ganze Schwangerschaft durch. Es scheint gemäss dem heutigen Forschungsstand erwiesen, dass die Entwicklung des Kindes im Mutterleib durch die ablehnende Haltung der Mutter, die über das normale Mass des Ambivalenzkonfliktes der ersten drei Monate hinausgeht, ernstlich gestört wird. Das Kind gedeiht nicht altersgemäss und kommt oft mit neuro-physiologischen Entwicklungsrückständen zur Welt. Diese ihrerseits erschweren eine normale Entwicklung des Kindes und sind für die Fehlentwicklung psychischer und/oder körperlicher Art mitverantwortlich.

Die Monate der Schwangerschaft prägen also die Entwicklung des Kindes und die spätere Beziehung zwischen den Eltern und dem Kind, wie auch das Gefühl, eine gute Mutter und ein guter Vater zu sein insofern, als die werdende Mutter und der werdende Vater ihr grundsätzliches Ja zu all den Veränderungen und Verunsicherungen geben müssen. Nur getragen von diesem grundsätzlichen Ja kann sich die Frau in die Schwangerschaft einlassen und die Mütterlichkeit in sich entdecken, indem sie das tut, was sie gerne tun möchte und

sich auf ihre eigenen Wünsche und ihr eigenes Urteil verlässt. Indem sie dieses Potential des Zusihselberstehens in den Monaten der Schwangerschaft aktiviert, wird sie fähig, die volle Verantwortung für ihr Kind zu übernehmen; zu horchen und zu spüren, was sie und was das Kind brauchen, und nicht nur das zu tun, was man ihr sagt.

Dieses Ja zu den eigenen Werten, wie immer die sein mögen, und den Werten des Kindes kann die Frau nur voll leisten, wenn sie darin von ihrem Partner unterstützt wird. Der Mann hat in dieser Zeit eine fürsorgende, mütterliche Haltung gegenüber seiner Frau zu aktivieren - etwas, das vielen Männern in unserer leistungsorientierten Welt schwerfällt, etwas, das manchen Männern als unmännlich erscheinen mag. Das Ja zum Kind in den ersten Monaten der Schwangerschaft bis zur Geburt und darüber hinaus geht für die Frau also parallel zum Ja zu ihren eigenen Bedürfnissen. Wenn dieses Ja gelingt, wenn sich die Frau von ihrem Partner und der weiteren Umgebung gehalten und gesichert fühlt, so fühlt sich die werdende Mutter als gute Mutter und das Kind in ihrem Leib kann gut gedeihen. Bereits in diesen ersten Monaten der Schwangerschaft erweist sich die Frau als eine überaus Mächtige, insofern, als es von ihr abhängt, wie das Kind in ihrem Leibe gedeiht. Es ist aber nach unserem heutigen Wissen verfehlt, diese Mächtigkeit als absolut hinzunehmen. Die folgenden Ausführungen sollen noch deutlicher machen, wie sehr die Mutter selbst abhängig ist.

Um den dritten Monat herum beginnt die Frau das wachsende Kind in sich zu spüren. Dies kann für die Frau ein unsagbar schönes Erlebnis sein: "Es war, als hätte ich einen flatternden Schmetterling in der Hand", "Es war wie das Streicheln einer weichen Hand" berichten Frauen. Die Bewegungen machen, dass die Existenz des Kindes zur Wirklichkeit wird: die Mutter fühlt es und das Kind verkündet durch seine Bewegungen tagtäglich seine Realität. Dies bewirkt, dass die Mutter sich der Existenz des Kindes als eines separaten Wesens bewusst wird. Eine Ahnung kommt auf, dass dieses Kind seinen eigenen Platz einnehmen wird, eigene Bedürfnisse haben wird und oft mit den Bedürf-

nissen der Mutter kollidieren wird. Für die berufstätigen Frauen unseres Kulturkreises beginnt hier der Konflikt zwischen den Bedürfnissen und Pflichten der Mutterschaft und den beruflichen Aktivitäten Gestalt anzunehmen. Sicherlich kann dieser Konflikt nicht während der Schwangerschaft gelöst werden. Untersuchungen zeigen aber, dass das Bewusstsein des Konfliktes und das Phantasieren von möglichen Lösungen wichtig sind für die positive Einstellung der Mutter zum werdenden Kind, das heisst aber auch für die gute Entwicklung des Kindes und die guten Gefühle der Mutter im Sinne "ich kann eine gute Mutter sein".

Um diese Frage, "kann ich eine gute Mutter sein?" kreisen viele Gedanken der Frau in diesem zweiten Trimester der Schwangerschaft. Im Zuge der Auseinandersetzung mit der Rolle der Mutter setzt sich die Schwangere grossenteils unbewusst, teils aber bewusst mit dem Muttersein und ihrem Bild von der eigenen Mutter auseinander. "Kann ich eine rechte Mutter werden? Ich mache es wie meine Mutter. So wie meine Mutter werde ich es nie machen!" So wägt die Schwangere ab, welche Eigenschaften ihre Mutter sie als wünschenswert für sich selbst anstrebt, welche sie vermeiden möchte. Mit anderen Worten, die werdende Mutter erinnert sich an das gute und an das schlechte Mutterbild. Um für sich das Gefühl zu haben, eine gute Mutter zu werden, ist es einerseits nötig, in der eigenen Kindheit selber gut bemuttert worden zu sein. Andererseits ist es aber wichtig, ein gutes Mutterbild in sich abrufen zu können. Das gute Mutterbild ist sicherlich mit der realen Mutter verknüpft, es ist aber nicht dasselbe. Im guten Mutterbild spiegelt sich neben der erlebten Mutter die eigene Entwicklung, die Entwicklung der guten und der bösen Gefühle während der Kindheit, Jugend bis zur Gegenwart und dies nicht nur zur Mutter, sondern auch zum Vater und zu anderen wichtigen Personen. Das Abrufen können eines guten Mutterbildes hängt auch mit der momentanen psychischen und sozialen Situation der Schwangeren zusammen und mit ihrer Partnerbeziehung. Das Gewordensein wie das momentane Ge-

tragen- und Geschätztwerden der Schwangeren entscheiden also mit, wie stark sie das gute Mutterbild aktivieren kann, um selber eine gute Mutter zu werden. Wenn diese Hoffnung sich einstellt, so erleben die Frauen diese mittlere Zeit der Schwangerschaft als glücklich; wenn nicht, so herrscht in der Schwangeren weiterhin das Gefühl des Verlustes und der Ablehnung dem Kind gegenüber.

Wenn für die Frau die Schwangerschaft dem Ende entgegengeht, wird ihr Leib immer schwerer und durch die Senkung der Gebärmutter treten Druck- und Spannungszustände auf. Alle Frauen bezeichnen die körperlichen Sensationen als Beschwerden, als unangenehm, und viele berichten, dass sie diese Unannehmlichkeiten als eine Vorsehung der Natur empfinden, damit sie die bevorstehende Trennung vom Kind bei der Geburt als nicht so schmerzhaft im psychischen Sinn auffassen. Befragte Frauen berichten von ihrem Dilemma, das darin besteht, einerseits das Kind am liebsten loszusein, es aus dem Körper auszustossen und andererseits auf seine Existenz in ihrem Leibe nicht verzichten, es in sich festhalten zu wollen. Dieser Konflikt zwischen Wegstossen und Festhalten macht vielen Frauen sehr zu schaffen und ist nicht selten für zu frühe oder verzögerte Geburten mitverantwortlich. Beide, die zu frühe wie die zu späte Geburt, bedrohen wenn nicht die Existenz so doch die Gesundheit des Kindes - durch die medizinischen Errungenschaften der heutigen Zeit wird durch eine verfrühte Geburt selten das Leben des Kindes bedroht, vielmehr werden erschwerte Startbedingungen für seine psychische Entwicklung geschaffen.

Der Konflikt zwischen Wegstossen und Festhalten hat eine ganz lange Geschichte. In der Kindheit der Frau war dieser Konflikt schon in der Ablösungsphase von der Mutter aktuell, in der Pubertät und Adoleszenz muss er erneut bei der Loslösung vom Elternhaus durchgearbeitet werden. Jede Frau hat in der Zeit der Schwangerschaft mehrere solcher Konflikte zu bewältigen. Wie diese Konflikte früher im Zusammenleben mit Vater und Mutter gelöst wurden beeinflusst massgebend auch die Lösung der Konflikte in der Schwangerschaft. Aber auch die Eltern der werden-

den Mutter und des werdenden Vaters waren selber einmal Kinder und mussten die gleichen Konflikte durcharbeiten. So gesehen kann man formulieren, dass bei der Frau an der Schwelle zur Geburt und bei der Geburt wirklich die Ahnen stehen. (Im Märchen von Dornröschen sind es die zwölf lieben Feen und die eine böse Fee, die an die Wiege treten). Psychologisch interpretiert leben diese Feen durch die Konfliktbewältigung der werdenden Mutter und ihres Partners, sowie durch die Konfliktbewältigung der weiteren Familie, aber auch durch unsere Institutionen und Kulturträger (z.B. Spitäler, Ausbildung von Medizinern und medizinischem Hilfspersonal, welche die Frauen in ihrer Schwangerschaft, bei der Geburt und im Wochenbett betreuen).

Die Schwangerschaft ist eine jener Zeiten in der die Frau für das Kind der Quell und der Nährboden seines Lebens und seiner Existenz bedeutet. Das Wissen um diese Macht der Frau scheint weltweit zu sein: Die verschiedensten Kulturen und Völker kennen Vorschriften und Empfehlungen für die schwangere Frau, was sie essen soll, welche Gefühle sie vermeiden soll, wie sie sich kleiden soll, welche Musik sie hören soll, usw., um die gute Entwicklung des Kindes zu garantieren. Nach der Geburt erfährt jeder Mensch durch seine Kindheit hindurch die Macht der Mutter und seine eigene Abhängigkeit. Vom Erleben her ist für jeden Menschen seine Mutter mit einer ungeheuren Macht ausgestattet; es ist unser Wissen als erwachsener Mensch, aber nicht unser Empfinden, was diese Mächtigkeit relativiert.

Selbst die Psychologie hat Jahre hindurch in ihrer Forschung die Mutter als eine behandelt, die alles recht machen sollte. Die Einfühlung und die Empathie in die Mutter und Frau (auch in den Vater und Mann) ist neu und erst vereinzelt anzutreffen. Da sich der Mann und Vater lange Zeit nicht für die Aufziehung der Kinder im affektiven Bereich verantwortlich fühlte, blieb dieser Bereich ganz der Frau überlassen. Die Forschung über die Schwangerschaft der Frau und das Gedeihen des Kindes in ihrem Leibe beleuchtet die Verantwortlichkeit der Frau dem Kinde gegenüber immer eindrücklicher.

Gleichzeitig wird aber auch immer deutlicher, wie sehr die Verflochtenheit der Frau in ihren früheren und aktuellen Beziehungen und in ihrer Gesellschaft den Schwangerschaftsverlauf mitbestimmt. Forschungsarbeiten bestätigen die Vermutung, dass die Partnerbeziehung und das konkrete Verhalten des Mannes während der Schwangerschaft wesentlich für den gesamten Schwangerschaftsverlauf sind. Die Rolle des Vaters in der Schwangerschaft wird umrissen: Der werdende Vater soll im Stande sein, die sich ständig äusserlich wie innerlich verändernde Frau zu akzeptieren, ja, er muss sie sogar bemuttern können. Während der ganzen Schwangerschaft ist der Mann aufgerufen, Vergnügen gegen Verantwortlichkeit einzutauschen. Er muss aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit treten und seiner Frau, später dem Kind diesen Platz einräumen können. Neid und Eifersucht, eigene schlecht gelöste Konflikte können es ihm schwermachen, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die Gefahr, selber wieder emotional in die Rolle des Kindes zu schlüpfen, ist gross. Das kann dazu führen, dass der werdende Vater um die Aufmerksamkeit der Frau kämpft, also den Säugling als Rivalen empfindet und damit seine Vaterschaft bewusst oder unbewusst verleugnet - mit allen ungünstigen Folgen für die Beziehung der werdenden Eltern untereinander wie für die Beziehung der Eltern zum Kind.

Es ist für den Mann in der heutigen Leistungsgesellschaft recht schwer, seine Familienorientierung und seine Karriereorientierung zu einer befriedigenden Synthese zu vereinen. Wenn es dem Mann gelingt, während der Schwangerschaft der Frau sein Selbstbild zu Gunsten der werdenden Familie zu verändern, so sind gute Voraussetzungen gegeben, dass der Mann die Frau seelisch stützen und bemuttern kann, dass er für den Säugling ein Vater ist. Karriereorientierte Männer zeigen nach einer soziologischen Untersuchung keine Aenderung ihres Selbstbildes und halten ihr altes "Selbst" auch für die neue Situation des Vaterwerdens für ausreichend. Die Schwangerschaft der Frau ist dann für den karriereorientierten Mann eine Ueberforderung. Er hat Mühe, auch die familiären Verpflichtungen zu übernehmen. Dies aber bewirkt, dass die Frau in unserer westlichen Kultur mit ihren Problemen während der

Schwangerschaft selbst überfordert werden kann.

\* \* \*

Die Schwangerschaft ist eine Zeit, in der die Verbindung zwischen Mutter und Kind physiologisch begründet ist und emotional sich entwickelt, in der Verantwortung und Macht der Frau dem werdenden Kind gegenüber am grössten ist. Durch die Geburt wird die physiologische Symbiose zwischen Mutter und Kind unterbrochen und durch die emotionale ersetzt. Diese neue Art von symbiotischer Beziehung ergibt sich von der Mutter her vor allem durch die Zuwendung und Pflege des Kindes.

Der Geburtsprozess ist eine ausserordentliche Bürde für die meisten Frauen. Im Geburtsvorgang zeigt sich die Abhängigkeit der Frau von der Umgebung extrem. Sie ist verletzlich und auf die sicherheitsspendende Umgebung angewiesen. Nach einer erfolgreichen Geburt erleben die meisten Frauen eine grosse Erleichterung. Ein euphorisches Gefühl erfasst Mutter, Kind und Vater und die weiteren Personen, die an der Geburt teilhaben und trägt die Familienmitglieder durch die folgenden Tage hindurch. Untersuchungen zum Erleben der Geburt zeigen deutlich, dass Mütter, welche bei der Geburt gelöst bleiben können, aktiv mitarbeiten und in guter Beziehung zu den Geburtshelfern stehen, in die euphorische Stimmung eintauchen können, und dass gleichzeitig der Bindungsprozess zum Kind bessere Voraussetzungen hat. Wenn aber die Frau emotionalen Stressfaktoren ausgesetzt ist, sich die Gebärende nicht unterstützt, geliebt, ja sogar bedroht fühlt, so ist der Bindungsprozess zu ihrem Kind erschwert, d.h., die Mutter kann die sensitive Zeit nach der Geburt nicht nutzen, um die emotionale Beziehung zu festigen. In Spitälern kann die Gebärende durch die fremde Umgebung, die unbekannteren Personen und die oftmals hektische Tätigkeit im Entbindungssaal in ihrer Entspannung und aktiven Mitarbeit empfindlich behindert werden. Anerkannte Untersuchungen zeigen den scharfen Kon-

trast zwischen Spital- und Hausgeburt und heben folgende Punkte zugunsten der Hausgeburt hervor: Die Mutter ist viel aktiver, sie berührt das Kind und hält es nach der Geburt. Alle Personen, welche der Geburt beigewohnt haben, werden von einem enormen Stimmungsanstieg, verbunden mit freudiger Erregung, befallen. Die Mutter wird intensiver gepflegt. Sie nimmt das Kind schneller an ihren Körper und lässt das Kind bereits 5-6 Minuten nach der Geburt an der Brustwarze lecken, was dazu führt, dass die Brustfütterung, das Stillen, begünstigt wird.

Um die Unterschiede zwischen Spital- und Hausgeburt etwas zu verringern, sind viele Kliniken dazu übergegangen, möglichst viel Initiative der Mutter zu überlassen, ambulante Geburten einzuführen etc. Nach einer Phase von Jahrzehnten, in der es nur um die möglichst optimale medizinische Betreuung von Mutter und Kind ging, ist es heute an der Zeit, dass die emotionalen Aspekte vermehrt erforscht und in der Praxis berücksichtigt werden.

Indem wir den Phasen der Schwangerschaft gefolgt sind und ein wenig Licht auf den Geburtsvorgang geworfen haben, sollte der Beginn der Ueberschätzung und damit, auch der möglichen späteren Entwertung der Frau dargelegt werden. Es ist klar, dass die volle Bedeutung der Schwangerschaft und der Geburt erst im Aufzeigen der weiteren Entwicklung der Beziehung zwischen Mutter-Vater und Kind ersichtlich wird. Dann nämlich, wenn die emotionale Symbiose des 1. Lebensjahres verstanden wird, in der die Mutter zur allmächtigen, grandiosen Person wird, unendlich gut, wenn sie die Bedürfnisse des Kindes erfüllt, aber gehasst und böse, wenn sie ein Nein den Strebungen des Kindes entgegenstellt. Es müsste aufgezeigt werden, wie die Mutter als symbiotischer Partner des Kindes parallel zu seiner Entwicklung der lieben und bösen Gefühle zu einer lieben und zu einer bösen Mutter wird und welche Wege und Irrwege das Kind und der Jugendliche einschlagen mag, um mit den Enttäuschungen an der Mutter anders verfahren zu können, als sie entwerten zu müssen. Es könnte und müsste dargelegt werden, welche wichtige Rolle der Vater des Kindes in die-

sem Prozess spielt, und welchen Stellenwert unsere überlieferten Normen in diesem Entwertungsprozess haben.

#### HINWEIS

Die von Dr. iur. Isabell Mahrer - Mitglied der Eidg. Kommission für Frauenfragen - verfasste Schrift "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" gibt Arbeitnehmerinnen eine knappe Uebersicht über das Problem der gleichen Entlohnung für gleichwertige Arbeit und zeigt ihnen auf, unter welchen Voraussetzungen eine Klage möglich und wie vorzugehen ist. Auf der andern Seite bietet sie auch den Gerichten erster Instanz gewisse Anregungen zur Entscheidungsfällung.

Die Borschüre ist beim Herausgeber, dem Schweizerischen Kaufmännischen Verband Hans-Huber-Str. 4, 8002 Zürich (Postfach 6390, 8023 Zürich) Tel. 01/202.47.10

zum Preis von Fr. 9.- zu beziehen.

## Chronik der laufenden Ereignisse Februar bis August 1983

von Elisabeth Kästli

### Frauenlöhne im europäischen Vergleich

3.2. Frauen erhalten in gewissen Ländern noch bis zu 50% weniger Lohn als die Männer. Im europäischen Vergleich steht die Schweiz relativ schlecht da, punkto Lohnvergleich, wie eine Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes zeigt. Dies obwohl die Frauenlöhne in der Schweiz, gemessen an den Männerlöhnen, von 1977 bis 1981 von 66,6% auf 67,8% stiegen, während in den meisten anderen europäischen Ländern die Löhne der Frauen im Vergleich zu jenen der Männer in der gleichen Zeitspanne sanken.

### Gleichberechtigung im Bürgerrecht

3.2. Der Nationalrat hat als zweite Kammer dem Grundsatz zugestimmt, dass in national gemischten Ehen beide Partner gleichberechtigt sein sollen bezüglich der Weitergabe des Schweizer Bürgerrechtes. Dies soll durch eine Gesetzesänderung geschehen, welche vermutlich die automatische Weitergabe des Bürgerrechtes des Schweizer Ehemannes an seine Frau aufhebt und statt dessen für die/den ausländischen Partner(in) eine erleichterte Einbürgerung vorsieht. Desgleichen soll für in der Schweiz aufgewachsene Ausländer, Flüchtlinge und Staatenlose eine erleichterte Einbürgerung vorgesehen werden.

### AHV-Kommission gegen getrennte Rente

8.2. Die AHV-IV-Kommission hat sich gegen eine vom Zivilstand unabhängige, getrennte Rente für Frau und Mann entschieden. Beim sogenannten Splitting würde das AHV-pflichtige Einkommen eines Ehepaares bei den Partnern je zur Hälfte gutgeschrieben.

Mit der Begründung, dass damit vor allem Ehepaare mit mittlerem Einkommen in der Regel eine geringere Rente erhielten als bisher, lehnte die Kommission diese Neuerung ab. Im weiteren schlägt die Kommission die Heraufsetzung des Pensionsalters für Frauen von 62 auf 63 Jahre vor, sowie die Möglichkeit für Frauen und Männer, sich unter bestimmten Voraussetzungen zwei Jahre früher pensionieren zu lassen.

### Gegen Vergewaltigungen

11.2. Der Berner Stadtrat hat ein Postulat mit Massnahmen gegen Vergewaltigungen an den Gemeinderat überwiesen. Zwei von drei Forderungen des Poch-Postulates wurden überraschenderweise vom Rat gutgeheissen: die Finanzierung von Selbstverteidigungskursen für Mädchen und das Anrecht von vergewaltigten Frauen auf eine von der Stadt finanzierte Therapie. Abgelehnt wurde der Antrag, Frauen Taxifahrten in abgelegene Wohngebiete nach Einbruch der Dunkelheit durch die öffentliche Hand zu finanzieren.

### Weiterhin Fräulein im Baselbiet

14.2. Die Baselbieter Regierung will dem Beispiel von Basel-Stadt nicht folgen: Sie sieht keinen Anlass, ledige Personen weiblichen Geschlechtes mit "Frau" anstatt mit "Fräulein" anzureden. In einer Fragestunde des Landrates meinte der Regierungspräsident, die Anrede Fräulein sei keine Diskriminierung und ein differenzierter Wortschatz trage zur Belebung der Sprache bei.

### Linienpilotin bei Crossair

25.2. Die 28jährige Regula Eichenberger ist erste Co-Pilotin bei Crossair. Bei der Swissair gibt es noch keine Pilotinnen, dagegen sind Frauen im Cockpit in einigen anderen europäischen Ländern be-

reits selbstverständlich.

#### Stimmrecht für alle Bündnerinnen

27.2. Mit rund 20'000 Ja gegen 12'000 Nein haben die Stimmbürger(innen) des Kantons Graubünden eine Verfassungs- und Gesetzesänderung gutgeheissen, mit der das Frauenstimm- und -wahlrecht in allen Bündner Gemeinden eingeführt werden soll. Bis zum Abstimmungstag gab es noch 13 kleine Gemeinden, die den Frauen das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten verweigerten.

#### Josi Meier Ständerätin

28.2. Josi J. Meier (CVP, Luzern) ist als Nachfolgerin von dem zum Bundesrat gewählten Alphons Egli gewählt worden. Die vor-malige Nationalrätin erzielte 43'644 Stimmen, während ihre Gegenkandidatin, Andrea Z'graggen (Poch) 10'051 Stimmen erhielt.

#### Stelle für Anzeigeerstattung bei Vergewaltigung

1.3. Im Zürcher Kantonsrat ist mit knappem Mehr ein Postulat angenommen worden, das eine separate Anlaufstelle für Frauen verlangt, die unzüchtig belästigt oder vergewaltigt wurden. Da für solche Frauen der Gang auf den Polizeiposten oft eine psychische Belastung darstelle, soll ihnen die Möglichkeit geboten werden, bei einer speziellen Informationsstelle mit einer ausgebildeten Frau zu sprechen und Anzeige zu erstatten.

#### FHD wird militärischer Frauendienst

1.3. Mit der Teilrevision der Militärorganisation soll nach dem Willen des Bundesrates unter anderem die Stellung der Frau, die in der Armee freiwillig Dienst leistet, attraktiver gemacht werden. Der Frauenhilfsdienst (FHD) soll aus dem Hilfsdienst herausgelöst werden und als militärischer Frauendienst bezeichnet werden.

#### Bundesrat gegen Recht-auf-Leben-Initiative

1.3. Der Bundesrat lehnt die Initiative Recht auf Leben ab. Er hält vor allem die Begriffsbestimmung über die Dauer des Lebens ("Das Leben des Menschen beginnt mit dessen Zeugung und endet mit seinem natürlichen Tode") für unhaltbar. Als Gegenvorschlag zur Initiative legt der Bundesrat den Entwurf eines neuen Verfassungsartikels 54bis vor, der lautet: "Jedermann hat das Recht auf Leben, körperliche und geistige Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit und persönliche Sicherheit". Nach Ansicht des Bundesrates würde dieser Artikel eine Fristenlösung auf Gesetzesebene ausschliessen.

#### Hauswirtschaftskursregelung in Solothurn

5.3. Im Kanton Solothurn sollen an der Mittelschule sowohl Mädchen wie Knaben ab Schuljahr 1983/84 versuchsweise während der Schulzeit einen zweiwöchigen hauswirtschaftlichen Fortbildungskurs besuchen. Bisher mussten die Mädchen einen vierwöchigen Hauswirtschaftskurs besuchen der zur Hälfte in die Ferien fiel, und die Knaben hatten während der Schulzeit einen zweiwöchigen Land- oder Sozialdienst zu leisten. Mit einer Petition forderte die Schülerinnen die Aufhebung dieser Ungerechtigkeit. Nach einem ursprünglich ablehnenden Bescheid entschloss sich nun die Regierung zu dieser provisorischen Kompromisslösung.

#### Internationaler Tag der Frau

7.3. Aus Anlass des Internationalen Tages der Frau (8. März) haben in der Schweiz gleichentags zwei Demonstrationen stattgefunden: In Biel organisierte die Organisation für die Sache der Frau OFRA eine Kundgebung, die angesichts der Wirtschaftslage unter dem Motto "Frauen gegen die Krise" stand. Weitere Themen waren die Forderung nach einem wirksamen Mutterschutz und die Ablehnung eines Einbezugs der Frau in die Armee. In Zürich nahmen vor allem jene Frauen an der Kundgebung teil, die explizit keine Männer im Demonstrationszug wollten.

### Schülerinnen gegen "Husi"

7.3. Zwei Neuenburger Schülerinnen, die gegen den Besuch des obligatorischen Hauswirtschaftsunterrichtes Rekurs einlegten, sind von diesem Unterricht dispensiert worden. Der Neuenburger Staatsrat hiess den Rekurs gestützt auf den Gleichheitsartikel in der Bundesverfassung gut. Ab Schuljahr 1983/84 wird der Staatsrat diese Ungleichheit im Unterrichtsprogramm aufheben.

### Hohe Urteile in Vergewaltigungsprozess

9.3. Elf Männer sind in Genf wegen Vergewaltigung oder Beihilfe zur Vergewaltigung zu Strafen zwischen 20 Monaten und 5 Jahren verurteilt worden. Sie waren gewaltsam in eine Wohnung eines besetzten Hauses eingedrungen, wo sich zwei Frauen befanden und haben diese mehrmals vergewaltigt. Das Geschworenengericht verurteilte erstmals in einem Vergewaltigungsprozess das bandenmässige Vorgehen.

### Gleiche Dienstreisevergütung für Frauen

11.3. Dank einem Vorstoss des Föderativverbandes erhalten nun die verheirateten Bundesbeamtinnen wie ihre männlichen Kollegen die volle Dienstreisevergütung. Bisher war ihnen wie den Ledigen meist nur 80% ausbezahlt worden. (Als Begründung für den Minderansatz der Ledigen gilt, dass ihre Mehrkosten auf Dienstreisen geringer sind als die von Verheirateten, welche im allgemeinen zuhause essen). Der Bundesrat hat damit die verheirateten Frauen den verheirateten Männern gleichgestellt.

### Nationalrat gegen Mutterschaftsinitiative

16.3. Der Nationalrat ist dem Antrag von Bundesrat und vorberatender Kommission gefolgt und hat die Mutterschutzinitiative abgelehnt. Sie solle ohne Gegenvorschlag mit Empfehlung auf Ablehnung dem Volk unterbreitet werden. Der Mutterschaftsschutz sei im Rahmen der Krankenversicherung und nicht mit einer eigenständigen Versicherung zu verbessern. Zudem sei der geforderte Elternurlaub unnötig und unrealistisch.

### Gleichstellung von Mädchen und Knaben

24.3. Mit dem Schuljahr 1983/84 tritt im Kanton St. Gallen der neue Lehrplan in Kraft, der Mädchen und Knaben im Primarschulunterricht gleichstellt, zumindest was die Anzahl der Stunden betrifft. Der Stoff, der im Fach Hausarbeit unterrichtet wird, unterscheidet sich jedoch für Mädchen und Knaben.

### Im Moment keine Fristenlösungsinitiative

26.3. Die Vereinigung für die Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs (SVSS), die mit anderen Organisationen die Lancierung einer neuen Fristenlösungsinitiative plante, sieht vorläufig davon ab. Der Entscheid fiel vor allem aus taktischen Gründen. Die Organisation will sich zunächst auf die Bekämpfung der Initiative "Recht auf Leben" konzentrieren.

### Erste Rotkreuz-Dienstchefin

1.4. Der Rotkreuzdienst hat seit anfangs April erstmals eine Dienstchefin: Frau Elisabeth Bickel-Dünner. Zuvor waren die rund 4'000 Frauen des Rotkreuzdienstes dem Rotkreuz-Chefarzt unterstellt gewesen.

### Ein Drittel Frauen an der Uni

7.4. Von 66'200 Immatrikulierten im Wintersemester 1982/83 waren rund ein Drittel Frauen. Ihre Zahl nahm gegenüber dem Vorjahr um 1'332 oder um 6% zu, während sich nur 978 oder 2% mehr Männer immatrikulierten.

### (in) erscheint nicht mehr

7.4. Nach nur zwei Ausgaben stellte die neue Frauenzeitschrift (in) ihr Erscheinen ein. Wegen "wirtschaftlicher Schwierigkeiten" hat der Verlag beschlossen, die bereits fertig gestellte dritte Ausgabe nicht mehr zu drucken. Der Berner Verlag Buechler & Co., welcher knapp 60% des (in)-Aktienkapitals besass, hat gleichentags die Herausgabe einer neuen Zeitschrift bekanntgegeben: "Fitness, Zeitschrift für Sport und Spiele".

Voilà-Chefredaktorin "beurlaubt"

8.4. Der Tages-Anzeiger Verlag hat die Voilà-Chefredaktorin Eliane Meyer nach zweimaligem Erscheinen der neuen Frauenzeitschrift "Voilà" "beurlaubt". Die Zeitschrift soll weiter erscheinen.

Krankenschwestern gehen vor Bundesgericht

9.4. Die sechs Zürcher Krankenschwestern, die aufgrund von Artikel 4 BV (gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit) die Stadt Zürich eingeklagt hatten, werden vor Bundesgericht gehen. Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich trat auf ihre Klage nicht ein, mit der Begründung, dass die Ausführungsbestimmungen zum Verfassungsartikel fehlten. Die Krankenschwestern, die sich in ihrem Lohnvergleich auf die Besoldungsordnung der Stadt Zürich beriefen, wollen nun beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerden einreichen.

Hedi Lang erste Regierungsrätin

25.4. Hedi Lang ist als erste Frau in den Zürcher Regierungsrat gewählt worden. Von den sechs bisherigen Regierungsräten liess sie Erziehungsdirektor Alfred Gilgen stimmenmässig deutlich hinter sich. Sie übernimmt das Justizdepartement.

Leni Robert nicht auf FDP-Nationalratsliste

27.4. Die Freisinnig-demokratische Partei der Stadt Bern hat Leni Robert, welche erste Ersatzfrau auf der freisinnigen Nationalratsliste von 1979 ist, einen Listenplatz für die kommenden Nationalratswahlen verweigert. Frau Robert war hauptsächlich wegen ihres Engagements in der Jugendfrage (sie protestierte gegen das Vorgehen der Polizei anlässlich einer Jugenddemonstration) in Konflikt mit ihrer Partei geraten. Aufgrund des Parteientscheides ist Leni Robert in der Folge aus der FDP ausgetreten, um auf einer "wilden" liberalen Liste zu kandidieren.

Klage gegen Gratisanzeiger

28.4. St. Galler Frauenorganisationen haben einen St. Galler Gratisanzeiger wegen der Publikation von Bildern busenfreier Serviertöchter verklagt. Die Frauenbefreiungs-

bewegung FBB und die Organisation für die Sache der Frau OFRA wehren sich gegen die Vermarktung des Frauenkörpers, wie sie in den beanstandeten zwei Reportagen über dekorierte Fasnachtslokale stattfindet.

Neue BSF-Präsidentin

30.4. Der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen BSF wählte an seiner Delegiertenversammlung in Lugano die 43jährige Rechtsanwältin Dr. Lisa Bener-Wittwer, Chur, zur neuen Verbandspräsidentin. Sie ist die Nachfolgerin von Evelina Vogelbacher-Stampa.

Frauen verdienen deutlich weniger

4.5. Die offizielle Einkommens- und Vermögensstatistik der Schweiz zeigt, dass das Durchschnittseinkommen der Frauen deutlich unter jenem der Männer liegt. So verdienen 92% der Arbeitnehmerinnen mit eigenem Haushalt (verheiratete Frauen sind ausgenommen) weniger als 40'000 Franken pro Jahr. Bei den Männern liegen nur 60% unter dieser Einkommensgrenze. Und 19% der Männer verdienen über 50'000 Franken, dagegen erreichen nur 3% der Frauen ein solches Einkommen.

Verein Feministische Wissenschaft gegründet

7.5. Unter dem Namen "Feministische Wissenschaft Schweiz" ist in Bern ein Verein gegründet worden, der die Förderung der feministischen Wissenschaft im Zusammenhang mit der Frauenbewegung fördern will. Aktivmitglieder des Vereins können Frauen werden, die sich in diesem Sinne für feministische Wissenschaft engagieren, Passivmitglieder jene, die sich für die Aktivitäten des Vereins interessieren und ihn finanziell unterstützen wollen.

Frauenstimmrechts-Initiative

30.5. Die Sozialdemokratische Partei von Appenzell-Ausserrhoden will mit einer Volksinitiative erreichen, dass an einer Urnenabstimmung über die Ein-

führung des Frauenstimmrechts in diesem Kanton bestimmt wird.

#### Aargauer Frauenhaus gegründet

2.5. In Brugg ist ein Frauenhaus für den Kanton Aargau eröffnet worden. In einer 4 1/2-Zimmer Wohnung stehen 8 Betten und einige Kinderbetten als Notunterkunft zur Verfügung. Vier festangestellte Mitarbeiterinnen und freiwillige Helferinnen betreuen die Frauen und Kinder. Das Frauenhaus ist unter der Tel.Nr. 056/42.10.90 zu erreichen.

#### Tessin: erste Parlamentspräsidentin

30.5. Die Sozialdemokratin Christiana Storelli ist als erste Frau zur Präsidentin des Tessiner Grossen Rates gewählt worden. Parlamentspräsidentinnen gab es bisher in den Kantonen Genf, Basel-Stadt und Jura.

#### Petition gegen Video-Brutalos

31.5. Mit 1'521 Unterschriften ist dem Bundesrat eine Petition gegen die unzensurierte Einfuhr, den Vertrieb und den Verkauf von Videokassetten mit hartem Porno und Brutalos eingereicht worden. Die Redaktion des Schweizer Frauenblattes, die diese Petition lancierte, protestiert dagegen, dass die kulturelle Verwilderung durch solche Videokassetten in die Wohnstube getragen wird. Diese schädige besonders die ungeschützten Jugendlichen, "ganz zu schweigen von der brutalen Diskriminierung der Frauen, der Behinderten, der Andersrassigen", schrieb die Redaktion dem Bundesrat.

#### Alleinstehende Rentnerinnen am schlechtesten gestellt

7.6. Alleinstehende Frauen sind unter allen Rentnern und Rentnerinnen am schlechtesten gestellt. Sie haben ein jährliches Durchschnittseinkommen von nur Fr. 15'800.-. Bei den Verheirateten ist der Einkommensdurchschnitt bei Fr. 35'400.- und bei den verwitweten und geschiedenen Frauen bei Fr. 18'400.-. Dies geht aus ergänzenden Studien über die Lage der Rentner in der Schweiz hervor, die an den

Universitäten Freiburg und Lausanne durchgeführt wurden.

#### Neue Präsidentin des FHD-Verbandes

11.6. Beatrix Hanslin aus Jona ist zur neuen Zentralpräsidentin des Frauen-Hilfsdienst-Verbandes (FHDV) ernannt worden.

#### Neue Pfadfinderinnen-Präsidentin

13.6. Die Berner Juristin Marianne Rindlisbacher ist von der Delegiertenversammlung gewählt worden. Die Pfadfinderinnenbewegung umfasst an die 17'000 Mädchen im Alter zwischen 7 und 16 Jahren.

#### Zu wenig Teilzeitstellen

15.6. 44 Prozent der Schweizerinnen möchten laut einer Untersuchung des Forschungsinstitutes der Schweizerischen Gesellschaft für Marketing eine Teilzeitarbeit annehmen. Nur 11 Prozent haben aber eine Teilzeitstelle gefunden. Die Erhebung wurde bei 653 Frauen im Alter zwischen 15 und 54 Jahren in der Deutschschweiz durchgeführt.

#### Kein CISC für Biel

6.6. Die Bieler Stimmbürger haben mit grossem Mehr die Schaffung eines Beratungs- und Konsultationszentrums für Sexualfragen (Centre d'information sexuelle et de consultation, CISC) abgelehnt. Die Vorlage kam aufgrund einer Initiative zustande, die 1978 von Frauengruppen lanciert wurde. Sie war vom Stadtrat (Legis.) gutgeheissen worden.

#### Nationalrat beriet neues Eherecht

9.6. Der Nationalrat hat in der Sommersession die Beratung über das neue Eherecht abgeschlossen und die Vorlage mit 139:7 Stimmen gutgeheissen. Sie geht nun zur Differenzbereinigung in den Ständerat zurück. Zu den wichtigsten Änderungen gegenüber dem geltenden Recht gehört die Namensregelung. Zwar ist der Name des Ehemannes noch immer der Fa-

miliennamen der Ehegatten, aber die Frau kann vor der Heirat erklären, sie wolle ihren bisherigen Namen weiterführen. Ausserdem verliert die Frau bei der Heirat nicht mehr ihr Bürgerrecht; sie erhält zusätzlich jenes des Mannes. Insgesamt verzichtet das neue Ehegesetz darauf, die Rollen zwischen Mann und Frau zu verteilen.

#### Frauen und Computer

23.6. In Genf hat die erste Internationale Konferenz über Frauen und neue Technologie stattgefunden. Die Tagungsteilnehmerinnen (Wissenschaftlerinnen, Vertreterinnen internationaler Organisationen, Gewerkschafterinnen, Journalistinnen) schlugen Aktionen vor, die den Frauen helfen sollen, die Kontrolle über die technologischen Veränderungen zu erlangen. Die Frauen sollen lernen, Computer für ihre eigenen Zwecke zu benutzen.

#### SMUV erkämpft keine Lohngleichheit

19.7. Im neuen Gesamtarbeitsvertrag des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitnehmerverbandes SMUV fehlt die Garantie des gleichen Lohnes für gleichwertige Arbeit für Mann und Frau. Die Gewerkschaft setzte sich in diesem Punkt gegenüber dem Arbeitgeberverband nicht durch. Dies hat der Gewerkschaftsleitung scharfe Kritik von der Basis sowie von anderen Gewerkschaften eingetragen.

#### Mehr Kinder

25.7. Gegenüber 1981 ist die Zahl der Geburten 1982 um 1'169 gestiegen. Auffällig ist dabei die Zunahme der Geburten von Kindern unverheirateter Mütter: Sie stiegen um 353 (oder 9%) auf 4'154. Der Anstieg der Geburten im allgemeinen ist laut Bundesamt für Statistik eine Folge der starken Jahrgänge der sechziger Jahre.

#### Strafklage gegen Bundesrat Friedrich

30.7. Auf Anregung der "Frauen für den Frieden" Zürich haben 1'300 Personen beim Untersuchungsrichteramt Bern Klage gegen Bundesrat Rudolf Friedrich wegen Verleumdung und übler Nachrede erhoben. Die Klage richtet sich gegen die A

tet sich gegen die Äusserung des Vorstehers des Justizdepartementes, Teile der Friedensbewegung seien von Moskau gesteuert. Diese Äusserung machte er im Zusammenhang mit der Schliessung der sowjetischen Presseagentur Novosti in Bern.

#### Marga Bührig im ÖRK-Präsidium

7.8. Die Theologin Marga Bührig ist an der Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen in Vancouver (Kanada) ins siebenköpfige Präsidium des Rates gewählt worden. Mit der früheren Leiterin des Evangelischen Tagungs- und Studienzentrums Boldern ist die Schweiz erstmals im obersten Gremium des ÖRK vertreten.

#### "Frauen für den Frieden" für Zivildienst

21.8. Die "Frauen für den Frieden" haben an ihrer Jahresversammlung in Zürich die Schaffung eines echten Zivildienstes auf der Basis des Tatbeweises gefordert. Es seien endlich konkrete Schritte für eine menschenwürdige Lösung für Dienstverweigerer zu unternehmen, betonten sie.

#### Schweizerin ist Geschäftsfrauen-Präsidentin

4.8. An der Konferenz des Internationalen Verbandes der Berufs- und Geschäftsfrauen, der anfangs August in Washington tagte, ist Frau Rosmarie Michel, Zürich, zur Präsidentin gewählt worden. Der Verband zählt rund 250'000 Mitglieder in 60 Ländern.

L'actualité au féminin  
février - août 1983

par Martine Chaponnière

### L'égalité entre hommes et femmes

- est politiquement réalisée aux Grisons où les citoyens ont accepté une modification de la Constitution cantonale ainsi que de la loi sur l'exercice des droits politiques. Les femmes peuvent désormais voter à tous les échelons, communal y compris. (27.2.)

- se heurte à une fin de non recevoir dans le cas des six infirmières qui avaient porté plainte pour discrimination salariale en été 1982. Le tribunal administratif de Zurich a en effet déclaré irrecevable la demande des infirmières, qui ont, depuis, interjeté un recours contre cette décision. (avril)

- a progressé... pour les hommes, puisque le Tribunal fédéral (TF) a tranché en faveur d'un recourant. La Caisse de prévoyance de l'administration fédérale, des PTT et des CFF favorisait en effet les femmes en leur donnant la possibilité de prendre leur retraite à 55 ans (65 ans pour les hommes) si elles avaient cotisé 35 ans. Le Conseil fédéral a été invité par le TF à modifier le règlement de la Caisse: ou le privilège est aboli, ou il est étendu aux hommes. (25.3.)

- reste un leurre dans le mariage, puisque la femme est encore légalement tenue de suivre son mari, comme l'a confirmé le TF. Statuant sur le cas d'une conseillère communale de Granges (Soleure), dont le mari habite Bienne, le TF n'a fait qu'appliquer notre Code Civil actuel, selon lequel c'est encore le mari qui choisit la demeure commune des époux, et le droit

pour le femme de se créer un domicile personnel ne peut découler d'un accord entre époux mais seulement d'une cause légale. (24.4.)

### Les cours ménagers obligatoires

- perdent du terrain à Neuchâtel, où le tribunal administratif en a dispensé deux élèves, dont les parents avaient fait recours. En outre, la loi, datant de 1942, sur l'enseignement ménager, a été abrogée par le Grand Conseil. (3.3.)

- ont subi l'assaut du gouvernement jurassien, qui a proposé au Parlement d'abroger l'arrêté du 6 décembre 1978 conférant un caractère obligatoire à l'enseignement complémentaire ménager. (3.6.)

- gagnent du terrain à Soleure, où un enseignement ménager obligatoire pour garçons et filles a été décidé, à titre d'essai, par le Département de l'Instruction Publique.

- piétinent à Berne, où le recours fait au Tribunal fédéral par les sections Berne et Bienne de l'OFRA (Organisation pour la cause des femmes) contre l'arrêté du Grand Conseil bernois - qui, tout en déclarant les cours ménagers facultatifs, permettait aux communes de les rendre obligatoires - a été déclaré irrecevable.

### Viol, pornographie et éducation sexuelle

A Genève, un retentissant procès de viol collectif a eu lieu, aboutissant à l'inculpation des onze accusés, à des degrés divers. Succès pour les féministes, qui avaient organisé la campagne entourant le procès sur la lâcheté du viol commis en bande. (8.3.)

Au Conseil National, la Genevoise Amélia Christinat a déposé une motion contresignée par 101 parlementaires invitant le Conseil fédéral à envisager une modification du Code pénal afin d'introduire la notion de circonstances aggravantes pour les viols commis par les individus agissant en bande. Dans sa réponse négative, le Conseil fédéral a invoqué, entre autres, la difficulté de procéder à des changements dans le Code pénal.

Par contre, le Département fédéral de Justice et Police va proposer un projet de loi où le viol entre époux sera punissable sur plainte et où l'on réprimera la représentation des actes de violence brutale.

A Berne, le Conseil de Ville a approuvé un postulat demandant à la Ville de prendre des mesures visant à protéger les femmes agressées ou violées, en finançant, entre autres, des cours d'auto-défense pour les femmes et les adolescentes. (3.2.)

A Saint-Gall, trois organisations féministes ont déposé une plainte relative à la publication de photos de serveuses seins nus lors du carnaval saint-gallois. Le juge d'instruction a décidé qu'il ne s'agissait pas là d'un outrage à la morale publique et ne donnera pas suite à la plainte. (9.5.)

A Bienne, la création d'un centre d'information sexuelle et de consultation (CISC) a été massivement rejetée par les citoyens qui ont voté (20.7%) sur la question. (5.6.)

### Les innovations

A Fribourg, une commission pour les questions féminines a été nommée par le Conseil d'Etat en décembre 1982, présidée par Mme Madeleine Duc.

Un Centre de Liaison des associations féminines est né dans le Jura, dont l'action "sur le terrain" complètera utilement l'action du Bureau de la Condition féminine. (22.2.) En outre, huit des dix députées et suppléantes au Parlement jurassien se sont réunies sous l'égide du Bureau de la Condition féminine afin de former un groupe de femmes parlementaires jurassiennes.

A Genève et à Neuchâtel, la question de la création d'un Bureau de la Condition féminine fait encore l'objet de négociations entre les parties concernées.

A Berne s'est créée en mars l'Association suisse Femmes Féminisme Recherche, ayant pour but de lutter contre le sexisme ouvert ou caché de l'institution scientifique, d'encourager la recherche menée dans une perspective féministe et de créer un réseau d'échanges entre les femmes qui s'intéressent à ces questions. Un groupe romand de l'association s'est constitué à Genève le 24 mai.

A Lausanne, est né un groupe d'initiative de l'OFRA (Organisation pour la cause des femmes).

### Actualité nationale

AVS: La dixième révision de l'AVS, telle que la voit la commission fédérale de l'AVS, mise sur la retraite flexible (dès 61 ans pour les femmes et 63 ans pour les hommes) et sur une égalité schématique des droits, devant laquelle les femmes se sont montrées extrêmement déçues par rapport aux promesses qui leur avaient été faites.

Avortement: Le Conseil fédéral a publié son Message sur l'initiative "Pour le droit à la vie". Il en recommande le rejet, et propose un contre-projet sur l'interprétation duquel les organisations féminines et féministes sont divisées. Le contre-projet laisse-t-il ou non la porte ouverte à la solution des délais? Un manifeste pour la solution des délais signé par un large éventail de personnalités politiques a été envoyé au Conseil fédéral. (8.4.)

Protection de la maternité: Dans sa session de mars, le Conseil national a débattu de l'initiative "Pour une protection efficace de la maternité", qu'il a décidé de présenter au peuple sans contre-projet. Ce sont surtout le coût que représenterait l'application de l'initiative et la question du congé parental qui ont déterminé la majorité des parlementaires de la chambre basse (90 contre 37) à rejeter le projet. La commission du Conseil des Etats qui a

traité la question en août a également décidé qu'il fallait recommander le rejet de l'initiative.

Droit matrimonial: Dans sa session de juin, le Conseil National a pris d'importantes décisions quant à la révision du droit matrimonial. Par 124 voix contre 36, il a ainsi décidé que le nom de famille restait celui du mari, mais que la femme pouvait demander à conserver le sien. En outre, si les fiancés ont un intérêt légitime à faire valoir, le nom de famille pourra être celui de la femme. Quant au droit de cité, la femme acquiert celui du mari mais, contrairement à l'ancien droit, ne perd pas le sien. A noter que dès l'entrée en vigueur de la nouvelle loi, la femme aura un délai d'un an pour déclarer à l'officier d'état-civil qu'elle veut retrouver son nom de jeune fille et/ou son droit de cité. L'article selon lequel "les époux choisissent ensemble la demeure commune" a été accepté par 73 voix contre 27. Enfin, contrairement à la décision prise par le Conseil des Etats, qui avait biffé la proposition que le bail dût se résilier à deux, le Conseil national a réintroduit cette disposition, estimant qu'un époux ne devrait pas pouvoir résilier le bail sans le consentement de son conjoint.

Régime matrimonial: Dans le nouveau régime matrimonial de la participation aux acquêts, chaque époux a droit à la moitié du bénéfice de l'union conjugale. Le nouveau régime légal a été adopté par 139 voix contre 7.

L'ensemble du projet de révision du droit matrimonial doit maintenant repartir au Conseil des Etats pour l'élimination des divergences.

#### Divers

A l'appel de l'OFRA, le 8 mars - Journée Internationale des Femmes - a été célébré à Bienne sous le signe "Egalité face au travail". A Genève, le Conseil d'Etat a invité les enseignants du canton à traiter ce jour-là, avec leurs élèves, de "La longue marche des femmes et des hommes vers l'égalité".

Un colloque sur le thème "La ménagère, une travailleuse, autrefois, aujourd'hui" organisé par le Collège du Travail de Genève,

a réuni en mars une centaine de participantes pour réfléchir sur le travail domestique et son évaluation.

Signalons à ce propos que le Tribunal fédéral a estimé, en janvier, que le travail ménager valait 15 francs de l'heure, en statuant sur une indemnité réclamée par un retraité dont la femme était décédée à la suite d'un accident.

A Genève encore s'est déroulée la première conférence internationale consacrée au thème "Femmes et nouvelles technologies", organisée à la fin juin par ISIS (Service féminin d'information et de communication), qui a réuni une cinquantaine de femmes venues de 18 pays.

De la mi-juin à la fin août a eu lieu au Landeron la première triennale consacrée à "La femme et l'art", où seules les artistes féminines présentaient leurs oeuvres.

Dans le profil démographique qu'il a donné de la Suisse en 1982, l'Office fédéral de Statistiques a constaté une augmentation de 9% des mères-célibataires par rapport à l'année 1981. Pour 1982 toujours, les enfants nés de mères célibataires ont constitué 5,5% des naissances.

Signalons, enfin, une innovation intéressante à Dietikon (Zurich) où, dans le bottin de téléphone 1983-1984, les femmes mariées pourront faire inscrire leur prénom et nom de jeune fille à la suite du nom de leur mari.

Uebersicht über frauenrelevante Vorstösse  
in den kantonalen Parlamenten

BASELSTADT

In einer mündlichen Anfrage schlägt Frau Fankhauser dem Regierungsrat vor, für weibliche erwachsene Personen unabhängig von Zivilstand die Anrede "Frau" zu verwenden, ausgenommen eine Betroffene wünsche es ausdrücklich anders. Der Regierungsrat will jedoch weiterhin an der Anrede "Fräulein" für unverheiratete Frauen festhalten, doch können Betroffene verlangen, mit "Frau" angesprochen bzw. -geschrieben zu werden.

BASELSTADT

Der Anzug Schneider verlangt vom Regierungsrat zu prüfen, ob die Diskriminierung der Frauen bei den Krankenkassenprämien dadurch bekämpft werden könne, dass nur noch diejenigen privaten Krankenkassen Staatsbeiträge erhalten, die gleiche Prämien für weibliche und männliche Mitglieder verlangen.

Ein Anzug zur Aenderung des Grossratsbeschlusses betreffend die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die öffentliche Verwaltung verlangt, dass der Beschluss ergänzt wird durch einen Artikel 3, wonach bei der Vergebung Betriebe zu berücksichtigen seien, welche die in Art. 4bis der Bundesverfassung postulierten Grundsätze einhalten.

GENEVE

Un projet de loi a été lancé modifiant la loi générale sur les contributions publiques en faveur des personnes seules avec enfants à charge. La nouvelle loi les considérerait comme mariées jusqu'à ce que les enfants aient atteint l'âge de 25 ans

et elle leur accorderait la déduction pour enfants dès le premier enfant.

La commission du Grand Conseil chargée d'examiner la motion concernant la création d'un service de police spécialisé pour l'accueil des femmes victimes de violence est consciente que l'accueil par la police pourrait être amélioré dans une large mesure et qu'il serait souhaitable qu'elle dispose de collaborateurs et collaboratrices qualifiés et spécialement formés pour ces tâches.

Une motion de Mme Berenstein a été acceptée, qui invite le Conseil d'Etat à étudier la possibilité de faire publier régulièrement une évaluation statistique du nombre d'heures de travail ménager accomplies par tous les membres du ménage, femmes et hommes.

Dans son projet (modification) de loi sur le revenu de l'activité lucrative des deux époux, le Conseil d'Etat propose un texte qui met les deux conjoints sur le même pied. De plus, il propose d'augmenter la montant maximum de la déduction pour les couples dont le gain globale ne dépasse pas certaines limites.

Dans sa réponse à la question de M. Wicky concernant le travail à mi-temps dans la fonction publique, le Conseil d'Etat constate que de nombreux postes existent qui ne peuvent être remplis utilement à temps partiel. Mais la politique du Conseil d'Etat reste ouverte, toute une série de postes permettant le partage. Il estime que la situation actuelle est satisfaisante et qu'il n'y a pas lieu de la modifier.

La commission des pétitions propose au Grand Conseil de renvoyer au Conseil d'Etat la pétition d'ASPASIE, concernant les certificats de bonne vie et moeurs pour les prostituées. Elle estime, qu'une bonne conduite (au lieu d'une con-

duite "particulièrement méritoire") est suffisante pour obtenir le certificat et qu'il serait souhaitable de ramener le délai d'attente de 3 ans à 1 année.

#### SOLOTHURN

Um der Forderung nach Gleichstellung von Frauen und Männern Nachachtung zu verschaffen hat der Regierungsrat beschlossen, den Hauswirtschaftsunterricht an den Mittelschulen im nächsten Jahr versuchsweise für Knaben und Mädchen obligatorisch zu erklären.

**Zeichenerklärung:**

Erste Zahl = Ordnungsnummern  
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-  
nummern der Geschäfte

- N behandelt vom Nationalrat  
S behandelt vom Ständerat  
n Erstbehandlung beim Nationalrat  
s Erstbehandlung beim Ständerat  
D Dringlich  
SV Schriftliches Verfahren  
• neue Geschäfte  
x erledigt

# Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

## Sommersession 1983

(17. Tagung der 41. Legislaturperiode)

vom Montag, 6. bis Freitag, 24. Juni. 1983

*Sitzungen des Nationalrates:* 6., 7., 8., 9., 13., 14., 15., 16., 20., 21., 22. (II), 23. (II) und 24. Juni (15 Sitzungen)

*Sitzungen des Ständerates:* 6., 7., 8., 9., 13., 14., 15., 16., 20., 21., 22., 23. und 24. Juni (13 Sitzungen)

### Standesinitiativen

#### 21/81.202 n Initiative Genf. Schutz der Mutterschaft, vom 1. Juli 1981

Der Kanton Genf beantragt, die gesetzlichen Bestimmungen für einen wirksamen Mutterschaftsschutz zu verbessern.

N Egli, Allenspach, Augsburger, Basler, Borel, Bratschi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuenburg, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösli, Jelmini, Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal, Müller-Bern, Ogi, Pini, Reimann, Ribl, Segmüller, Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

#### 21/81.202 n Initiative du canton de Genève. Protection efficace de la maternité, du 1<sup>er</sup> juillet 1981

Le canton de Genève propose d'améliorer les dispositions légales visant à protéger efficacement la maternité.

N Egli, Allenspach, Augsburger, Basler, Borel, Bratschi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuchâtel, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösli, Jelmini, Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal, Müller-Berne, Ogi, Pini, Reimann, Ribl, Segmüller, Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

### Parlamentarische Initiativen

#### 31/77.231 n Familienpolitik (Nanchen), vom 13. Dezember 1977

Gemäss Artikel 21<sup>sexies</sup> des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglements des Nationalrats reiche ich folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

In Anwendung von Artikel 34<sup>quintes</sup> und gestützt auf Artikel 34<sup>ter</sup> Absatz 1 Buchstaben a und g, Artikel 34<sup>novies</sup> Absatz 3 und Artikel 64 der Bundesverfassung erlässt der Bund gesetzliche Bestimmungen zur Schaffung eines wirklichen Familienschutzes.

Diese Bestimmungen sollen insbesondere die folgenden Massnahmen vorsehen:

1. Die Einrichtung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung, die nach dem Modell der AHV finanziert wird.
  - 1.1 Diese Versicherung deckt die durch Schwangerschaft und Niederkunft entstandenen Kosten für die Pflege durch den Arzt und medizinische Hilfspersonen sowie für Arzneimittel und Spitalaufenthalt.
  - 1.2 Sie gewährt während eines 16wöchigen Mutterschaftsurlaubs, von dem 10 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft entfallen, ein Taggeld. Dieses beträgt für Arbeitnehmerinnen mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns und für nicht-erwerbstätige Frauen gleich viel wie der Erwerbserersatz für Nichterwerbstätige im Militärdienst.
  - 1.3 Ein solches Taggeld erhält auch die erwerbstätige Mutter oder der erwerbstätige Vater, wenn sie oder er zur Pflege eines kranken Kindes zu Hause bleiben muss.
  - 1.4 Ist der Mutterschaftsurlaub abgelaufen oder wird ein Kleinkind zur späteren Adoption in Pflege genommen, so kann, wenn beide Eltern erwerbstätig sind, der Mutter oder dem Vater ein Elternurlaub gewährt werden. Dieser Urlaub dauert höchstens neun Monate und gibt Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich 80 Prozent des entgangenen Lohns ausmacht.
2. Den Schutz der schwangeren Frau vor Kündigung des Arbeitsvertrags. Der Kündigungsschutz wird auch Frauen und Männern in den Fällen der Ziffern 1.2, 1.3 und 1.4 gewährt, und die aufgrund des Arbeitsvertrags erworbenen Rechte bleiben in diesen Fällen gewahrt.
3. Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und der Umschulung der Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre unterbrochen haben.
4. Die Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung für die Erwerbstätigen, die insbesondere einen interkantonalen Ausgleich vorsieht.

N *Eggl*, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Barras, Dupont, Dürr, Fischer-Häggingen, Füeg, Gautier, Jung, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Ogi, Schnyder-Bern, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwyzgart (23)

1978 18. April: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus bis zum Erscheinen der Botschaft über die Volksinitiative.

1983 16. März: Der Nationalrat beschliesst, die Punkte 1 und 2 abzuschreiben, den Punkten 3 und 4 jedoch Folge zu geben (siehe auch Geschäft Nr. 72/82.074).

31/77.231 n *Politique familiale* (Nanchen),  
du 13 décembre 1977

Conformément à l'article 21 <sup>sexies</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative parlementaire suivante sous la forme d'une proposition conçue en termes généraux.

En application de l'article 34 <sup>quinquies</sup> et sur la base des articles 34<sup>ter</sup>, 1<sup>er</sup> alinéa, lettres a et g, 34<sup>novies</sup>, 3<sup>e</sup> alinéa, et 64 de la constitution fédérale, des dispositions légales seront édictées en vue de la mise en œuvre d'une protection réelle de la famille.

Ces dispositions comprendront notamment les mesures suivantes:

1. La création d'une assurance-maternité obligatoire, qui sera financée selon le modèle de l'AVS.
  - 1.1 Cette assurance couvrira les frais médicaux, paramédicaux, pharmaceutiques et hospitaliers occasionnés par la grossesse et l'accouchement.
  - 1.2 Durant un congé de maternité de 16 semaines dont 10 après l'accouchement, elle garantira le versement d'une indemnité journalière qui correspondra, pour les travailleuses, au moins à 80% du salaire perdu, et, pour les femmes n'exerçant pas d'activité lucrative, qui sera égale au montant de l'allocation pour perte de gain revenant aux personnes non actives qui effectuent un service militaire.
  - 1.3 Une même indemnité sera également versée à l'un des parents salariés lorsque la présence de la mère ou du père est requise auprès d'un enfant malade.
  - 1.4 A l'échéance du congé de maternité ou lors de la prise en charge d'un enfant en bas âge en vue d'adoption, un congé parental pourra être accordé à la mère ou au père lorsque chacun d'eux est salarié. Ce congé pourra s'étendre au plus sur une durée de 9 mois et donnera droit à une indemnité correspondant en principe à 80% du salaire perdu.
2. La protection des femmes enceintes contre la résiliation du contrat de travail, la même protection étant accordée aux femmes et aux hommes dans les cas mentionnés sous chiffre 1.2, 1.3 et 1.4, ainsi que le maintien dans les mêmes cas des droits acquis découlant du contrat de travail.
3. L'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales.
4. L'institution d'un régime fédéral d'allocations familiales aux salariés prévoyant notamment une compensation intercantonale.

N *Eggl*, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Barras, Dupont, Dürr, Fischer-Häggingen, Füeg, Gautier, Jung, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Ogi, Schnyder-Berne, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwyzgart (23)

1978 18 avril: La commission suspend ses travaux jusqu'au dépôt du message sur l'initiative populaire.

1983 16 mars: Le Conseil national décide de classer les points 1 et 2, mais de donner suite aux points 3 et 4 (voir objet n° 72/82.074).

36/79.230 n *Bürgerrecht der Kinder mit Schweizer Mutter und ausländischem Vater* (Christinat), vom 1. Oktober 1979

Gestützt auf Artikel 21<sup>bis</sup> des Geschäftsverkehrsgesetzes beantrage ich, die Artikel 5 und 57 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts vom 29. September 1952 wie folgt zu ändern:

*Art. 5 Abs. 1a*

a. wenn die Mutter Schweizer Bürgerin ist.

*Art. 57 Abs. 6*

<sup>6</sup> Hat das Kind eines ausländischen Vaters und einer schweizerischen Mutter im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1976 über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches das 23. Altersjahr noch nicht zurückgelegt, so kann es vom 1. Januar 1980 an innert eines Jahres bei der zuständigen Behörde des Heimatkantons der Mutter die Anerkennung als Schweizer Bürger beantragen. Artikel 34 ist sinngemäss anzuwenden.

N *Zbinden*, Akeret, Aubry, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Leuenberger, Lüchinger, Morf, Müller-Aargau, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18. September: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus, bis zur Volksabstimmung über die Verfassungsrevision.

36/79.230 n *Nationalité des enfants de mère suisse et de père étranger* (Christinat), du 1<sup>er</sup> octobre 1979

En vertu de l'article 21<sup>bis</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils, je propose que les articles 5 et 57 de la loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse, du 29 septembre 1952, soient modifiés comme suit:

*Art. 5, 1<sup>er</sup> al., let. a*

a. lorsque la mère est citoyenne suisse

*Art. 57, 6<sup>e</sup> al.*

<sup>2</sup> Si l'enfant d'un père étranger et d'une mère suisse n'a pas encore atteint l'âge de 23 ans révolus lors de l'entrée en vigueur de la loi fédérale du 25 juin 1976, modifiant le Code civil suisse, il peut, à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1980 et dans le délai d'une année, demander à l'autorité compétente du canton d'origine de sa mère, de reconnaître sa citoyenneté suisse.

L'article 34 est applicable par analogie.

N *Zbinden*, Akeret, Aubry, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Leuenberger, Lüchinger, Morf, Müller-Argovie, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18 septembre: La commission suspend ses délibérations jusqu'à la votation populaire sur la révision de la constitution.

41/81.222 n *Schwangerschaftsabbruch* (Nationalrat), vom 10. März 1981 (siehe Geschäft Nr. 78.222).

Bericht und Anträge der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979 (BBI II, 1037) zu den parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen zum Schwangerschaftsabbruch.

Stellungnahme und Gesetzesentwurf des Bundesrates vom 29. September 1980 (BBI III, 1047).

N *Christinat*, Barras, Blocher, Blunschy, Deneys, Frey-Neuenburg, Füeg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Longet, Mauch, Meier Kaspar, Nef, Ribbi, Roth, Segmüller, Spreng, Wagner, Weber Monika, Ziegler-Solothurn (23)

S *Bührer, Andermatt, Bauer, Dobler, Donzé, Gadiant, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönenberger, Ulrich, Zumbühl* (15)

*A. Schweizerisches Strafgesetzbuch*  
*Änderung vom*

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf Artikel 64<sup>bis</sup> der Bundesverfassung, nach Prüfung verschiedener parlamentarischer Initiativen und Standesinitiativen, nach Einsicht in den Bericht der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979<sup>1)</sup> und die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. September 1980<sup>2)</sup>,

*beschliesst:*

I

Das Schweizerische Strafgesetzbuch<sup>3)</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 121<sup>bis</sup>* Abbruch der Schwangerschaft innert der ersten zwölf Wochen

<sup>1</sup> Die Kantone können durch ein Gesetz bestimmen, dass der Abbruch der Schwangerschaft nicht strafbar ist, wenn er innerhalb der ersten zwölf Wochen nach der letzten Periode ausgeführt wird.

<sup>2</sup> Ausserdem müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- Der Eingriff muss durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt ausgeführt werden;
- Die Schwangere muss dem Eingriff schriftlich zustimmen; ist sie nicht urteilsfähig, so ist die schriftliche Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters erforderlich;
- Die Schwangere hat sich mindestens eine Woche vor einem allfälligen Eingriff durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt oder durch eine kantonal anerkannte Beratungsstelle beraten zu lassen.

<sup>3</sup> Der nach den Absätzen 1 und 2 straflose Schwangerschaftsabbruch bleibt auf dem ganzen Gebiet der Schweiz straflos.

*Art. 121<sup>ter</sup>* Nichtbeachtung des Artikels 121<sup>bis</sup>

- Der Arzt, der aus einem der gesetzlich anerkannten Gründe die Schwangerschaft abbricht, ohne dass die Zustimmung der Schwangeren oder ihres gesetzlichen Vertreters schriftlich vorliegt, ohne diplomiert und in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassen zu sein, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des Artikels 121<sup>bis</sup> Absatz 2 Buchstabe c zu beachten, wird, wenn er vorsätzlich handelt, mit Haft oder Busse bestraft. Bei Rückfall kann er mit Gefängnis bestraft werden.
- Der Arzt, der grob fahrlässig annimmt, es liege ein gesetzlich anerkannter Grund vor, und die Schwangerschaft zu Unrecht abbricht, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.

*Art. 121<sup>quater</sup>* Meldung der Eingriffe

Der Bundesrat erlässt nach Anhören der Kantone Bestimmungen über die Meldung der Eingriffe an das Bundesamt für Statistik.

*Art. 121<sup>quinties</sup>* Weigerung aus Gewissensgründen

Niemand ist verpflichtet, bei der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches mitzuwirken, wenn er dies aus Gewissensgründen nicht verantworten kann. Die Weigerung ist ohne Verzug bekanntzugeben.

*Art. 211*

*Streichen*

II

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

<sup>1)</sup> BBl 1979 II 1037

<sup>2)</sup> BBl 1980 III 1047

<sup>3)</sup> SR 311.0

1981 23. September: Der Ständerat beschliesst, auf dieses Bundesgesetz nicht einzutreten.

*B. Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstellen*

Bundesblatt III; 242; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

*C. Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung*

Bundesblatt III, 240; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

1982 21. Juni: Die Kommission des Nationalrates beschliesst, ihre Beratungen vorläufig auszusetzen (s. Bericht der Kommission, Amtl. Bull. NR S. 1384).

41/81.222 *n* *Interruption de la grossesse* (Conseil national), du 10 mars 1981 (voir objet n° 78.222).

Rapport et propositions de la commission du Conseil national du 27 août 1979 (FF II, 1021) concernant les initiatives parlementaires et initiatives des cantons sur l'interruption de la grossesse.

Avis du Conseil fédéral et projet de loi du 29 septembre 1980 (FF III, 1050).

N *Christinat, Barras, Blocher, Blunschy, Deneys, Frey-Neuchâtel, Füg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Longet, Mauch, Meier Kaspar, Nef, Ribi, Roth, Segmüller, Spreng, Wagner, Weber Monika, Ziegler-Soleure* (23)

E *Bührer, Andermatt, Bauer, Dobler, Donzé, Gadiant, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönenberger, Ulrich, Zumbühl* (15)

*A. Code pénal suisse*

*Modification du*

*L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,*

vu l'article 64<sup>bis</sup> de la constitution;

après examen de diverses initiatives parlementaires et cantonales;

vu le rapport du 27 août 1979 d'une commission du Conseil national<sup>1)</sup>;

vu l'avis du Conseil fédéral du 29 septembre 1980<sup>2)</sup>,

*arrête:*

I

Le code pénal suisse<sup>3)</sup> est modifié comme il suit:

<sup>1)</sup> FF 1979 II 1021

<sup>2)</sup> FF 1980 III 1050

<sup>3)</sup> RS 311.0

*Art. 121<sup>bis</sup>* Interruption de la grossesse pendant les douze premières semaines

<sup>1</sup> Les cantons peuvent prévoir par une loi que l'interruption de la grossesse n'est pas punissable lorsqu'elle est pratiquée dans les douze semaines après le début des dernières règles.

<sup>2</sup> En outre, les conditions suivantes doivent être remplies:

- L'interruption doit être pratiquée par un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse;
- La personne enceinte doit consentir par écrit à l'intervention; si elle est incapable de discernement, le consentement écrit de son représentant légal est requis;
- La personne enceinte doit consulter, au moins une semaine avant l'éventuelle intervention, un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse ou un centre de consultation reconnu par un canton.

<sup>3</sup> Une interruption de grossesse qui n'est pas punissable selon les alinéas 1 et 2 ne peut faire l'objet de poursuite en Suisse.

*Art. 121<sup>ter</sup>* Inobservation de l'article 121<sup>bis</sup>

<sup>1</sup> Le médecin qui, dans l'un des cas prévus par la loi, aura interrompu une grossesse, sans que le consentement de la personne enceinte ou de son représentant légal n'ait été donné par écrit, sans être diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse,

sans respecter les conditions prévues à l'article 121<sup>bis</sup> alinéa 2 lettre c, sera puni, s'il a agi intentionnellement, des arrêts ou de l'amende. En cas de récidive, il pourra être puni de l'emprisonnement.

<sup>2</sup> Le médecin qui aura admis, par une négligence grave, qu'il existe un motif reconnu par la loi et aura indûment interrompu la grossesse sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

**Art. 121<sup>quater</sup> Communication des interventions**

Après consultation des cantons, le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la communication des interventions à l'Office fédéral de la statistique.

**Art. 121<sup>quinquies</sup> Refus pour des raisons de conscience**  
Nul n'a l'obligation de collaborer à l'exécution d'une interruption de grossesse lorsqu'il ne peut en prendre la responsabilité pour des raisons de conscience. Le refus doit être annoncé sans délai.

**Art. 211**

*Biffer*

II

<sup>1</sup> La présente loi est soumise au référendum facultatif.

<sup>2</sup> Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

**1981 23 septembre:** Le Conseil des Etats décide de ne pas entrer en matière sur cette loi.

**B. Loi fédérale sur les centres de consultation en matière de grossesse**

Feuille fédérale III, 218; délai d'opposition: 18 janvier 1982

**C. Loi fédérale sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents**

Feuille fédérale III, 216; délai d'opposition 18 janvier 1982

**1982 21 juin:** La commission du Conseil national décide de suspendre provisoirement ses délibérations (v. Rapport de la commission, BO, CN p 1384).

Eidg. Departement des Innern

**71/82.074 n Schutz der Mutterschaft. Volksinitiative**

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 17. November 1982 (BBl III: 845) über die Volksinitiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft».

N *Eggl*, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Barras, Dupont, Dürr, Fischer-Häggingen, Füg, Gautier, Jung, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Ogi, Schnyder-Bern, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwygart (23)

S *Hophan*, Andermatt, Arnold, Bauer, Bühler, Donzé, Genoud, Gerber, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Zumbühl (13)

**1983 16. März.** Beschluss des Nationalrates nach Entwurf des Bundesrates.

**71/82.074 n Protection de la maternité. Initiative populaire**

Message et projet d'arrêté du 17 novembre 1982 (FF III, 805) sur l'initiative populaire «pour une protection efficace de la maternité».

N *Eggl*, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Barras, Dupont, Dürr, Fischer-Häggingen, Füg, Gautier, Jung, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Ogi, Schnyder-Berne, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwygart (23)

E *Hophan*, Andermatt, Arnold, Bauer, Bühler, Donzé, Genoud, Gerber, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Zumbühl (13)

**1983 16 mars.** Décision du Conseil national conforme au projet du Conseil fédéral.

**78/83.028 s AHV/IV für Ehefrauen von Schweizern im Ausland**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 14. März 1983 (BBl II, 157) betreffend den nachträglichen Beitritt zur freiwilligen AHV/IV für Ehefrauen von obligatorisch versicherten Schweizern im Ausland.

N *Kommission für soziale Sicherheit*

S *Lieberherr*, Bauer, Bürgi, Gassmann, Hänsenberger, Kündig, Meier Josi, Muheim, Munz, Steiner, Ulrich (11)

**1983 23. Juni.** Beschluss des Ständerates nach Entwurf des Bundesrates.

**78/83.028 é AVS/AI des épouses de ressortissants suisses à l'étranger**

Message et projet de loi du 14 mars 1983 (FF II, 177) concernant l'adhésion tardive à l'assurance facultative AVS et AI des épouses de ressortissants suisses à l'étranger obligatoirement assurés.

N *Commission de la sécurité sociale*

E *Lieberherr*, Bauer, Bürgi, Gassmann, Hänsenberger, Kündig, Meier Josi, Muheim, Munz, Steiner, Ulrich (11)

**1983 23 juin.** Décision du Conseil des Etats conforme au projet du Conseil fédéral.

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement

**82/79.043 s ZGB. Ehwirkungen und Güterrecht**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 11. Juli 1979 (BBl II, 1191) über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht).

N Gerwig, Alder, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Christinat, Deneys, Dürr, Eggli, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Hägglings, Füeg, Gehler, Girard, Humbel, Kopp, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Segmüller, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (*erweiterte Kommission*) (30)

S Cavetty, Arnold, Bauer, Baumberger, Dobler, Genoud, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner (13)

1981 19. März. Beschluss des Ständerates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

1983 13. Juni. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

**82/79.043 é Code civil. Effets du mariage et régime matrimonial**

Message et projet de loi du 11 juillet 1979 (FF II, 1179) concernant la revision du code civil suisse (Effets généraux du mariage, régimes matrimoniaux et successions).

N Gerwig, Alder, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Christinat, Deneys, Dürr, Eggli, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Hägglings, Füeg, Gehler, Girard, Humbel, Kopp, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Segmüller, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (*commission élargie*) (30)

E Cavetty, Arnold, Bauer, Baumberger, Dobler, Genoud, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner (13)

1981 19 mars. Décision du Conseil des Etats modifiant le projet du Conseil fédéral.

1983 13 juin. Décision du Conseil national avec des divergences.

× **86/82.019 s BV (Schweizerbürgerrecht)**

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 7. April 1982 (BBl II, 125) über die Revision der Bürgerrechtsregelung in der Bundesverfassung.

N Zbinden, Akeret, Ammann-St. Gallen, Aubry, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Lüchinger, Morf, Müller-Aargau, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

S Dreyer, Bauer, Generali, Hänsenberger, Lieberherr, Meier Hans, Munz, Steiner, Ulrich, Weber, Zumbühl (11)

**A. Bundesbeschluss über Änderungen der Bürgerrechtsregelung in der Bundesverfassung**

1982 15. Juni. Beschluss des Ständerates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

1983 2. Februar. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

1983 16. März. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.

1983 24. Juni. Beschluss des Ständerates: Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1983 24. Juni. Beschluss des Nationalrates: Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt II, 703

**B. Bundesbeschluss über die Erleichterung gewisser Einbürgerungen**

1982 15. Juni. Beschluss des Ständerates nach Antrag der Kommission.

1983 2. Februar. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

1983 16. März. Beschluss des Ständerates: Festhalten.

1983 13. Juni. Beschluss des Nationalrates: Festhalten.

1983 21. Juni. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.

1983 24. Juni. Beschluss des Ständerates: Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1983 24. Juni. Beschluss des Nationalrates: Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt II, 705

× **86/82.019 é Constitution fédérale (nationalité suisse)**

Message et projet d'arrêté du 7 avril 1982 (FF II, 137) sur la révision du droit de la nationalité dans la constitution fédérale.

N Zbinden, Akeret, Ammann-Saint-Gall, Aubry, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Lüchinger, Morf, Müller-Argovie, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

E Dreyer, Bauer, Generali, Hänsenberger, Lieberherr, Meier Hans, Munz, Steiner, Ulrich, Weber, Zumbühl (11)

**A. Arrêté fédéral sur la révision du droit de la nationalité dans la constitution fédérale**

1982 15 juin. Décision du Conseil des Etats modifiant le projet du Conseil fédéral.

1983 2 février. Décision du Conseil national avec des divergences.

1983 16 mars. Décision du Conseil des Etats: Adhésion.

1983 24 juin. Décision du Conseil des Etats: L'arrêté est adopté en votation finale.

1983 24 juin. Décision du Conseil national: L'arrêté est adopté en votation finale.

Feuille fédérale II, 719

**B. Arrêté fédéral pour faciliter certaines naturalisations**

1982 15 juin. Décision du Conseil des Etats conforme au projet de la commission.

1983 2 février. Décision du Conseil national avec des divergences.

1983 16 mars. Décision du Conseil des Etats: Maintenir.

1983 13 juin. Décision du Conseil national: Maintenir.

1983 21 juin. Décision du Conseil des Etats: Adhésion.

1983 24 juin. Décision du Conseil des Etats: L'arrêté est adopté en votation finale.

1983 24 juin. Décision du Conseil national: L'arrêté est adopté en votation finale.

Feuille fédérale II, 721

× **90/82.077 n Entführung von Kindern. Übereinkommen**

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 24. November 1982 (BBl 1983 I 101) betreffend die Ratifikation von zwei internationalen Übereinkommen, die dazu dienen, Fälle internationaler Entführung von Kindern durch einen Elternteil oder eine dem Kind nahestehende Person zu lösen.

N Petitions- und Gewährleistungskommission

S Kommission für auswärtige Angelegenheiten

1983 28. Februar. Beschluss des Nationalrates nach Entwurf des Bundesrates.

1983 21. Juni. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.

Erscheint nach Abschluss des Ratifikationsverfahrens in der Sammlung der eidg. Gesetze

× 90/82.077 n Enlèvements d'enfants. Conventions

Message et projet d'arrêté du 24 novembre 1982 (FF 1983 I, 101) concernant la ratification de deux conventions internationales destinées à faciliter la solution des cas d'enlèvement international d'enfants par un de leurs parents ou de leurs proches.

N *Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales*

E *Commission des affaires étrangères*

1983 28 février. Décision du Conseil national conforme au projet du Conseil fédéral.

1983 21 juin. Décision du Conseil des Etats: Adhésion.

Paraîtra au Recueil des lois après la clôture de la procédure de ratification

93/83.019 s Recht auf Leben. Volksinitiative

Botschaft und Beschlusentwurf vom 28. Februar 1983 (BBl II, 1) zur Volksinitiative «Recht auf Leben».

N *Segmüller*, Bäumlin, Blocher, Blunsky, Braunschweig, Cantieni, Christinat, Dafflon, Darbellay, Deneys, Duboule, Eppenberger-Nesslau, Euler, Früh, Gautier, Gerwig, Girard, Kunz, Lüchinger, Morf, Müller-Scharnachtal, Nef, Oester, Petitpierre, Pitteloud, Roth, Schnider-Luzern, Tochon, Weber Monika, (29)

S *Meylan*, Affolter, Aubert, Baumberger, Bühler, Genoud, Guntern, Hefti, Matossi, Piller, Schmid, Schönenberger, Zumbühl (13)

93/83.019 é Initiative populaire «pour le droit à la vie»

Message et projet d'arrêté du 28 février 1983 (FF II, 1) relatifs à l'initiative populaire «pour le droit à la vie».

N *Segmüller*, Bäumlin, Blocher, Blunsky, Braunschweig, Cantieni, Christinat, Dafflon, Darbellay, Deneys, Duboule, Eppenberger-Nesslau, Euler, Früh, Gautier, Gerwig, Girard, Kunz, Lüchinger, Morf, Müller-Scharnachtal, Nef, Oester, Petitpierre, Pitteloud, Roth, Schnider-Lucerne, Tochon, Weber Monika (29)

E *Meylan*, Affolter, Aubert, Baumberger, Bühler, Genoud, Guntern, Hefti, Matossi, Piller, Schmid, Schönenberger, Zumbühl (13)

Persönliche Vorstösse

Nationalrat

150/82.927 M Ständerat (Guntern) – Video-Filme. Vertrieb (9. März 1983)

Der Bundesrat wird beauftragt,

1. einen Entwurf vorzulegen, der den Verkauf, die Vermietung oder den Umtausch grausamer und perverser (Video-)Filme einschränkt oder verbietet;
2. Massnahmen zu treffen, die es ermöglichen, einen wirksamen Jugendschutz in diesem Bereiche durchzusetzen.

N *Petitions- und Gewährleistungskommission*

150/82.927 M Conseil des Etats (Guntern) – Films vidéo. Circulation (9 mars 1983)

Le Conseil fédéral est chargé:

1. de présenter un projet limitant ou interdisant la vente, la location ou l'échange de films vidéo cruels et pervers;
2. de prendre des mesures permettant une protection efficace de la jeunesse dans ce domaine.

N *Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales*

287/83.490 P Darbellay – Familienpolitik. Kaufkraftausgleich (22. Juni 1983)

Zur Förderung einer Steuer- und Sozialpolitik, die den Bedürfnissen der Familie angemessen Rechnung trägt, wird der Bundesrat eingeladen, eine Untersuchung über die Frage zu veranlassen, über wieviel Einkommen eine alleinstehende Person, ein Paar und eine Familie mit einem oder mehreren Kindern verfügen müssen, um die gleiche Kaufkraft zu haben.

*Mitunterzeichner:* Bacciarini, Blunsky, Bürer-Walenstadt, Butty, Cantieni, Cavadini, de Chastonay, Columberg, Cotti, Couchepin, Deneys, Dirren, Dupont, Gloor, Huggenberger, Iten, Jeanneret, Jelmini, Jung, Koller Arnold, Kühne, Landolt, Meier Werner, Meizoz, Morf, Müller-Luzern, Nef, Nussbaumer, Pedrazzini, Petitpierre, Risi-Schwyz, Robbiani, Röthlin, Ruffy, Schärli, Scherer, Schnider-Luzern, Schnyder-Bern, Segmüller, Spiess, Spreng, Thévoz, Tochon, Vannay, Weber-Arbon, Wellauer, Ziegler-Solothurn (47)

287/83.490 P Darbellay – Politique familiale. Equivalence du pouvoir d'achat (22 juin 1983)

Afin de promouvoir une politique fiscale et sociale tenant compte d'une manière appropriée des besoins de la famille, le Conseil fédéral est invité à faire étudier le rapport entre les revenus nécessaires à une personne seule, à un couple, à une famille avec un ou plusieurs enfants pour disposer d'un pouvoir d'achat équivalent.

*Cosignataires:* Bacciarini, Blunsky, Bürer-Walenstadt, Butty, Cantieni, Cavadini, de Chastonay, Columberg, Cotti, Couchepin, Deneys, Dirren, Dupont, Gloor, Huggenberger, Iten, Jeanneret, Jelmini, Jung, Koller Arnold, Kühne, Landolt, Meier Werner, Meizoz, Morf, Müller-Lucerne, Nef, Nussbaumer, Pedrazzini, Petitpierre, Risi-Schwyz, Robbiani, Röthlin, Ruffy, Schärli, Scherer, Schnider-Lucerne, Schnyder-Bern, Segmüller, Spiess, Spreng, Thévoz, Tochon, Vannay, Weber-Arbon, Wellauer, Ziegler-Soleure (47)

**328/81.542 M (Grobet)-Deneys – Krankenversicherung. Prämienungleichheit für Männer und Frauen (30. November 1981)**

Aufgrund der Volksabstimmung über die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird der Bundesrat ersucht, mit entsprechenden Massnahmen dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer gleich hohe Krankenkassenprämien bezahlen.

*Mitunterzeichner:* Affolter, Ammann-St. Gallen, Bäumlin, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thun, Eggli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Ott, Robbiani, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genf (25)

**1982 22. September:** Die Motion wird durch Frau Deneys übernommen.

**328/81.542 M (Grobet)-Deneys – Assurance-maladie. Egalité entre les hommes et les femmes (30 novembre 1981)**

Pour faire suite au vote populaire sur l'égalité des droits entre les hommes et les femmes, le Conseil fédéral est invité à prendre les mesures nécessaires pour assurer une égalité du montant des cotisations aux caisses-maladie entre les hommes et les femmes.

*Cosignataires:* Affolter, Ammann-Saint-Gall, Bäumlin, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thoune, Eggli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Berne, Nauer, Neukomm, Ott, Robbiani, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genève (25)

**1982 22 septembre:** La motion est reprise par M<sup>me</sup> Deneys.

**× 375/83.385 M Jaggi – Ortszuschlag für Bundesbeamte. Unterscheidung nach Zivilstand (16. März 1983)**

Der Bundesrat wird gebeten, das System der Ortszuschläge zu überarbeiten, damit die Abstufung nach dem Zivilstand wenn möglich stufenweise, spätestens jedoch Ende der Legislaturperiode 1983–1987, aufgehoben werden kann.

*Mitunterzeichner:* Ammann-St. Gallen, Aubry, (Baechtold), Bäumlin, Braunschweig, Carobbio, Christinat, Crevoisier, Deneys, Dupont, Eggli, Euler, Füeg, Gerwig, Girard, Gloor, Hubacher, Kopp, Leuenberger, Loetscher, Longet, Magnin, Martin, Mascarin, Mauch, Morel, Morf, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Ott, Petitpierre, Pini, Reimann, Renschler, Riesen-Freiburg, Robbiani, Roy, Ruffy, Spreng, Uchtenhagen, Vannay, Weber Monika, Weber-Arbon, Zehnder (46)

**1983 24. Juni. Beschluss des Nationalrates:** Die Motion wird in nachstehender Form eines Postulates angenommen:

Der Bundesrat wird gebeten zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, das System der ...

**× 375/83.385 M Jaggi – Indemnités de résidence versées au personnel fédéral. Différenciation selon l'état-civil (16 mars 1983)**

Le Conseil fédéral est invité à réexaminer le système des indemnités de résidence, en vue d'éliminer, si possible progressivement et au plus tard à la fin de la législature 1983–1987, la différenciation faite selon l'état-civil des ayant-droit.

*Cosignataires:* Ammann-Saint-Gall, Aubry, (Baechtold), Bäumlin, Braunschweig, Carobbio, Christinat, Crevoisier, Deneys, Dupont, Eggli, Euler, Füeg, Gerwig, Girard, Gloor, Hubacher, Kopp, Leuenberger, Loetscher, Longet, Magnin, Martin, Mascarin, Mauch, Morel, Morf, Muheim, Müller-Berne, Nauer, Neukomm, Ott, Petitpierre, Pini, Reimann, Renschler, Riesen-Freiburg, Robbiani, Roy, Ruffy, Spreng, Uchtenhagen, Vannay, Weber Monika, Weber-Arbon, Zehnder (46)

**1983 24 juin. Décision du Conseil national:** La motion est adoptée sous la forme d'un postulat inchangé.

**× 421/83.346 P Mascarin – Zivilgesetzbuch. Revision von Artikel 297 (7. März 1983)**

Der Bundesrat wird eingeladen, Artikel 297 Absatz 3 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zu überprüfen, um eine Verbesserung im Sinne der Möglichkeit einer gemeinsamen Ausübung der elterlichen Gewalt durch beide Elternteile auch nach der Scheidung vorzuschlagen.

**1983 24. Juni. Beschluss des Nationalrates:** Das Postulat wird angenommen.

**× 421/83.346 P Mascarin – Code civil. Révision de l'article 297 (7 mars 1983)**

Le Conseil fédéral est invité à réexaminer l'article 297, 3<sup>e</sup> alinéa du Code civil suisse à l'effet de prévoir une amélioration qui laisserait aux parents la possibilité d'exercer en commun l'autorité parentale après leur divorce également.

**1983 24 juin. Décision du Conseil national:** Le postulat est adopté.

**509/83.408 M Segmüller – Familienpflichten. Absenz vom Arbeitsplatz (17. März 1983)**

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen einer Vorlage über die Revision des Arbeitsvertragsrechts Artikel 324a OR dahin zu präzisieren, dass unter dem Titel «Erfüllung gesetzlicher Pflichten» auch die Pflege eines erkrankten oder verunfallten Familienmitgliedes während beschränkter Zeit zur Absenz vom Arbeitsplatz ohne Lohnbusse berechtigt.

*Mitunterzeichner:* Bäumlin, Biderbost, Blunschy, Butty, Cantieni, de Chastonay, Christinat, Columberg, Darbellay, Dürr, Eggli, Feigenwinter, Frei-Romanshorn, Früh, Gautier, Huggenberger, Iten, Jaggi, Kaufmann, Koller Arnold, Kühne, Landolt, (Lang), Morf, Muheim, Müller-Luzern, Müller-Aargau, Nussbaumer, Oehler, Reiniger, Rüttimann, Schärli, Scherer, Schmid, Spiess, Spreng, Tochon, Uchtenhagen, Vetsch, Weber Leo, Weber-Arbon, Zehnder, Ziegler-Solothurn (43)

**509/83.408 M Segmüller – Obligations familiales. Absence du travailleur (17 mars 1983)**

Le Conseil fédéral est chargé, dans le cadre d'une revision du droit sur le contrat du travail, de préciser, à l'article 324a du code des obligations, que l'octroi de soins à un membre de la famille malade ou victime d'un accident, doit être considéré comme l'accomplissement d'une obligation légale qui donne droit, temporairement, au travailleur de s'absenter sans que son salaire ne soit réduit.

*Cosignataires:* Bäumlin, Biderbost, Blunschy, Butty, Cantieni, de Chastonay, Christinat, Columberg, Darbellay, Dürr, Eggli, Feigenwinter, Frei-Romanshorn, Früh, Gautier, Huggenberger, Iten, Jaggi, Kaufmann, Koller Arnold, Kühne, Landolt, (Lang), Morf, Muheim, Müller-Lucerne, Müller-Argovie, Nussbaumer, Oehler, Reiniger, Rüttimann, Schärli, Scherer, Schmid, Spiess, Spreng, Tochon, Uchtenhagen, Vetsch, Weber Leo, Weber-Arbon, Zehnder, Ziegler-Soleure (43)

**× 522/81.422 M Vannay – Stimm- und Wahlrecht der Schweizerinnen (17. Juni 1981)**

Der Bundesrat wird ersucht, den eidgenössischen Räten sobald als möglich eine Änderung des Artikels 74 der Bundesverfassung zu unterbreiten, damit künftig alle Schweizerinnen und Schweizer bei Abstimmungen und Wahlen die gleichen Rechte haben, und zwar sowohl auf eidgenössischer als auch auf kantonal- und kommunaler Ebene.

*Mitunterzeichner:* Affolter, Ammann-St. Gallen, Bacciarini Bäumlin, Bircher, Borel, Bratschi, Braunschweig, Christinat Deneys, (Duvoisin), Eggenberg-Thun, Gerwig, Gloor, (Grobet), Hubacher, Leuenberger, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Morel, Morf, Neukomm, Ott, Reiniger, Riesen-Freiburg, Robbiani, Schmid, Uchtenhagen, Weber-Arbon (30)

**1983 24. Juni:** Die Motion wird abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig.

× 522/81.422 M Vannay – Droit de vote et d'éligibilité des Suissesses (17 juin 1981)

Le Conseil fédéral est prié de présenter aux Chambres fédérales, le plus rapidement possible, une modification de l'article 74 de notre constitution, afin que toutes les Suissesses et tous les Suisses puissent jouir des mêmes droits en matière de votations et d'élections tant sur le plan fédéral, que cantonal et communal.

*Cosignataires:* Affolter, Ammann-Saint-Gall, Bacciarini, Bäumlín, Bircher, Borel, Bratschi, Braunschweig, Christinat, Deneys, (Duvoisin), Eggenberg-Thoune, Gerwig, Gloor, (Grobet), Hubacher, Leuenberger, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Morel, Morf, Neukomm, Ott, Reiniger, Riesen-Fribourg, Robbiani, Schmid, Uchtenhagen, Weber-Arbon (30)

1983 24 juin: La motion, déposée depuis plus de deux ans, est classée.

527/82.598 M Zbinden – Videofilm. Gewaltdarstellungen (30. November 1982)

Der Bundesrat wird ersucht, den Räten eine Vorlage zur Revision des Strafgesetzbuches, des Zollgesetzes und eventuell weiterer Gesetze zu unterbreiten, die im Sinne des Jugendschutzes die Einfuhr, die Herstellung, den Handel und jegliche Verbreitung von Videokassetten mit verrohenden, jede Menschenwürde missachtenden Gewaltdarstellungen untersagt.

527/82.598 M Zbinden – Vidéofilms. Scènes de violence (30 novembre 1982)

Le Conseil fédéral est prié de présenter aux Chambres un projet de révision du Code pénal, de la loi sur les douanes et, le cas échéant, d'autres lois encore; ce projet, visant à protéger la jeunesse, interdira l'importation, la fabrication, le commerce et toute diffusion de vidéocassettes comportant des scènes de violence et de brutalité qui constituent un outrage à la dignité humaine.

## Ständerat

559/83.457 P Donzé – 10. AHV-Revision. Mindestrenten (13. Juni 1983)

Unsere Alters- und Hinterlassenenversicherung ist eine hervorragende Einrichtung der Solidarität, die ständig verbessert werden konnte. Eine weitere Verbesserung soll die 10. Revision bringen.

Verschiedene Studien über die Lage der Rentner in unserem Land und insbesondere die ausgezeichnete Arbeit von Professor Pierre Gilliland haben gezeigt, dass sich eine erhebliche Zahl unserer Betagten und oft gerade die ältesten Mitbürger und Mitbürgerinnen in einer äusserst prekären finanziellen Situation befinden.

Während eine Minderheit unter den Rentnern in guten, ja sogar sehr guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, müssen 25 Prozent der Rentner mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 10 000 Franken im Jahr auskommen, einige – wenn auch wenige – verfügen nicht einmal über 7500 Franken.

Eine solche materielle Armut ist schockierend, ja sie ist ein eigentlicher Skandal und muss um jeden Preis gelindert werden. Verursacht ist sie – insbesondere bei den alleinstehenden Frauen in sehr hohem Alter – dadurch, dass nur auf völlig ungenügenden Einkommen Beiträge geleistet werden konnten. Gerade diese Menschen waren ohnehin während ihres ganzen Lebens Einschränkungen, Entbehrungen und Leiden ausgesetzt. Wie kann man heute mit einer Rente von 7440 Franken leben?

Wohl ist zu sagen, dass die Bundesgesetzgebung die Personen in schwierigen finanziellen Verhältnissen nicht völlig vergessen und das System der Ergänzungsleistungen geschaffen hat. Es wurde im Laufe der Jahre ausgebaut und stockt heute die jährlichen Pro-Kopf-Einkommen bis zum Betrag von 10 000 Franken auf. Alle Kantone wirken an der Durchführung dieses Gesetzes mit und beteiligen sich mit 30–70 Prozent an der Finanzierung.

Einige Kantone, wie zum Beispiel Genf, haben ein soziales Mindesteinkommen eingeführt; jeder, der über keine anderen Einkünfte verfügt, erhält einen Mindestbetrag von 13 080 Franken und zusätzlich Leistungen für Miete, Versicherung, Transporte und Medizinalversorgung. Diese gesetzlichen Solidaritätsbeiträge werden durch das kantonale Budget finanziert.

Zwar kann man nicht verlangen, dass ab sofort in der AHV Mindestrenten geschaffen werden, die ungefähr dem sozialen Mindesteinkommen entsprechen, das mit den Ergänzungsleistungen erreicht wird, doch sollte dieses Ziel angestrebt und die Mindestrenten stufenweise angehoben werden, zumal es sich bei den Mindestrenten um einen vorbehaltlosen Anspruch handelt, während die Ergänzungsleistungen an bestimmte Voraussetzungen gebunden sind. Dies veranlasst gewisse Leute, auf ihren Anspruch zu verzichten, denn oft erhält man diese Leistungen erst nach komplizierten Formalitäten.

Man müsste also im ELG den Grenzbetrag hinaufsetzen. Er soll ein soziales Mindesteinkommen garantieren und automatisch an die Teuerung angepasst werden, damit die Armut, wie es sie in unserem Land zum Teil noch gibt, verschwindet.

Auch wenn dank der immer wieder angehobenen AHV-Renten der Betrag der Ergänzungsleistungen sinkt, wird der Vorschlag dem Bund neue Ausgaben bringen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die neu vorgesehene Aufgabenteilung im AHV-Bereich dem Bund einen positiven Saldo bringt. Ist es unter diesen Umständen in Ordnung, diese Armut weiterhin bestehen zu lassen?

Angesichts dieser Umstände wird der Bundesrat gebeten, die Eidgenössische AHV-Kommission zu ersuchen, vordringlich und unter Beachtung folgender Punkte, Lösungen für dieses Problem zu prüfen:

1. Erhöhung des Grenzbetrags bei den Ergänzungsleistungen durch Festlegung eines indexierten sozialen Mindesteinkommens und Prüfung der Frage, ob die Ergänzungsleistungen automatisch ausgerichtet werden können;
2. Erhöhung der Grundrenten mit einer neuen Abstufung bis hinauf zu den Höchstrenten.

*Mitunterzeichner:* Belser, Gassmann, Lieberherr, Meylan, Miville, Piller, Weber (7)

559/83.457 P Donzé - 10<sup>e</sup> révision de l'AVS. Rentes minimales (13 juin 1983)

L'admirable institution de solidarité qu'est l'Assurance vieillesse et survivants a pu constamment être améliorée. Elle le sera une nouvelle fois avec la 10<sup>e</sup> révision.

Des études de la situation des rentiers dans notre pays et en particulier l'excellent ouvrage du professeur Pierre Gilliard ont montré que celle-ci est encore pour un bon nombre de nos concitoyens et concitoyennes âgés, voire souvent très âgés, extrêmement précaire.

Si une minorité de rentiers est à l'aise économiquement, voire très à l'aise, 25 pour cent environ de ceux-ci vivent avec un revenu inférieur à 10 000 francs par an et par personne, certains certes peu nombreux n'en ont même que 7500 francs.

Cette situation de pauvreté matérielle est pour le moins choquante voire scandaleuse et doit être à tout prix corrigée. Elle s'explique, en particulier en ce qui concerne les femmes seules très âgées, par l'impossibilité de cotiser sur la base de revenus suffisants. Ce sont ces personnes qui, au cours de leur existence ont cumulé les gênes, les privations et les peines. Comment peut-on vivre aujourd'hui avec une rente de 7400 francs?

Certes, la législation fédérale n'a pas complètement oublié ces personnes en difficulté en instituant le système des prestations complémentaires. Celles-ci ont évolué au cours des ans et aujourd'hui elles complètent les ressources jusqu'à un montant de revenu de 10 000 francs annuellement par personne. Tous les cantons ont adhéré à cette loi et participent pour 30 à 70 pour cent au financement.

Certains cantons, et c'est le fait de Genève entre autres, ont institué le principe d'un revenu minimum social, permettant à chacun s'il n'a pas d'autres ressources, d'obtenir un montant de revenu minimal, s'élevant à 13 080 francs et recevant en outre des prestations de loyer, d'assurance, de transport et de frais médicaux. C'est le budget cantonal qui finance ces dispositions sociales de solidarité.

Si l'on ne peut pas demander d'instituer dès maintenant des rentes de l'AVS comportant le principe d'un minimum social de revenu comme devrait le représenter plus ou moins le barème des prestations complémentaires, il faudrait tendre vers ce but et remonter par paliers les rentes minimales qui sont un droit sans réserve, alors que les prestations complémentaires sont soumises à des conditions, ce qui conduit certaines personnes à se priver de ce droit, car il faut en demander le bénéfice après des formalités quelquefois compliquées.

Il faudrait aussi fixer un nouveau barème plafond dans la LPC, qui serait un minimum social fédéral et devrait être indexé afin que disparaissent dans notre pays les «poches de pauvreté» qui subsistent encore.

Certes, même si souvent l'AVS augmentée fait diminuer le montant des P.C., cette opération, si les rentes de base sont augmentées, conduira à des dépenses nouvelles pour la Confédération. N'oublions pas toutefois que la nouvelle répartition des tâches, telle qu'elle était prévue au plan de l'AVS laissait un solde positif en faveur de la Confédération. Est-ce normal alors que subsistent ces «poches de pauvreté»?

Dans ces conditions, le Conseil fédéral est prié de demander à la Commission fédérale de l'AVS de chercher à résoudre ce problème en priorité, en portant son attention sur les points suivants:

1. Hausse du barème des prestations complémentaires en fixant un minimum social qui serait indexé et examen de l'automatisme de l'octroi de ces prestations;
2. Augmentation des rentes de base avec un nouvel échelonnement jusqu'aux rentes maximales.

*Cosignataires:* Belser, Gassmann, Lieberherr, Meylan, Miville-Piller, Weber

(7)

Adressen der Autorinnen und Autoren:

Prof. Dr. Curt Gasteyger  
Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales  
132, Rue de Lausanne, 1211 Genève

Dr.iur. Isabell Mahrer  
Lilienweg 2, 4310 Rheinfelden

Christine Bendel  
Hopfenweg 32a, 3007 Bern

Monika Stocker-Meier  
Gutstrasse 95, 8055 Zürich

Dr.phil. Ursa Krattiger  
Birmannsgasse 21, 4055 Basel

Luzia Pinschewer-Häfliger  
lic.phil. Psychologin mit Praxis für Kinder und Erwachsene  
Böcklinstrasse 18, 8032 Zürich

Elisabeth Kästli  
Schribstube, Postfach 2280, 3001 Bern

Martine Chaponnière  
16, rue de l'Hôtel-de-Ville, 1204 Genève